

# die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Interior\\_spread\\_of\\_Days\\_of\\_Blood,\\_Days\\_of\\_Fire\\_\(03\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Interior_spread_of_Days_of_Blood,_Days_of_Fire_(03).jpg)

FRAUENTAG 1979, TEHERAN

## DIE FRAU UND DER AUFSTAND IM IRAN

## INHALT

<i>Tarifpolitik</i> <b>Die zwei Teile von Tarifpolitik, Thies Gleiss</b> .....	<b>3</b>
<i>Ökologie</i> <b>Wie können die Städte klimaneutral geheizt werden?, Klaus Meier</b> .....	<b>7</b>
<i>Ernest Mandel</i> <b>Zum 100. Geburtstag von Ernest Mandel, Manuel Kellner</b> .....	<b>11</b>
<b>Ernest Mandel – das Jahr '68 ... ein paar Denkanstöße, Pierre Rousset</b> .....	<b>14</b>
<i>Griechenland</i> <b>VIO.ME – Vom Betriebskampf zum politischen Projekt</b> .....	<b>22</b>
<i>Palästinasolidarität</i> <b>Wider die deutsche Staatsräson, Koordination der ISO</b> .....	<b>25</b>
<i>Sudan</i> <b>Was wird aus dem Sudan angesichts des Machtkampfs der Generäle, Ali Taha</b> .....	<b>28</b>
<i>Sudan</i> <b>Was steckt hinter dem Kampf der Generäle? Qiddam</b> .....	<b>31</b>
<i>Iran</i> <b>Die Frau und der Aufstand im Iran, Houshang Sepehr</b> .....	<b>35</b>
<i>Selbstbestimmungsrecht</i> <b>Ein rechtmäßiger Platz für Taiwan, Au Loong-Yu</b> .....	<b>50</b>
<i>Nachruf</i> <b>Redmole meldet sich nicht mehr, W. A.</b> .....	<b>56</b>
<i>Buchbesprechung</i> <b>Die „Linke Opposition“ in Deutschland, Helmut Dahmer</b> .....	<b>58</b>
<i>Nachruf</i> <b>Gedenken an Marijke, Daniel Tanuro</b> .....	<b>59</b>
<i>letzte Seite</i> <b>Keine Träne für den „Cavaliere“, Eliana Como</b> .....	<b>62</b>

## IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss\*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor\*innen wieder.

Redaktion:  
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,  
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich  
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis  
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-  
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

[www.intersoz.org](http://www.intersoz.org)

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:  
die internationale  
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
Vertrieb:  
[internationale-vertrieb@intersoz.org](mailto:internationale-vertrieb@intersoz.org)

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:  
ISO,  
[iso@intersoz.org](mailto:iso@intersoz.org),  
<https://intersoz.org/>
- Österreich:  
SOAL, Sozialistische Alternative,  
[office@soal.at](mailto:office@soal.at),  
<https://soal.at/>
- Schweiz:  
BFS/MPS, [info@bfs-zh.ch](mailto:info@bfs-zh.ch),  
<https://sozialismus.ch/>

# DIE ZWEI TEILE VON TARIFPOLITIK

Der Beitrag befasst sich anhand der Tarifpolitik mit der aktuellen strategischen Lage der Gewerkschaften.

■ Thies Gleiss

Nach den wahrscheinlich bald abgeschlossenen größeren Tarifrunden der DGB-Gewerkschaften 2022/23 lassen sich zwei Erkenntnisse festhalten. Allein durch betriebliche Aktionen und Tarifverhandlungen lässt sich der umfassende Angriff auf die Einkommen durch die Profit- und Preisinflation nicht zurückschlagen. Das hatten Gewerkschaftsführer\*innen vor Beginn der Tarifrunden auch freimütig eingeräumt.

## Nicht nur in den Betrieben

Es kommt in einer solchen Situation darauf an, sich zu erinnern, dass Tarifpolitik noch einen zweiten Wortbestandteil hat: Politik.

Nur durch eine politische Kampagne für einen wirkungsvollen und dauerhaften Inflationsausgleich hätten die Tarifrunden erfolgreich sein können. Gleichzeitig steht bei politischen Tarifikämpfen mehr noch als sonst die Frage von demokratischen Entscheidungsprozessen in der Gewerkschaft und in den Betrieben auf der Tagesordnung. Da gibt es – trotz einiger Fortschritte insbesondere bei Ver.di – bei allen Gewerkschaften noch viel zu tun. Mit der Kampfbereitschaft der Belegschaften, ist sie einmal mobilisiert, darf nicht gespielt werden und bürokratisch über den Kopf der Aktiven hinweg der Kampf zu früh abgeblasen oder gar nicht erst richtig aufgenommen werden.

## Erinnern wir uns

Die Gewerkschaften haben beim letzten umfassenden Angriff auf die Löhne durch die Hartz-Gesetze von 2004

(Umstrukturierung der Arbeitsämter, Leiharbeit, Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, Arbeitslosengeld II) – ein Angriff, der die unteren Entgeltgruppen betraf und das gesamte Einkommensgefüge der Lohnabhängigen nach unten ziehen sollte und meist auch zog – erst spät, zu spät begriffen, dass auch in diesem Fall nur ein politischer Kampf die Einkommen sichern wird. Der Hauptgrund für diese „Verspätung“ war, dass die Gewerkschaften selber mit Spitzenleuten in die damalige „Hartz-Kommission“ eingebunden waren.

Im Mittelpunkt dieser politischen Reaktion stand der Mindestlohn. Ursprünglich von den Gewerkschaften, sogar speziell den linken Gewerkschafter\*innen abgelehnt („Wir sind stark genug, jeder staatliche Eingriff in die Tarifautonomie wird nur zu Lohnsenkungen führen“), wurde mit Hilfe der LINKEN, den verbliebenen Sozialpolitiker\*innen der SPD bis zuletzt auch von Angela Merkel der Mindestlohn popularisiert und eingeführt. Dass dies bis heute nur unzureichend in der Höhe und bezüglich diverser Ausnahmen geschehen ist, ist andernorts genügend kritisiert worden.

Genauso wichtig wären damals ein Verbot der Leiharbeit und die Abschaffung von Hartz-IV gewesen, wozu die Gewerkschaften sich aber nur selten positionierten. Aber immerhin, bei einigen wuchs die Einsicht auf Tarif-Politik auch in diesen Fragen.

Auch der aktuelle Angriff auf die Einkommen durch die Inflation – ein Angriff, der diesmal von allen Seiten und für alle Gehaltsgruppen erfolgt – kann nur durch ein

politisches Maßnahmenpaket bekämpft werden, in dessen Mittelpunkt die „gleitende Lohnskala“ stehen sollte (die automatische Anpassung der Löhne an die Inflationsrate), um dann in der Tarifrunde wirkliche Einkommenserhöhungen durchsetzen zu können.

### **Kampagne für einen automatischen Inflationsausgleich**

In mehreren Ländern, z.B., Belgien und Italien, gab oder gibt es eine solche gleitende Lohnskala, die immer stark umkämpft war und ist und fast überall schon bis zur Unkenntlichkeit geschreddert wurde.

Und wieder zaudern die Gewerkschaften, diese unmittelbare politische Konsequenz aufzugreifen.

Eine politische Kampagne für eine solche „Gleitende Lohnskala“ wäre machbar und wäre ein lohnendes Gemeinschaftsprojekt auch für alle Transfergeld und Sozialleistungen Beziehende (Rentner\*innen, Studierende, Erwerbslose, Langzeitkranke). Peinlicherweise haben z.B. diverse Bundestagsabgeordnete keine Hemmungen, für ihre Diäten eine solche automatische Anpassung an die Teuerung zu fordern.

Mit einer solchen Kampagne wären die Tarifrunden 2022/23 politisch flankiert worden, wodurch die öffentliche Meinungsführerschaft endlich mal wieder auf Seiten der Gewerkschaften landen könnte.

### **Der Reiz der Einmalzahlungen**

Um die Bedeutung der Politik in diesen Tarifrunden zu unterstreichen, hat der Bundeskanzler Scholz höchstselbst eine auf den ersten Blick üppige und steuerbefreite Einmalzahlung von bis zu 3000 Euro ins Gespräch gebracht. Eine offene Lohnsubventionierung für die Unternehmen, mit der sicherlich auch verhindert werden sollte, dass dem SPD-Kanzler Scholz das gleiche passieren könnte, wie dem SPD-Kanzler Brandt 1974, der neben anderen Gründen vor allem durch einen harten und durchaus erfolgreichen Streik im öffentlichen Dienst zum Rücktritt getrieben wurde.

Eine Einmalzahlung, die zwar willkommenes Zusatzgeld bringt, aber eben nicht die Tarife und die Berechnungsgrundlagen für spätere Renten erhöht, kann gerne gezahlt werden, sie ersetzt den Kampf um den automatischen Inflationsausgleich aber nicht.

In der Summe haben sich alle DGB-Gewerkschaften meistens mehr schlecht als recht auf diese Einmalzahlung als angeblichen Inflationsausgleich eingelassen. Nirgends wurde die tatsächliche Inflation von 2021–23 nachträg-

lich tatsächlich ausgeglichen. Gleichzeitig wurde dieser nachträgliche Ausgleich auf die kommende Tariferhöhung mit angerechnet. Letztlich wurde auch noch eine in der Regel mindestens doppelt so lange Laufzeit der Tarifverträge wie ursprünglich gefordert akzeptiert. Was viele Gewerkschaftssekretär\*innen nicht davon abgehalten hat, dennoch von einer angeblich erfolgreichen prozentualen Lohnsteigerung fast in der ursprünglichen Forderungshöhe zu phantasieren.

Es ist gut, dass wenigstens in Teilen die Forderung nach Sockelbeträgen für alle durchgesetzt werden konnten. Sie wurden besonders hartnäckig von der „Arbeitgeber“seite blockiert. Sockelbeträge, die für alle gleich sind, so dass die niedrigen Entgeltgruppen mehr von Tariferhöhungen profitieren und die Schere zwischen den Einkommensgruppen endlich ein wenig geschlossen wird, sollten unbedingt auch in Zukunft im Zentrum von Tarifverhandlungen stehen. Aber auch hier hätte nur eine überbetriebliche, von allen Gewerkschaften gemeinsam getragene Kampagne, einschließlich Bereitschaft zu unbefristeten Streiks, den nötigen Druck erzeugen können, solche Forderungen durchzusetzen. Da dies nicht versucht wurde, sind die noblen Sockelforderungen zusammengeschrumpft worden.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere die EVG (Verkehrsgewerkschaft) zu loben, die sich beispielhaft mit Sockel- beziehungsweise Mindestbeträgen für die unteren Entgeltgruppen einsetzt. Bei Redaktionsschluss war die EVG-Tarifrunde noch nicht abgeschlossen.

### **Gesellschaftliche Bündnisse sind gut für alle**

Die zweite Erkenntnis aus den diesjährigen Tarifrunden ist ebenfalls ziemlich eindeutig: Es lohnt für alle Beteiligten der gesellschaftlichen Opposition zur kapitalistischen Realpolitik – Gewerkschaften, Klimabewegung, Sozialleistungsbezieher\*innen, Frauenbewegung – wenn sich zu gemeinsamen Aktionen und Streiks verabredet wird. Ein breiter gesellschaftlicher Aufbruch könnte die Kritik am Kapitalismus – die von der aktuellen DGB-Vorsitzenden als angeblich nicht auf der Tagesordnung stehend bezeichnet wird – zu einer brandaktuellen Kampagne verdichten, mit der auch kurzfristig der Lebensstandard von Millionen verbessert und abgesichert wird.

### **Großthema Nummer zwei: Die Arbeitszeit**

Ein solcher Aufbruch darf auch die neben dem Lohn wichtigste Angelegenheit der abhängig Beschäftigten nicht vergessen: Die Länge der Arbeitszeit – täglich, wöchentlich und im ganzen Erwerbsleben.

Es ist gut, dass nach 45 Jahren in der Stahlindustrie wieder einmal die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zur Kampfforderung erklärt wird. Das ist überfällig und eine angemessene Antwort für alle Bereiche und alle Gewerkschaften auf die großen Transformationen in Industrie, Handel und Verwaltung, die noch bevorstehen.

### Lehren von 1995

Aber die Lehren aus dem Kampf um die 35-Stundenwoche von 1978–1995 (in den ostdeutschen Bezirken sogar bis heute) sind offenkundig:

- Die Arbeitszeitverkürzung auf eine 28- oder 32-Stundenwoche darf nicht wieder im Schneckentempo eingeführt werden, sondern muss als schneller Schritt erfolgen. Sonst wird die Verkürzung der Arbeitszeit wieder durch Intensivierung und Verdichtung der Arbeit aufgefangen.

- Eine Viertageweche ist schön, aber wichtiger noch wäre eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Erst das baut den Stress ab, ermöglicht echte neue Jobs und ist vor allem besonders wichtig für eine andere Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen (und allen dazwischen und daneben) in Sachen Hausarbeit, Sorgearbeit und Kindererziehung.

- Die Verkürzung der Arbeitszeit muss nicht nur bei vollem Lohnausgleich erfolgen, sondern auch beim Personal darauf achten, dass tatsächlich neue Arbeitskräfte eingestellt werden und niemand wegen „Transformation“ entlassen wird. Das bedeutet z. B., dass in allen Bereichen Forderungen nach Mindestbesetzung und Entlastungsverträgen aufgestellt werden sollten, wie es im Gesundheitswesen in den letzten Jahren erfolgte. Neue Schichtpläne werden sicherlich Gegenstand der konkreten Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzung sein, dabei darf dann gerne auch mal darauf geachtet werden, dass die Schicht- und Nachtarbeit generell nicht ausgeweitet, sondern zurückgedrängt werden muss, um soziale und gesundheitliche Entlastung für die Beschäftigten zu erreichen.

- In einer konkreten Kampagne für eine nächste Arbeitszeitverkürzung sollten die Gewerkschaften auch nicht den Fehler wiederholen, die Arbeitszeitverkürzung als eine win-win-Lösung für die Unternehmer\*innen und die Beschäftigten zu verkaufen. Das ist, wenn die Arbeitszeitverkürzung erfolgreich eingeführt wird, nämlich nicht der Fall. Es geht um reale Umverteilung von Produktivitätszuwächsen zugunsten der Beschäftigten und um reale Verkürzung der Zeit zur Ausbeutung der Arbeitskraft – also um mehr Lebenszeit für die Lohnabhängigen.

In der Vergangenheit sind leider auch etliche linke und fortschrittliche Gewerkschaftskräfte auf eine solche falsche Erzählung der win-win-Lösung eingeschwenkt.

- Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit darf auch nicht den Kampf um eine frühere Rente ersetzen oder verdrängen. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit ist und bleibt ein unerlässliches Thema für die Gewerkschaften. Auch das wird aber nur durch eine politische Kampagne mit Unterstützung der LINKEN und anderen gewerkschaftsfreundlichen politischen Kräften durchsetzbar sein.

- Bei allen die Arbeitszeit betreffenden Tarifverträgen muss darauf geachtet werden, dass sie überbetrieblich für alle Beschäftigten gelten. Die Praxis der vergangenen Jahre – statt kollektiver Arbeitszeitverkürzung für alle nur individuelle und flexibel ausgehandelte Verkürzungen für einzelne Beschäftigte oder Beschäftigtengruppen einzuführen – hat in der Summe gerade nicht zu mehr Zeit zum Leben und Entlastung der Beschäftigten und gerechtere Verteilung der Arbeit auf alle, die arbeiten können und wollen, geführt.

### Schluss mit den komplizierten Tarifvertragsmonstern

Seit Jahren gibt es – im Gegensatz zu immer wieder aufgestellten Forderungen im Vorfeld von Tarifverhandlungen oder Gewerkschaftstagen – die Unsitte, immer kompliziertere Tarifverträge abzuschließen, zu deren Interpretation ein halbes Studium erforderlich ist. Sie sind extrem detailliert und flexibilisiert, voller Sonderregelungen und Ausnahmeklauseln, die die Gesamtwirkung der Tarifverträge sowie die Attraktivität bei den Beschäftigten sehr dämpfen.

Gleichzeitig werden durch solche Tarifverträge immer mehr Umsetzungsverpflichtungen auf die oft überforderten Betriebsräte verlagert – insbesondere in Klein- und Mittelbetrieben – die rechtlich zum Betriebswohl und Betriebsfrieden verpflichtet sind, nicht über Lohnfragen verhandeln und schon gar nicht streiken dürfen.

Als der Bezirksleiter der IG Metall in Nordrhein-Westfalen, Knut Giesler, mit der Forderung nach einer Viertageweche bei vollem Lohnausgleich vorpreschte, waren viele überrascht. Bisher hatte insbesondere die IG Metall, aber auch die IG BCE auf diverse, meistens nur partielle Arbeitszeitkürzungen orientiert, die nur in wirtschaftlichen Notlagen eingesetzt werden sollten und vor allem nur ohne oder höchstens mit äußerst geringem Lohnausgleich erfolgen sollten. In mehreren bestehenden Tarifverträgen ist dies bereits verankert.

Aktuell wird über die Forderung von Bezirksleiter Giesler in der Tarifkommission der nordwestdeutschen Stahlindustrie diskutiert. Es ist zu hoffen, dass sie ohne große Abstriche tatsächlich aufgestellt wird.

Sofort nach Bekanntwerden dieser Forderung der IG Metall wurden die Propagandatrommeln der Arbeitgeberverbände in Betrieb genommen. Wie immer sei das eine Forderung von gestern (wobei sie auch gestern schon bekämpft wurde) und völlig unzeitgemäß. Es müsste nicht weniger, sondern länger gearbeitet werden. Neben der Rente erst ab 70 seien auch tägliche und wöchentliche, vor allem aber flexible Arbeitszeitverlängerungen erforderlich.

Gleichzeitig begann der Krieg der Umfragen. Angeblich – so zuerst die BILD, dann der „Stern“ – wäre eine klare Mehrheit der Beschäftigten (55–61 Prozent) gegen eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

Diese Woche hat dann die Hans-Böckler-Stiftung mit einer eigenen Studie zurückgeschlagen, nach der 81 Prozent der Beschäftigten (Umfrage unter 4000 Personen) für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich sind.

Alle, die in Betrieb und Gewerkschaft, vor allem im Betrieb, aktiv sind, wissen, dass die Frage der Arbeitszeit das Spitzenthema unter den Beschäftigten ist. So gut wie alle wollen früher in die Rente. Diejenigen, die einen Vollzeitjob haben, wollen gerne kürzer, diejenigen, die Teilzeit arbeiten, wollen gerne etwas länger arbeiten – sie treffen sich bei 28–30 Stunden in der Woche. Das ist in diversen Umfragen in den Betrieben immer wieder und unabhängig von Konjunkturwetterlagen bestätigt worden. Allerdings fürchteten viele, dass dies nur als Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich erfolgen könne – vergleichbar der üblichen Kurzarbeit in Krisenzeiten. Die Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich galt den meisten als „zu schön, um wahr zu sein“, sie trauten den Gewerkschaften schlicht nicht zu, eine solche Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen – und viele der Gewerkschaftssekretär\*innen, Vertrauensleute und BR-Mitglieder haben auch viel dazu beigetragen, dieses schwindende Vertrauen in die Gewerkschaften zu bestätigen.

### **Absoluter und relativer Mehrwert**

Durch die flächendeckenden Auswirkungen der Hartz-IV-Regelungen seit 2004 kam es zu einer Entwicklung, von der die Unternehmer\*innen gar nicht mehr glaubten, dass dies im Kapitalismus in den höchstentwickelten Industrieländern noch möglich ist: Die reale Arbeitszeit – täglich,

wöchentlich, monatlich und im ganzen Leben – wurde wieder verlängert. Oder in Begriffen der marxistischen Ökonomie: Die Produktion des absoluten Mehrwerts geriet wieder ins Zentrum des ökonomischen Geschehens, durch absolute Lohnsenkungen und durch Verlängerung des Arbeitstages. Das hat zur Folge, dass die Produktion von relativem Mehrwert in Folge von Produktivitätssteigerungen und Rationalisierungen zurückgeht und der heute so beklagte Facharbeiter\*innenmangel forciert wird.

Insbesondere in Zonen, in denen gar keine Flächentarifverträge mehr gelten – mittlerweile in mehr als der Hälfte der Betriebe in Deutschland – stieg die durchschnittliche Arbeitszeit wieder an. Tarifvertraglich geregelt beträgt die durchschnittliche Arbeitszeit 37,2 Stunden, ohne Tarifverträge sogar gut 39 Stunden. Dazu kommen alle Formen entgrenzter Arbeitszeit, zwei Milliarden Überstunden, die Hälfte davon unbezahlt, und diverse Verfahren zu einer Arbeit ohne Ende und Aufhebung der Trennung von beruflichem und privatem Leben.

### **30 Stunden sind genug!**

Deshalb ist eine nächste tarifliche und tarif-politische Kampagne für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung wichtig und überfällig. Auch sie muss – man schaue sich gerne noch einmal die Tarifkämpfe um die 35-Stundenwoche 1978–85 an – durch eine betriebliche und überbetriebliche, gesamtgesellschaftliche, kämpferische Aufstellung der Gewerkschaften und aller anderen gesellschaftlichen Bewegungen durchgesetzt werden.

04. Juni 2023



# WIE KÖNNEN DIE STÄDTE KLIMANEUTRAL GEHEIZT WERDEN?

Laut dem Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) dürfen ab 2024 keine neuen Öl- und Gasheizungen mehr eingebaut werden. Seitdem dies bekannt geworden ist, laufen rechte Parteien und Medien dagegen Sturm.

■ **Klaus Meier**

■ Ganz vorne dabei ist der Koalitionspartner FDP. Tatsächlich können aber die Klimaziele ohne ein schnelles Umsteuern des Wärmesektors nicht erreicht werden. Rund 20 Prozent aller deutschen Treibhausgas-Emissionen werden allein durch den Wärmeverbrauch der Gebäude verursacht. Das ist ungefähr so viel wie der Verkehrssektor ausstößt. Auch linke und ökologische Kräfte müssen sich zu Habecks Wärmepolitik positionieren: Ist die vorrangige Orientierung auf Wärmepumpen wirklich sinnvoll? Wie können die Städte ökologisch geheizt werden? Und wer soll die Kosten der Wärmewende tragen?

## **Habecks Wärmepolitik hat doppelte Schlagseite**

Wärme für Gebäude und Warmwasser stehen für 32 % des deutschen Endenergieverbrauchs. Das Schlimme daran: 91 % der Gebäudewärme wird immer noch mit fossilen Gas- und Ölheizungen erzeugt. Doch das steht im krassen Gegensatz zu allen Klimazielen. Hier offenbart sich ein Projekt von hoher politischer Dringlichkeit. Doch leider haben die CDU- und SPD-geführten Regierungen der letzten 20 Jahre alle möglichen ökologischen Umbaumaßnahmen des Wärmesektors systematisch verschleppt. Es ist sicher zunächst einmal ein Verdienst, dass der grüne Wirtschaftsminister Habeck das Projekt der Wärmewende angefasst hat. Doch er droht damit zu scheitern. Das liegt vor

allem daran, dass er nur die technische Aufgabenstellung im Fokus hatte, aber die klassenpolitischen Verhältnisse in diesem Lande weitestgehend ignoriert hat. So orientiert Habecks Wärmewende vornehmlich auf Besserverdienende, die in gepflegten Einfamilienhäusern leben. Sie können sich Wärmepumpen und Haussanierungen leisten und erhalten dafür sogar noch einen Großteil der staatlichen Fördermittel. Auf der anderen Seite der Gesellschaft befinden sich die ärmeren Bevölkerungsschichten: Lohnabhängige mit niedrigem Einkommen, Rentner:innen oder Alleinerziehende. Sie leben eher in den gering gedämmten Wohnungen mit schlechten Energieeffizienzklassen und müssen höhere Heizkosten aufbringen. Bereits die hohe Inflationsrate macht ihnen zu schaffen. Wenn in dieser bereits angespannten Situation noch hohe Kosten für den Einbau einer neuen Wärmepumpe drohen, macht sich bei vielen Panik breit. Dies war Wasser auf die Mühlen der rechten Kräfte, die in der Klimapolitik die Position vertreten: Nach uns die Sintflut. Insbesondere die Springerpresse, die CDU, die FDP und natürlich die rechtsradikale AfD haben die Sorgen der Bevölkerung mit gezielten Kampagnen immer weiter angeheizt. Und sie waren dabei recht erfolgreich.

Neben diesem Gerechtigkeitsproblem hat Habecks Wärmepolitik aber noch eine weitere Schlagseite. So

betont er ganz zentral die Wärmepumpe, aber genau die ist allein nicht ausreichend, sondern führt in dieser Form in eine technische Sackgasse. Das gilt besonders für die verdichteten urbanen Räume, wo die Masse der Bevölkerung wohnt. Wo liegt das Problem? Die Platzverhältnisse sind hier beengt und es ist nicht vorstellbar, vor jede Häuserzeile eine Luftwärmepumpe zu setzen, die dann womöglich noch einen gewissen Lärmpegel erzeugt. Auch tiefe Bohrungen oder ein größerer Erdaushub für die besonders effizienten Erdwärmepumpen sind aufgrund der Platzprobleme nicht ohne weiteres möglich. Wenn also die klassischen Wärmepumpen hier nur bedingt nutzbar sind, stellt sich die Frage, wie dann in den Städten und urbanen Siedlungen ausreichend Heizwärme bereitgestellt werden kann. Habecks Konzept liefert darauf keine wirklich gute Antwort. Das merken auch die Eigentümer:innen oder Mieter:innen in den städtischen Wohnungen.

Wie könnte dann eine realistische Antwort aussehen, die diese Probleme mit in den Fokus nimmt? Real kann unter den beengten Platzverhältnissen in den Städten nur dann ausreichend Heizenergie bereitgestellt werden, wenn man industrielle Abwärme, saisonale Wärmespeicher oder Tiefengeothermie nutzt. Das ist technisch aber nur im großen Maßstab möglich. Wärmepumpen und Wärmespeicher in privaten Kellern können das nicht leisten. Es gibt allerdings eine Alternative, und das ist der Ausbau der Fernwärmenetze. Nur damit ist eine ökologische Wärmewende auch in den urbanen Räumen schnell umsetzbar. Leider bleiben in diesem Bereich die Handlungen der Bundesregierung hinter den Notwendigkeiten zurück. So stehen bis 2026 gerade mal 3 Milliarden Euro für Wärmenetze, Geothermie oder Solarthermie zur Verfügung. Viel zu wenig für eine ökologische Wärmewende in den urbanen Räumen.

Dabei haben Fern- und Nahwärmesysteme viele Vorteile: Eine zusätzliche Heizungsanlage im Keller eines Wohnhauses ist nicht mehr erforderlich. Denn die Wärmebereitstellung erfolgt durch den Anschluss an ein bestehendes Netz. Und wenn die Fernwärmetemperatur ausreichend hoch ist, ist auch keine vorherige thermische Sanierung der Häuser erforderlich. Problematisch ist allerdings, dass in Deutschland erst 14 % der Wohnungen an Fernwärmenetze angeschlossen sind.

### **In den Norden schauen und von Dänemark lernen**

Unser nördliches Nachbarland Dänemark zeigt dagegen, wie man es machen kann. 63 Prozent der dänischen Haushalte werden heute bereits mit Fernwärme versorgt,

in Kopenhagen sind es sogar 98 Prozent. Diese Entwicklung war nur möglich, weil der Staat die Wärmeversorgung in die Hände der Kommunen gelegt hat und sie dazu verpflichtete, eine Wärmeplanung für die Stadtquartiere durchzuführen. Nachteilig ist allerdings, dass die dänischen Wärmenetze in der Vergangenheit mit fossilem Erdgas betrieben wurden. Doch die zentralisierte Wärmeversorgung bietet für eine Dekarbonisierung einen großen Vorteil: Statt die Heizungen in zehntausenden Kellern umzustellen, müssen nur die Heizzentralen auf erneuerbare Energien umgestellt werden. So ist die Wärmewende in Dänemark, anders als in Deutschland, wesentlich schneller umsetzbar. Tatsächlich haben unsere nördlichen Nachbarn bereits 50 Prozent der Fernwärmenetze dekarbonisiert. Die Wärmeversorgung von Kopenhagen soll sogar schon 2025 CO<sub>2</sub>-neutral sein. Davon kann Berlin noch nicht einmal träumen. Für die Umstellung wird z.B. Umweltwärme aus der Ostsee und industrielle Abwärme mit Hilfe von Großwärmepumpen genutzt. Dazu fangen ausgedehnte Solarthermieanlagen im Sommer große Wärmemengen ein, die in großen saisonalen Wärmespeichern eingelagert und im Winter in die Fernwärmenetze eingespeist werden. Neben den technischen Maßnahmen setzt Dänemark für die Umstellung auch auf das Ordnungsrecht: Bereits 2013 wurden Öl- und Gasheizungen im Neubau verboten. Seit 2016 gilt ein Verbot des Austauschs alter fossiler Heizkessel gegen neue fossile Heizungen. Darüber hinaus werden fossile Energieträger deutlich höher besteuert als in Deutschland. Anders als in Deutschland ging diese Umstellung fast geräuschlos über die Bühne. Das hing nicht zuletzt damit zusammen, dass Dänemark im Vorfeld auf Wärmenetze gesetzt hatte und Heizungen in privaten Kellern vergleichsweise unbedeutend waren.

### **Fernwärme in Deutschland ausbauen**

Immerhin besitzt auch in Deutschland ein Viertel der Städte und Gemeinden bereits eine Fernwärmeinfrastruktur. Dies gilt besonders für viele östliche Bundesländer, denn in der DDR hatte die Versorgung mit Fernwärme einen hohen Stellenwert. Stadtteile, in denen heute bereits Leitungen liegen, können als Brücke dienen für die Ausweitung der bestehenden Wärmenetze. Eine ausreichende finanzielle Förderung vorausgesetzt, ließe sich das Netz sehr schnell ausbauen. Nach Ansicht des Energieeffizienzverbandes AGFW könnte der Fernwärmeanteil in Deutschland bis 2030 auf 30 Prozent verdreifacht werden. In den großen Städten mit über 100 000 Einwohner\*innen könnte damit rund die Hälfte des Wärmeverbrauchs



gedeckt werden. In den mittelgroßen Städten mit mehr als 20.000 Einwohner\*innen wären es dann 20 Prozent und in den Kleinstädten immerhin 10 Prozent. Das wäre ein Anfang.

### **Die Kühlung der Wohnungen im Sommer miteinplanen**

Das wird nicht allein mit klassischen Fernwärmenetzen erreichbar sein. Die hohe Wassertemperatur von 80 °C bis über 100 °C erschwert die Integration von erneuerbaren Wärmequellen, die meist auf einem niedrigeren Temperaturniveau vorliegen. Neue Niedrigtemperaturnetze haben deswegen nur Vorlauftemperaturen von ca. 40 °C, teilweise sogar nur 10 °C. Dadurch sind die Verluste beim Wärmetransport niedriger und auch die Kosten der Netze sinken. Die Frage stellt sich, wie man mit diesen eher kalten Netzen ausreichend Wärme in die Wohnungen bekommt. Hier kommen dann Wärmepumpen ins Spiel. Sie sind den einzelnen Wohnungen und Häusern vorgeschaltet und heben die niedrigen Netztemperaturen auf das benötigte Wärmeniveau. Diese kühleren Wärmenetze können, wenn sie mit saisonalen Wärmespeichern verbunden sind, im Sommer die Wohnungen auch kühlen. Für die zu erwartenden künftigen Hitzesommer wäre das ein wesentlicher Vorteil, besonders in den Städten.

### **Wärme für Wohnungen aus der Tiefe der Erde holen**

Eine weitere Möglichkeit, die Wärmeversorgung in den urbanen Regionen zu sichern, ist die Tiefengeothermie. Aktuelle Forschungen zeigen, dass damit etwa die Hälfte der gesamten Wärmeversorgung für Wohnungen und andere Gebäude abgedeckt werden könnte. Ein Hotspot für Tiefenwärme befindet sich in Süddeutschland zwischen der Donau und den Alpen. Hier liegt in großer Tiefe eine 600 Meter dicke Kalksteinformation, die zerklüftet und mit heißem Thermalwasser gefüllt ist. Für die Wärmeergewinnung wird das kochend heiße Wasser aus rund 3000 Meter Tiefe hochgepumpt, die Wärme wird entnommen und das Wasser wird an anderer Stelle wieder in die Tiefe injiziert, wo es sich erneut aufheizt. Ein geschlossener Kreislauf. Ein Nutzungsbeispiel ist Unterhaching im Landkreis München, wo seit 2007 die Tiefengeothermie für ein geothermisches Heizkraftwerk genutzt wird. Das dortige Wasser stammt aus 3500 Metern Tiefe und ist 133 Grad heiß. Über 60 Prozent der in Unterhaching benötigten Wärme wird mittlerweile aus dem angezapften Thermalwasser unter der Stadt geholt und in das Fernwärme-

netz der Stadt eingespeist. Auch im Oberrheingraben, in verschiedenen Regionen von NRW und in ganz Norddeutschland ist die Gewinnung von Tiefenwärme möglich. Bereits die DDR begann angesichts ihres chronischen Ressourcenmangels damit, tiefengeothermische Quellen für die Heizversorgung anzuzapfen. Ein Beispiel ist Waren an der Müritz, wo 1984 Tiefbohrungen erfolgten und das so gewonnene heiße Wasser für das lokale Fernwärmenetz genutzt wurde.

### **Die Wärmewende eng mit der lokalen Ebene verzahnen**

Wie kann nun die Wärmewende praktisch erreicht werden? Die bisherigen Bundes- und Landesregierungen haben dabei völlig versagt. Der Wärmeumbau wurde als eine Aufgabe in der Verantwortung der Wohnungseigentümer\*innen gesehen, die Regierungen hat es nicht gekümmert. Real passierte dann fast nichts. Tatsächlich ist aber die Transformation der Wärmeversorgung eine hochpolitische und strategische Aufgabe, in die sich auch linke Initiativen lokal und bundesweit einmischen sollten. Die Absicht des Bundeswirtschaftsministeriums, eine verpflichtende Wärmeplanung für Kommunen einzuführen, könnte dazu genutzt werden. Dafür müssen lokal und regional Flächen bereitgestellt werden: Für neue Wärmeleitungsstrassen, saisonale Wärmespeicher, Tiefengeothermie, die Erschließung von Umweltwärme oder Flächen für solarthermische Großanlagen. Linke Kräfte sollten hier intervenieren und frühzeitig eigene Pläne entwickeln, diese der lokalen Öffentlichkeit vorstellen und die Verwaltungen damit konfrontieren. Sie sollten dabei zusätzlich Vorschläge zur Demokratisierung und zur gesellschaftlichen Kontrolle der Stadtwerke in die Diskussion einbringen.

### **Die Kosten einer Wärmewende**

Die Kosten für den Aufbau einer ökologischen Wärmeinfrastruktur sind aber nicht unerheblich. Tatsächlich sagen alle Zahlen, dass eine wirkliche Wärmewende nicht umsonst zu haben ist. Es dürften Fördermittel bis zu einer Dreiviertel Billion Euro innerhalb von 15 Jahren erforderlich werden. Das Wuppertal-Institut hat in einer aktuellen Studie berechnet, dass sich die Wärmewende (Wärmepumpen, Speicher, Solarthermie) einschließlich einer großangelegten Wohnungssanierung bis 2035 komplett umsetzen ließe. Bis dahin müsste der Staat aber jedes Jahr zusätzlich 50 Milliarden Euro zum Aufbau der Infrastruktur bereitstellen. Also eine zentrale Aufgabe der Regie-

rung. Das Geld wäre dafür da, wenn man bedenkt, dass die Bundeswehr jedes Jahr Gelder von über 50 Milliarden Euro sinnfrei verschlingt und dass der deutsche Bundestag in 2022 irrwitzigerweise 100 Milliarden Euro extra für die Aufrüstung des deutschen Militärs bewilligt hat. Dazu ließen sich auch in anderen Sektoren Gelder für den ökologischen Umbau steuerlich abschöpfen: So werden allein die 40 DAX-Konzerne in 2023 genauso wie im Vorjahr wieder über 50 Milliarden Euro als Dividenden an ihre Aktionäre ausschütten.

Halten wir fest: Der deutsche Staat könnte die erforderlichen Gelder für eine Wärmewende prinzipiell aufbringen, aber es fehlt bei den Kapitaleignern und den bürgerlichen Parteien schlicht der politische Wille, dies auch umzusetzen. Wenn sich linke Kräfte allerdings dazu verleiten lassen, die Finanzierung der Wärmewende dem ärmeren Teil der Bevölkerung anzulasten, dann können sie nur verlieren. Das ist genau das Schicksal, das Robert Habeck gerade erleidet.

**Klaus Meier** ist aktiv im Netzwerk-Ökosozialismus (<https://netzwerk-oekosozialismus.de/>)

## Neu bei ISP



John Bellamy Foster Michael Löwy  
Jess Spear Daniel Tanuro Christian  
Zeller

### Ökosozialismus

Positionen des klassischen Marxismus  
Debatten heute

168 Seiten, 17,80 €  
2023, ISBN 978-3-89900-159-4

Die ökologische Krise schreitet immer rascher voran. Die Erderwärmung ist nach einem neuen Bericht des Weltklimarates bereits um 1,1°C gestiegen, das Erreichen des 1,5-Grad-Ziels wird immer schwieriger. Können wir hinsichtlich möglicher Alternativen von den Klassikern des Marxismus noch etwas lernen? Wie kann der Stoffwechsel Mensch-Natur ohne große Zerstörungen gestaltet werden? Und wie steht es um gegenwärtig diskutierte Ansätze wie »Degrowth« oder den »linken Green New Deal«? Zu diesen Fragen enthält das Buch Beiträge von *John Bellamy Foster, Michael Löwy, Jess Spear, Daniel Tanuro* und *Christian Zeller*, die für eine ökosozialistische Alternative zur Klimakatastrophe und zum »grünen Kapitalismus« plädieren.

### Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: [neuer.isp.verlag@t-online.de](mailto:neuer.isp.verlag@t-online.de)

Internet: [www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)

# ZUM 100. GEBURTSTAG VON ERNEST MANDEL

## EIN BERICHT VOM PARISER SEMINAR ZUM GEDENKEN AN ERNEST MANDEL.

---

Zwischen anfangs 50 und später rund 80 Genossinnen und Genossen nahmen an dem Tagesseminar in Paris teil. Gilbert Achcar trat als Organisator auf und erklärte, dass alles aufgenommen wird, um ein Video zu erstellen. Ganz überwiegende Verkehrssprache war Französisch. Eine Buchveröffentlichung mit verschriftlichen Referaten ist ins Auge gefasst, aber noch nicht konkret geplant. Ein Bericht vom Pariser Seminar zum Gedenken an Ernest Mandel.

■ **Manuel Kellner**

---

Meine Aufgabe war, die erste Runde zum Thema Ökonomie zu moderieren. Daniel Albarracín (Andalusien) und Francisco Louça, genannt Chico (Portugal) sprachen beide zum Thema der *Langen Wellen der Konjunktur*. Die beiden Referate waren nicht kontrovers und müssen daher hier nicht getrennt vorgestellt werden. Nur konzentrierte sich Chico etwas pointierter auf die Frage, wieso die vierte Lange Welle mit stagnativ-depressivem Grundton seit 1968 sich so lange bis heute hinzieht.

Für Ernest Mandel war ein wichtiger Unterschied der Langen Wellen zu den 7- bis 10jährigen Zyklen der kapitalistischen Ökonomie, dass sich in den Langen Wellen mit expansivem Grundton sehr wohl die Elemente zum Abkippen in die Langen Wellen mit depressivem Grundton entwickeln, nicht aber umgekehrt in letzteren die Elemente zum Übergang in eine neue Lange Welle mit expansivem Grundton. Für das Aufkommen neuer Langer Wellen mit expansivem Grundton seien daher sogenannte „exogene“, außerökonomische Faktoren ursächlich.

Aus dieser Sicht konnte erwartet werden, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion und des „Ostblocks“ als bedeutender Sieg des westlichen Kapitals als ein solcher Faktor hätte wirken können. Auch die neuen Technologien im Bereich der Informatik und damit der Automation bzw. der Steuer- und Regeltechnik sind ja vorhanden. Und doch hat sich in den Jahren nach dem Zusammenbruch der UdSSR keine neue Lange Welle mit expansivem Grundton aufgebaut. Warum?

Darauf haben beide Referate eine Reihe von Antworten gegeben. Die wichtigste scheint mir zu sein, dass die immensen erzielten Profite zu einem erheblichen Teil nicht produktiv investiert werden, da im Bereich der materiellen Produktion zu geringe Extraprofite erwartet werden. Vielmehr wird sehr viel in fiktives Kapital investiert. Im Wesentlichen sind das Wetten auf zukünftige Entwicklungen. Diese Wortwahl ist übrigens treffender, als von „Spekulation“ zu sprechen, aus dem einfachen Grund, dass alle Investitionen, auch die produktiven, in der kapitalistischen Produktions-

weise spekulativ sind (niemand kann im Vorhinein wissen, ob in ausreichendem Maße Extraprofite erzielt werden).

Birgit Mahnkopf, emeritierte Professorin der Hochschule für Wirtschaft in Berlin (nur zur Kennzeichnung der Person: sie ist die Witwe von Elmar Altvater) hat viel zu den ökonomischen, ökologischen und politischen Grenzen der Globalisierung gearbeitet. Sie zeichnete in ihrem facettenreichen Beitrag das Bild eines zeitgenössischen Kapitalismus voller Widersprüche, in dem die Rüstungsproduktion einschließlich der Herstellung automatisierter Waffensysteme und der verschärften Gefahr expandierender kriegerischer Konflikte eine große Rolle spielen.

Cédric Durand, Professor für Ökonomie und Mitglied der Denkfabrik der France Insoumise von Mélançon, sprach nicht zur Krise des zeitgenössischen Kapitalismus, obwohl er dazu viel arbeitet. Er behandelte die Theorie der sozialistischen Planung bei Ernest Mandel. Dabei stellte er als wichtigstes Element heraus, dass für Mandel alle möglichen Ansätze der demokratischen Selbstverwaltung von Betrieben und Institutionen, so wichtig sie auch seien, nicht ausreichen. Vielmehr muss in einer demokratisch geplanten Wirtschaft darüber hinaus etwas bislang nie Dagewesenes verwirklicht werden: Wirklich demokratische Entscheidungen der großen Prioritäten bei den gesellschaftlichen Investitionen.

Die zweite Runde drehte sich um „Ernest Mandel und der Mai 1968“.

Gleichwohl befasste sich Janette Habel im ersten Referat wiederum mit dem Problem der sozialistischen Planwirtschaft. Ernest Mandel war 1963/64 von Che Guevara zur Teilnahme an der öffentlichen Diskussion über die Wirtschaftspolitik nach Kuba eingeladen worden. Er stimmte mit dem Che in wichtigen Punkten überein und trat deshalb als dessen Bündnispartner auf: Kritik der Reformen für mehr Markt in der UdSSR, wichtige, aber nicht beherrschende Rolle des Wertgesetzes in der Ökonomie von Übergangsgesellschaften, Produktionsanalysen für die Entscheidungen über Investitionen, und vor allem für die Einführung kollektiver statt individueller Anreize zur Hebung der Arbeitsproduktivität in den Betrieben.

Für beide standen Plan und Markt (die Leontieff als „Verbündete“ ansah) in der ganzen Übergangsperiode in einem antagonistischen Konflikt miteinander. Der Markt darf existieren, muss aber dem Plan untergeordnet werden, sonst droht die kapitalistische Restauration. Beide waren auch der Meinung, dass viel Zeit, viele neue

Erfahrungen und Irrtümer nötig sind, bevor Gesetze der Ökonomie der Übergangsgesellschaft formuliert werden können.

Bekanntlich war der Che leider der Verlierer der Ökonomie-Debatte.

Für Janette Habel ist auch heute noch die demokratische Selbstorganisation das entscheidende Mittel sowohl im Kampf gegen die Bürokratie wie gegen die entsolidarisierenden Wirkungen des Markts.

Pierre Rousset (Frankreich) erinnerte daran, dass der Mai 68 die sozialistische Revolution „auf die Tagesordnung“ gesetzt hatte. Es sei nun an der Zeit, „von Propagandagruppen zu Kampforganisationen“ überzugehen. Innerhalb einer Woche sei eine Vorhut von tausenden von Arbeitern entstanden, die die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution begriffen hätten.

Jedoch seien wir, die Sektion der IV. Internationale damals, in Wirklichkeit nur „Strohhalme im Wind“ gewesen, die in einer wirklichen Situation der Doppelherrschaft keine wirksame Rolle hätten spielen können. Mandel hatte die Neigung auszuweichen, wenn wirkliche Probleme auftauchen. Seine Vision revolutionärer Prozesse war recht linear. Es gab zwei Riegel, die Kommunistische Partei und die von ihr kontrollierte Gewerkschaft CGT. Wenn man diese beiden in wenigen Wochen wegsprengt, dann könnten auch kleine revolutionäre Organisationen viel beeinflussen.

Jedoch: eine solide Verankerung in den Massen erfordert viel Zeit. Auch in Perioden des Aufschwungs der Massenbewegung und der Doppelherrschaft gibt es Gegenschläge. Und denen können Organisationen nicht widerstehen, die die genannte Verankerung nicht lange vorher erarbeitet haben.

Jaime Pastor (Spanischer Staat) stellte Ernest Mandels Kritik am Eurokommunismus dar (Vgl. Ernest Mandel 1978: Kritik des Eurokommunismus. Revolutionäre Alternative oder neue Etappe in der Krise des Stalinismus?). Dabei zeigte er, dass der Führer der spanischen KP Santiago Carillo ein „intelligenter“ Opportunist gewesen war: er war nicht nur sehr kritisch gegenüber der Sowjetunion, sondern äußerte sich auch sehr viel positiver zur Revolte des Mai 68 als etwa Georges Marchais von der KP Frankreichs.

Pastor erinnerte an die Rede von Ernest Mandel in Lissabon, in der er, wie Saint-Just, davor warnte, es sei schlimm eine „nur halbe“ Revolution zu machen. Viele Jahre nach den zerstorbenen Hoffnungen der Mitte der 70er Jahre sprach sich Mandel 1992 für die „Wiedergeburt

der Hoffnung“ aus, sprach von der „Glaubwürdigkeitskrise des Sozialismus“, von der Notwendigkeit, auch an „kulturellen Kämpfen“ teilzunehmen, den „Paternalismus“ auch in den eigenen Reihen zu bekämpfen und entwickelte eine immer kritischere Einstellung zu den Jahren 1918–1923 in der russischen Räterepublik (also vor dem Sieg der Stalin-Fraktion).

Alexander Neumann, der viel zur Frankfurter Schule gearbeitet hat, zeigte eine Reihe von Parallelen und Berührungspunkten dieser mit dem Schaffen von Ernest Mandel auf. So habe Mandel, etwa in „Der junge Marx“, nicht wie Althusser eine chinesische Mauer zum älteren Marx diagnostiziert. Zwischen Marcuse, Horkheimer, Adorno, Bloch und auch Rudi Dutschke und Mandel habe es aber leider nie eine wirkliche Debatte gegeben. Etwas ironisch erzählte Neumann vom Auftritt Mandels in Berlin (zusammen mit Oskar Negt). Thema war damals angesichts des Zusammenbruchs der UdSSR das Erbe der Oktoberrevolution. Und da hielt Ernest Mandel gegen Wind und Wetter geradezu „obsessiv“ an der Theorie vom „bürokratisierten Arbeiterstaat“ fest.

Sebastien Budgen (England) zeigte den starken Einfluss Mandels als Autor in England auf, wohingegen er dort politisch eine sehr geringe Rolle spielte. Budgen unterstrich die Bedeutung der *New Left Review* und der Rolle von Perry Anderson als wohl strengster Redakteur, den Mandel je hatte. Andersons Kritik am „Spätkapitalismus“ führte dazu, dass dessen englische Version eine bedeutende Verbesserung gegenüber dem deutschen Original von 1972 war.

Mattéo Allalouf (Belgien) schilderte eindringlich die Rolle von Ernest Mandel in der belgischen Arbeiterbewegung, bei der Vorbereitung des Generalstreiks 1960/61, des Masseneinflusses vermittelt über die Gewerkschaftslinken und die Linke der sozialdemokratischen Partei bis Mitte der 60er Jahre. Er sprach dabei auch über die Problematik des damit verbundenen „Entrismus“, der ja konspirativ durchgeführt werden musste, wodurch sich enge Mitstreiter (wie er selbst) letztlich hintergangen gefühlt hatten, als nach irgendeiner obskuren Sitzung in Paris die Bombe platzte: raus aus der Sozialdemokratie! Die Hoffnungen, dass sich daraus eine relevante linke Kraft entwickeln könnte, zerschlugen sich jedoch völlig.

Es sprach weiterhin Catherine Samary zum Thema Übergang zum Sozialismus und Entfremdung und zur Frage, warum sich die Hoffnung auf eine „politische Revolution“ in der Sowjetunion und den anderen Ländern nicht realisiert hatte, und welche – unvollständigen, aber

doch auch heute noch anregenden Lehren Mandel daraus gezogen hatte.

Michael Löwy zeichnete die Entwicklung des ökologischen Problembewusstseins von Ernest Mandel seit den 70er Jahren. 1962, im Jahr des *Traité d'Economie marxiste* (deutsch: *Marxistische Wirtschaftstheorie*) hatte er noch keins. In den Folgejahren bis zum Schluss machte er immer wieder Fortschritte, hatte aber auch Rückfälle in die frühere Unterschätzung der Problematik.



# ERNEST MANDEL – DAS JAHR '68 ... EIN PAAR DENKANSTÖSSE

---

Der folgende Beitrag ist eine überarbeitete und erweiterte Fassung des Vortrags, den ich [P. R.] am 15. April 2023 bei der zweiten Podiumsdiskussion des Internationalen Kolloquiums zum 100. Geburtstag von Ernest Mandel gehalten habe.

■ Pierre Rousset

---

Zu dem Thema der Diskussionsrunde „Mandel, 1968 und die neuen Radikalitäten“ war ich gebeten worden, seine Lesart des französischen Mai '68 vorzustellen, ein Thema, für das es erforderlich war, den historischen Kontext in den Blick zu nehmen.<sup>1</sup> Denn das Jahr 1968 war auch das Jahr der Tet-Offensive in Vietnam, der militärischen Eskalation der USA in Indochina und des Prager Frühlings.

Ein Sammelband, den Jean-Marie Vincent mit Artikeln von Ernest Mandel unter dem Titel „La longue marche de la Révolution“<sup>2</sup> (Der lange Marsch der Revolution) zusammengestellt hat, zeigt insbesondere die Bedeutung, die Ernest der chinesischen Revolution beimisst (ein bedeutender Teil des Buches ist ihr gewidmet), die Entwicklung seiner „Lesart“ der Weltlage in den Jahrzehnten vor den französischen „Ereignissen“ und die Erwartungen, die er mit der Radikalisierung der Jugend (Arbeiter\*innen und Studierende) und dem Generalstreik vom Mai/Juni verband. Der erste Artikel in diesem Band stammt aus dem Jahr 1945. Der Artikel über den Vierten Kongress der IV. Internationale ist aus dem Jahr 1954 und trägt den Titel „Die Weltrevolution, von ihrer empirischen Phase zu ihrer bewussten Phase“ – eine Formulierung, die erklärt werden muss. Der letzte Artikel des Buchs lautet „Die Stellung des

Neunten Weltkongresses in der Geschichte der Vierten Internationale“ und datiert aus dem Jahr 1969.

Alle diese Artikel Ernests wurden in der Zeitschrift *quatrième internationale* unter dem Pseudonym Germain veröffentlicht. Sie scheinen mir ein guter Ausgangspunkt für das zu sein, was ich in meinem Beitrag darlegen möchte.

Zusammenfassend möchte ich betonen: Mandel versteht die Bedeutung der asiatischen Revolutionen und er sorgt sich um unsere Fähigkeit, die Entwicklungen dieser Zeit zu erfassen, als die maoistischen Bewegungen einen Aufschwung erleben; wir dürfen nicht schwanken. In diesem Bemühen hätte er unserer Bewegung möglicherweise ein gewisses Sektierertum nahelegen können. Aber er analysiert diese Revolutionen positiv, nicht sektiererisch, und bemüht sich, den chinesischen Maoismus in seiner Originalität zu erfassen, seinen „Pragmatismus“, der ihn seiner Ansicht nach vom eigentlichen Stalinismus abhebt. Der Generalstreik vom Mai/Juni ist in seinen Augen das Ende eines großen „Umwegs“ der Weltrevolution, indem er die Möglichkeit eröffnet, ihren Schwerpunkt nach Westeuropa und ins Industrieproletariat zu verlagern. Daraus ergibt sich die grundlegende Bedeutung des Mai '68 und die Botschaft, die davon in die Welt ausgeht.

In seinem Beitrag über den Neunten Weltkongress 1969 greift Ernest explizit seine früheren Analysen über die „empirische“ Phase der Weltrevolution auf (und bekräftigt sie damit im Nachhinein). So war der revolutionäre Aufstieg ab 1949 (die jugoslawische und die chinesische Revolution ...) in seinen Augen durch „teilweises Bewusstsein“ und „Zentrismus“ gekennzeichnet. Seiner Ansicht nach änderte sich dies allmählich in den 1960er Jahren, insbesondere aufgrund der internationalen Radikalisierung der Jugend in Ländern wie Belgien und Frankreich und des Entstehens von Formen der Selbstverteidigung der Arbeiter\*innen gegen die Repression. Damit begann die „bewusste“ Phase der Revolution ..., deren programmatischen Ausdruck wir (die revolutionären Marxist\*innen) verkörperten. „So“, schloss er, „kommt die internationale sozialistische Revolution in den imperialistischen Ländern zum Vorschein“ und unsere Sektionen müssen sich von Propagandagruppen in „Kampforganisationen“ (nicht zwangsläufig bewaffnete) verwandeln. Auf diesem Weltkongress trat die Französische *Ligue communiste* als solche der Vierten Internationale bei.<sup>3</sup>

Bewusstsein und Teilbewusstsein, Zentrismus, Aktualität der sozialistischen Revolution in den imperialistischen Ländern ... wir werden auf diese Begriffe zurückkommen. Zuvor möchte ich etwas zur Beziehung zwischen Germain und Mandel ausführen.

### **Germain, Mandel, wir**

Die Aufmerksamkeit von Germain, einem führenden Vertreter der Vierten Internationale, ist stark auf unsere französische Organisation ausgerichtet. Für Mandel, einen bekannten marxistischen Ökonomen, ist das Spektrum der Gesprächspartner bedeutend breiter und das verwendete Vokabular variiert demzufolge. Anfang der 1960er Jahre leitete er Schulungen für den Pariser Verband der PSU und eine Broschüre, die seine Vorträge wiedergibt, wurde im Februar 1964 von den Cahiers des centres d'études socialistes unter dem Titel „Initiation à la théorie économiste marxiste“ (Einführung in die Marxistische Wirtschaftstheorie) veröffentlicht. Er nahm an mehreren Streitgesprächen mit Vertretern der CFTC-CFDT und der PSU Rocard teil. Er griff aktiv in die Debatten zur Arbeiterkontrolle und zu der in Westeuropa zu verfolgende Strategie in der Zeit der Krise des Stalinismus ein. Ernest leistete über die Vermittlung von André Gorz regelmäßig Beiträge für die Zeitschrift *Les Temps modernes*.<sup>4</sup> Hier veröffentlichte er übrigens seinen wegweisenden Artikel über den französischen Mai.

Neben Ernests eigener Erfahrung in Belgien müssen wir also auch diesen franko-europäischen Hintergrund im Blick behalten.

Auf der anderen Seite aber haben wir uns – ungeachtet der Bedeutung, die Ernest in der Vierten Internationale und für unseren Aufbau in Frankreich hatte – nie als „mandelistisch“ bezeichnet, sondern haben immer die Pluralität unserer politischen Bezüge betont, sei es kollektiv oder individuell. Es gab natürlich ein Generationenphänomen. Die JCR entstand aus der Krise der Union des étudiants communistes (UEC, Kommunistischer Studentenverband), über die die Kommunistische Partei (PCF) die Kontrolle verloren hatte. Die UEC war zu einem Schmelztiegel geworden, in dem sich viele neue Strömungen der radikalen Linken formierten. In der Führung der linken Fraktion befanden sich Mitglieder der PCI (der franz. Sektion der IV. Internationale). Als die JCR nach einem Prozess der Spaltung und des Ausschlusses gegründet wurde, wurde einer Reihe von Aktivist\*innen die Mitgliedschaft in der Vierten Internationale angeboten, die dann gemeinsam eintraten, um den Kader der neuen Organisation zu stärken. Ich gehörte zu dieser Gruppe. Wir waren sehr unterschiedlich, aber die kollektiven Erfahrungen und die Lehren, die wir gemeinsam daraus zogen, haben uns zusammengeführt.

Viele von uns hatten die Gesamtausgabe der Werke Lenins in unseren Regalen stehen, wir lasen sie und benutzten sie, und sei es nur aus ... pädagogischen Gründen. Ein Zitat von Trotzki, so passend es auch gewesen sein mochte, war in einer Auseinandersetzung mit Mitgliedern der KPF oder mit den Maoisten wertlos. Die Schriften Lenins hingegen waren der gemeinsame Bezugspunkt für fast alle Strömungen, die sich um das Prädikat „kommunistisch“ stritten. Außerdem ist er verdammt interessant, dieser Lenin, das muss man schon sagen! Kommunist\*innen waren wir – wie hätten wir überhaupt „Sozialist\*innen“ sagen können, wo doch die Sozialistische Partei diese schöne Bezeichnung für sich beansprucht hatte.

Ich bin recht kritisch (das Schlimmste kommt noch), aber es ist vielleicht an der Zeit, zu betonen, was ich dem Mai '68 und Ernest verdanke. Meine Generation von Aktivist\*innen hatte das außergewöhnliche Glück, im Jahr '68 eine grundlegende Erfahrung zu machen, die uns in die Spur brachte.<sup>5</sup> Darüber hinaus hat mir der Beitritt zur Vierten Internationale geholfen, eine Verbindung zwischen dem studentischen Hyperaktivismus und den historischen und programmatischen Bezügen herzustellen, die von unseren damaligen Alten vermittelt wurden: Pierre

Frank, Livio Maitan, Ernest ... Mehr noch, wir wurden Marxist\*innen, nachdem seinerzeit gerade damit begonnen worden war, den Reichtum des Marx'schen Werks im Lichte seiner Korrespondenz und der Vorarbeiten zur Abfassung des Kapitals zu erforschen. Ernest gehört zu dieser Scharniergeneration, die die Lektüre von Marx erneuert, und wir hatten das Glück, davon zu profitieren. Außerdem versteht er perfekt Deutsch – kann man Marx ohne diese Sprache überhaupt verstehen? Er war ein wertvoller Lotse.

### Welche Bedeutung hat der Mai '68?

Nach Ernests Ansicht war der Mai-Juni 68 keine revolutionäre Krise, sondern öffnete seiner Einschätzung nach ein Zeitfenster, das schnell zu einer allgemeinen Situation der Doppelherrschaft in Frankreich führen konnte. Für ihn war dieser „Moment“ vergleichbar dem „Februar 17“, eine vorrevolutionäre Krise, auf die in Russland acht Monate später die Oktoberrevolution folgte. Wir selbst bezeichneten diese „Ereignisse“ als eine „Generalprobe“, ein ungenauerer Begriff. Um zu versuchen, im Rahmen der Reflexion die Begriffe besser zu umreißen, plädiere ich für die Bezeichnung Regimekrise, in einem Kontext, der durch die Aktualität der internationalen Radikalität, die Konfrontation der Blöcke und – in einem Teil der „Dritten Welt“ – die Aktualität der Revolution geprägt ist.

Manchmal lese ich, dass es eines gewissen Abstands bedurfte, um zu verstehen, dass die Situation damals nicht revolutionär war. So formuliert, scheint mir das nicht korrekt zu sein. Natürlich wurde häufig der Begriff „Revolution“ benutzt, auch bei uns. Es ist kein Konzept, sondern ein gängiges Wort. Wir lebten in revolutionären Zeiten mit revolutionären Hoffnungen, in einer Revolution der Sitten, einer Generationenrevolution und so weiter und so fort. Doch wie ich in meinem Rückblick vom 13. Mai 2018 feststelle, spielten wir in Sachen Gewalt bewusst eine mäßige Rolle. Wir wollten nicht, dass die Gewalt durch unser Zutun höher getrieben wurde. Pflastersteine, Molotowcocktails, Holzknüppel und (gefürchtete) Tischbeine aus unseren Unterrichtsräumen; aber nicht mehr. Die Gewalt hatten übrigens nicht wir „geschaffen“, sie existierte bereits vorher: der Algerienkrieg und die dort verübten Folterungen, die paramilitärischen Organisationen der Gaullisten, die Aggressivität faschistischer Strömungen im universitären Umfeld, Neonazigruppen der schlimmsten Art (gegen die wir übrigens einen Schattenkrieg führen mussten).

Man muss über die Bezeichnungsebene hinausgehen und die realen Aktivitäten untersuchen, um den

Spannungsbogen zu erfassen, den es zwischen der außergewöhnlichen emanzipatorischen Stimmung und dem alltäglichen Realismus gab, den wir brauchten, um entscheiden zu können: „Was machen wir morgen?“. Ich zitiere etwas ausführlicher aus der Antwort, die Alain Krivine 1973 auf die Frage „Mai '68, Revolte oder Revolution?“ gab. Der französische Mai, sagte er gleich zu Beginn, „stellt einen der weitestgehenden revolutionären Versuche in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Land dar. (...) Innerhalb weniger Tage [waren] die Menschen nicht mehr wiederzuerkennen. (...) Die Straße begann zu sprechen (...) Unmöglich, die Gruppen zu vergessen, die nächtelang auf der Straße waren und diskutierten. Es war nur der Anfang einer Revolution, aber es war bereits ein Hauch von Befreiung zu spüren.“

Allerdings: „Der Verrat der PCF und der PS sowie das Fehlen einer von den Arbeiter\*innen anerkannten alternativen Führung verhinderten den Übergang von der Revolte zur Revolution. In den täglichen Treffen mit Geismar, Sauvageot, Cohn-Bendit und einem Dutzend politischer Führer waren alle davon überzeugt. Und als der Plan, das Rathaus zu besetzen, d. h. eine härtere Gangart einzuschlagen – ein realisierbarer Schritt, aber für wie lange! – vorgeschlagen wurde, lehnten ihn alle ab. Es kam nicht in Frage, die Verantwortung für eine Kraftprobe zu übernehmen, die zu einer bewaffneten Konfrontation hätte führen können (...). Während dieser Zeit waren wir uns einig, dass sich das Problem der Machtergreifung nicht stellte – zumindest nicht für uns! – weil die mittelfristigen politischen Probleme nicht angegangen bzw. gelöst worden waren.“

„Einige politische Kämpfe fanden dennoch statt. Zunächst mit mehr oder weniger organisierten Gruppen, die wir manchmal physisch daran hinderten, Waffenlager zu plündern. Einige von uns wurden dann als ‚neue Bullen‘ beschimpft, aber das schien uns unerlässlich, um zu verhindern, dass eine Provokation zu einem Massaker durch echte Bullen führt.“<sup>6</sup>

„Sicherlich kann man sagen, dass die Führung der KPF diese sich anbahnende Revolution verraten hat, aber zur Wahrheit gehört auch, dass die große Mehrheit der Arbeiter\*innen zwar wusste, was sie nicht mehr wollte, aber sie wusste nicht, wohin es gehen sollte und wie man dorthin gelangen konnte. Und die KPF hatte leichtes Spiel, wenn sie ausführte, dass die Arbeiter\*innen nicht für die Revolution bereit seien. In gewissem Sinne stimmt das, aber es beweist nur eins (...): Der Sozialismus und die Mittel, ihn durchzusetzen, entstehen nicht von sich



aus im Bewusstsein der ausgebeuteten und entfremdeten Arbeiter\*innenklasse; es ist die Aufgabe der Partei, die Arbeiter\*innen in den täglichen Kämpfen in dieser Perspektive politisch zu bilden. Selbst mit gutem Willen konnte man nicht in drei Wochen Jahrzehnte der Untätigkeit und mangelnder politischer Bildung ersetzen.“<sup>7</sup>

Es scheint mir interessant zu sein, Alains Aussagen mit denen von Ernest Mandel zu vergleichen, der in einem langen Artikel für die Zeitschrift *Les Temps modernes* im Juli 1968, in der Hitze des Gefechts, schrieb:

„Die Spontaneität ist die embryonale Form der Organisation“, schrieb Lenin. Die Erfahrung des Mai 1968 ermöglicht es, die Aktualität dieses Gedankens auf zweifache Weise zu präzisieren. Die Spontaneität der Arbeiter ist niemals reine Spontaneität; in den Betrieben wirken die Fermente der Avantgardegruppen – manchmal ein einziger erfahrener revolutionärer Aktivist –, deren Hartnäckigkeit und Geduld in diesen Momenten des auf den Höhepunkt getriebenen sozialen Fiebers belohnt werden. *Die Spontaneität der Arbeiter führt zur Organisierung einer größeren Avantgarde, weil innerhalb weniger Wochen Tausende von Arbeitern die Möglichkeit der sozialistischen Revolution in Frankreich erkannten.* Sie haben verstanden, dass sie sich zu diesem Zweck organisieren müssen, und sie knüpfen tausendfach Verbindungen mit Studenten, mit Intellektuellen, mit den revolutionären Avantgardegruppen, die nach und nach der künftigen revolutionären Massenpartei des französischen Proletariats ihre Form geben, von der die JCR schon jetzt als der solideste und dynamischste Kern erscheint.“<sup>8</sup>

Er folgert: „*Was im Mai 1968 für einen ersten entscheidenden Durchbruch zur Doppelherrschaft fehlte* – damit Frankreich, auch wenn der Vergleich etwas hinkt, seinen *Februar 1917* erleben würde – *war eine revolutionäre Organisation, die in den Betrieben nicht zahlreicher zu sein brauchte, als sie es bereits an den Universitäten war.* Zu diesem Zeitpunkt und an diesen Orten hätten kleine Kerne von bewusst auftretenden Arbeitern – mit einem korrekten Programm und einer politischen Analyse bewaffnet – sich Gehör verschaffen können. Sie hätten ausgereicht, um die Zerstreung der Streikenden zu verhindern und in den wichtigsten Fabriken des Landes die Massenbesetzung und die demokratische Wahl der Streikkomitees durchzusetzen. *Das wäre gewiss weder ein Aufstand noch die Machtergreifung gewesen. Aber eine entscheidende Seite in der Geschichte Frankreichs und Europas wäre aufgeschlagen worden.* Alle, die den Sozialismus für möglich und notwendig halten, müssen dafür sorgen, dass es beim nächsten Mal so ist“.

Inwieweit glaubt Ernest, was er hier schreibt, inwieweit schreibt er, was er glaubt, sagen zu müssen, um der jungen, aktivistischen Mai-Generation Ermutigung zu geben? Weiter oben in diesem Text stellte er fest, dass eine Situation der Doppelmacht nicht lange anhalten kann, ohne dass die Massen auch die Macht erobern. Er war mit der Geschichte bestens vertraut und wusste, dass die Konterrevolution in einem solchen Fall ohne Mäßigung zuschlägt. Einen Vorgeschmack darauf bekamen wir übrigens schon im Juni 1968. Zwar war der Mai keine soziale Revolution und die darauffolgende Repression keine Konterrevolution. Aber was folgte war überaus bedeutsam: Auflösung von Organisationen, Verhaftungen und Verurteilungen, Gewalt der Untermilizen, ständiges Durchkämmen ganzer Stadtviertel durch die Polizei, anhaltendes Demonstrationsverbot, Anti-Randalierer-Gesetz, das die Kollektivhaftung einführte ...

Eine andere Frage betrifft die Schnelligkeit der Prozesse, die (unter bestimmten Vorbedingungen) zur Erhöhung des Klassenbewusstseins führen, die Ernest hier betrachtet, und seine Einschätzung, dass eine kleine revolutionäre Organisation (vergleichbar mit der JCR – wir waren winzig, vielleicht 500), die über eine angemessene Analyse und ein Programm verfügte, in Krisenzeiten eine führende Rolle innerhalb der Arbeiterklasse spielen könnte. Dazu hätte man so stark verwurzelt sein müssen, dass man die Repression durch die Bosse und die Polizei überstanden hätte, wenn es hart auf hart gekommen wäre. Ernest wusste, dass wir in Frankreich von einem niedrigen Bewusstseinsniveau aus starteten, aber ich fürchte, er überschätzte damals den vielfältigen Austausch zwischen Studierenden, Bauern und Arbeitern außerhalb bestimmter Regionen. Selbst überbetriebliche Verbindungen zwischen Streikenden wurden von der CGT erschwert, ohne dass dies an der Basis offenbar viel Protest hervorgerufen hätte.<sup>9</sup>

Ernest scheint hier der französischen Situation ein „belgisches Modell“ überzustülpen, das auf einer anderen Struktur der Arbeiterbewegung (Entrismus-PS-kämpferischer Syndikalismus) basiert als die, die wir in Frankreich hatten, und zum Beispiel Verbindungen zu der Strömung hatte, die sich an [dem belgischen Gewerkschaftsführer] Renard orientierte. Eine kleine Gruppe konnte damals einen Einfluss gewinnen, der in keinem Verhältnis zu ihrer quantitativen Größe stand. Daher die spezifische Auffassung von der breiten Avantgarde, die zu einer Überschätzung ihrer Fähigkeit führte, eine größere Bewegung auszulösen.<sup>10</sup>

Es war völlig logisch, 1968 zu versuchen, die Mauern so weit wie möglich aufzureißen. Die Potenziale waren

wahrscheinlich größer, als es im Nachhinein den Anschein hat. Was wäre passiert, wenn die portugiesische Revolution ihren Kurs vertieft hätte und Francos Tod in eine Regimekrise gemündet wäre? Natürlich war es kein gutes Zeichen, dass es Thatcher gelang, den Bergarbeiterstreik niederzuschlagen, aber das bedeutete nicht, dass man vor der Niederlage defätistisch werden musste. Da die Situation in Europa so war, wie sie war, kann man wahrscheinlich sagen, dass sich das Anfang der 1960er Jahre geöffnete Fenster der Möglichkeiten um 1977 wieder schloss. Die Streikwelle nach 1968 lief aus, die europäische Situation und die internationale Lage veränderten sich.

### Die drei Sektoren der Weltrevolution

In seinem Artikel über die Bedeutung des Neunten Weltkongresses der IV. unterstrich Ernest die „Ausweitung des weltrevolutionären Prozesses“ auf die imperialistischen Länder. Diese „Ausweitung“ ermöglicht es, die Dialektik zwischen dem, was wir die „drei Sektoren der Weltrevolution“ nannten, zu begreifen, die die „Kolonialrevolution“, die (antibürokratische) „politische Revolution“ in mehreren bürokratisch degenerierten „Arbeiterstaaten“ (wie wir sie damals nannten) und die sozialistische Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern miteinander verband. Dieses Verständnis war für uns sehr nützlich, um den Internationalismus auf die interdependenten Beziehungen und die enge Verwobenheit im Kampf zu gründen. Ein frühes Gegengift zum Lagerdenken.

In dem mit Germain gezeichneten Artikel steht, was Ernest aus der 1969 verabschiedeten Resolution lernen will. Resolutionen sind ein kollektives Werk und enthalten oft Kompromissformeln oder sogar „Ungereimtheiten“, die diese widerspiegeln oder die Komplexität der Situation und ihre Wahrnehmung in den einzelnen Ländern widerspiegeln.

Ernest stellt fest, dass das Gravitationszentrum der Weltrevolution zwei Jahrzehnte lang im „Sektor der Kolonialrevolution“ (er spricht in der Vergangenheitsform) lag. In der „neuen Phase der Weltrevolution“ sieht er ihn eindeutig in den entwickelten kapitalistischen Ländern, die gekennzeichnet sind „durch ein viel größeres Gewicht des Industrieproletariats, durch ein höheres Bewusstseinsniveau als in der vorangegangenen Phase und durch viel größere Möglichkeiten für die Avantgarde, die an der Spitze der Revolution kämpft, den revolutionären Marxismus in sich aufzunehmen“. Aber war dies der Fall?

1968–1969 fand die Tet-Offensive in Vietnam statt, eine „68er Bewegung“ in Pakistan, die noch größer war

als in Frankreich, die Krise des maoistischen Regimes (die Kulturrevolution) und der Protest gegen die stalinistische Ordnung in Osteuropa (der Prager Frühling). Die geopolitische Bedeutung der Ereignisse in den Sektoren der Kolonialrevolution und der sogenannten „politischen Revolution“ im Sowjetblock war in Wirklichkeit immer noch weit vorherrschend.

Was in den imperialistischen Ländern „aktuell“ war, war die Entstehung einer neuen revolutionären, extremen Linken in Nordamerika, Europa und Japan (das in dieser Hinsicht schon vor dem Mai '68 eine Vorreiterrolle spielte). Dies veranlasste Ernest, in seinem Artikel nachdrücklich das Ende der „Entrismus“-Politik zu formalisieren, die in den 1950er Jahren in verschiedenen Formen umgesetzt wurde (Eintritt in die PCF in Frankreich) und von der sich die JCR bereits 1965–1966 gelöst hatte. Dieses „entristische“ Kapitel wurde ad acta gelegt, leider ohne die gebotene kollektive Bilanz zu ziehen.

Die besondere Bedeutung des französischen Mai ist vor diesem Hintergrund verständlich. Er strahlte international aus durch das, was er verkörperte. Wie Daniel Bensaïd in „Ein ungeduldiges Leben“<sup>11</sup> feststellt, war er sowohl der größte Arbeiterstreik unserer Geschichte, als die Lohnabhängigen 80 % der Bevölkerung repräsentierten, als auch eine verallgemeinerte soziale Erhebung. Ein überlebensgroßes Experiment, das strategische Überlegungen (zu denen Ernest mit seinen Analysen zum Generalstreik beiträgt) und die Dialektik der zahlreichen Kampfebene, die in den 1970er Jahren aufblühten, fördert, darunter das dynamische Zusammentreffen von Stadt und Land, das zur Entstehung der Confédération paysanne führte, die Rolle der klassenkämpferischen Strömungen in der (späten) Entstehung der zweiten Welle des Feminismus, die Bewegungen der Gasterbeiter\*innen etc.

In dem Panorama, das Ludivine<sup>12</sup> vom Mai '68 zeichnet, hebt sie die frühe Rolle der Bauernbewegungen Anfang der 60er Jahre oder der territorialen Kooperativen, die sich in bestimmten Regionen entwickelten, hervor. Für mich bleibt jedoch die Frage nach dem Verhältnis der Gewerkschaften (und der Linken) zum territorialen Raum weiter offen. Warum haben sich die Verbindungen „außerhalb der Fabriken“ nicht dauerhaft etabliert? Warum ist der territoriale Streik nicht in unsere Traditionen eingegangen?

### Zentrismus und Empirismus

Mandels Schriften rund um den Mai '68 verlagern die Frage der Partei weitgehend auf die des Klassenbewusstseins.

In dieser Hinsicht schließt der Artikel über den Neunten Weltkongress (1969) ausdrücklich an den Vierten Kongress (1954) an. „Die erste Phase der Weltrevolution ist die Phase des Zentrismus. Der Begriff ist ungenau und vage; er umfaßt tatsächlich alle Phänomene der Arbeiterpolitik jenseits des Reformismus und des traditionellen Stalinismus und diesseits des revolutionären Marxismus [uns]. In diesem Fall finden Tito und Mao Tse-tung, Bevan und die Führer der linken japanischen SP, die Führer des 17. Juni 1953 (in Ostdeutschland) und die Führer des Streiks in Workuta, die frühen Führer der linksoppositionellen Strömungen in den kommunistischen Massenparteien (Marty, Crispin etc.) alle ihren Platz in dieser bunten Ansammlung des Zentrismus“. Er fügte hinzu: „Die Erfahrung hat bestätigt, dass diese Analyse richtig ist. Bis Mitte der 1960er Jahre – mit zwei Ausnahmen in Kuba und Japan (...) wurden alle Fortschritte der Weltrevolution von zentristischen Tendenzen geleitet oder nahmen zentristische Formen an.“<sup>13</sup>

Der Begriff „Zentrismus“ gehört zu seinen „Schlagwörtern“, die jeder nach seinem Gusto interpretieren kann. In Ernests Fall wird er häufig mit „Empirismus“ und „Teilbewusstsein“ in Verbindung gebracht. Wie ich bereits in der Einleitung gesagt habe, ist diese Herangehensweise ein Gegenmittel gegen Sektierertum und eine Methode, jede dieser Bewegungen in ihren Eigenheiten zu verstehen.

Ernests Verwendung dieses Begriffs erscheint mir jedoch recht problematisch, wenn er die zentristischen Strömungen als zwischen drei Polen schwankend beschreibt: die „reine“ Sozialdemokratie, der „reine“ Stalinismus und ... revolutionärer Marxismus (wir, im Wesentlichen). Zwei dieser Pole hatten eine starke physische Anziehungskraft, was für den dritten Pol nicht wirklich galt.

Zentrismus und Pragmatismus erscheinen in Mandels Schema auch als Inkonsistenz, was nicht mit seiner eigenen Analyse des ganz spezifischen Weges der KP Chinas und Mao Zedongs hin zum Sieg von 1949 übereinstimmt. Ich finde diese Begriffe unangemessen, wenn es um Bewegungen wie die KPCh und die KPVietnam geht, die großes Durchhaltevermögen und Krisenfestigkeit bewiesen haben, aber es hat mich gefreut, diesen Artikel in *Der lange Marsch der Revolution* wiederzufinden. Lautete unser Motto in den 1960er Jahren nicht „Die chinesische Revolution ist eine zu ernste Sache, um sie allein den Maoisten zu überlassen“?

Mandel stellt in diesen Texten auch Empirismus und Bewusstsein einander gegenüber. Auch hier kommt es immer auf den Kontext an, aber aus unserer eigenen

Geschichte heraus neige ich dazu, sie hier miteinander zu verbinden. Eine Politik auf Prognosen zu gründen, hat uns viel Lehrgeld gekostet.<sup>14</sup> Es kommt darauf an, die sich abzeichnenden Entwicklungen so früh wie möglich zu erkennen, um das Neue zu denken. Dazu braucht man natürlich eine (marxistische) Lesart der Gesellschaft. Diese haben wir als „bewussten Empirismus“ bezeichnet.

### Der „mandelistische“ Optimismus

Mandel ist für seinen revolutionären Optimismus bekannt. Er hat diesen Optimismus viel zu lange gegen alle Widerstände aufrechterhalten. Ernests grundlegender Beitrag wurde von meiner gesamten Generation von Aktivist\*innen in der Vierten Internationale anerkannt. Doch irgendwann kam es zu einer Entkopplung. Sie wurde in einer Episode sanktioniert, die Jan Willem Stutje in seiner sehr gut dokumentierten Biografie<sup>15</sup> beschreibt: Im Sommer 1983 fand in Toulouse ein Treffen von Führungskräften der europäischen Sektionen der Vierten statt, das offiziell sanktionierte, was wir bereits seit einigen Jahren wussten: Der politische Zyklus, der durch den Mai '68 eröffnet worden war, war abgeschlossen. Ernest kam mit Verspätung an und widersprach diesem Realismus, indem er versicherte, dass die Aktualität der revolutionären Perspektive in Westeuropa weiterhin gültig wäre. Glaubte er auch dieses Mal wirklich daran?

Lässt sich eine Verbindung zwischen seinen Thesen aus dem Jahr 1968, seiner Haltung im Jahr 1983 ... und darüber hinaus ziehen?

Übersetzung: Jakob S. und MiWe

**1** Das Kolloquium war von Gilbert Achcar und Ramzig Keucheyan organisiert worden. Ludivine Bantigny leitete die Podiumsdiskussion.

**2** Ernest Mandel, *La longue marche de la Révolution*, Paris (Editions Galilée) 1976.

**3** Die französische Sektion der Vierten Internationale (SFQI) bestand zuvor aus der Parti communiste internationaliste (PCI), der schon viele Aktivist\*innen der 1966 gegründeten Jeunesse communiste révolutionnaire (JCR, Revolutionären Kommunistischen Jugend) angehörten.

**4** Mitteilung von Jean-Claude Vessilier

**5** Für einen Überblick über den Mai 68 siehe insbesondere Pierre Rousset, „1968, un ‚moment global‘, l'engagement d'une génération militante“ vom 13. Mai 2018 unter ESSF (Artikel 44313): <https://www.europe-solidaire.org/spip.php?article44313> (Englisch: Artikel 44499): <https://www.europe-solidaire.org/spip.php?article44499>

**6** Alain Krivine, *Questions sur la révolution*, Kapitel: 7 « Mai 68: Réforme ou Révolution? » Paris (Stock) 1973, S. 135–150.

**7** Um eine „vertikalistische“ Lesart dieses Absatzes zu vermeiden, weise ich darauf hin, dass Alain in diesem Kapitel die Notwendigkeit der Selbstorganisation und der Demokratie von unten nach oben hervorhebt.

**8** Ernest Mandel, „Leçons de Mai 68“, in Les Temps modernes, Juli 1968. Veröffentlicht in: Ernest Mandel : De la commune à mai 68, Ecrits politiques 1. Sur l'histoire du mouvement ouvrier international, Paris (La Brèche) 1978.

**9** Jacques Kergoat, „Sous la plage, la grève“, in Retour sur Mai, herausgegeben von Antoine Artous, Paris (La Brèche) 1998.

**10** Austausch mit Charles-André Udry

**11** Daniel Bensaïd *Ein ungeduldiges Leben*, Laika Vlg. 2016, S. 90

**12** Ludvine Bantigny, *1968. De grands soirs en petits matins*, Seuil : Paris 2018.

**13** Ernest Mandel, *La longue marche de la Révolution*, Editions Galilée, Paris : 1976.

**14** Das berühmteste Beispiel ist der vorhergesagte Weltkrieg infolge des Koreakonflikts, der zu einer generellen Entrismuspolitik führte, die die internationale Spaltung von 1953 verursachte. Die Argumentation schien unwiderlegbar, doch der Krieg kam nicht.

**15** Jan Willem Stutje, *Rebell zwischen Traum und Tat*, Ernest Mandel (1923-1995), VSA Verlag, 2009, S. 348-349



## Ernest Mandel bei ISP



Ernest Mandel

### Marxistische Wirtschaftstheorie

Schriften 1

818 Seiten, Hardcover, 49,80 Euro  
2007, ISBN 978-3-89900-115-0

Ernest Mandel

### Macht und Geld

Eine marxistische Theorie der Bürokratie

318 Seiten, Hardcover, 21,50 Euro  
2000, ISBN 978-3-929008-73-9

Ernest Mandel

### Karl Marx – Die Aktualität seines Werkes

191 Seiten, 17,80 Euro  
2018, ISBN 978-3-89900-152-5

Ernest Mandel

### Einführung in den Marxismus

isp-pocket 4

239 Seiten, 12,00 Euro  
8. Auflage 2008, ISBN 978-3-89900-004-7

Ernest Mandel

### Die langen Wellen im Kapitalismus

Eine marxistische Erklärung

130 Seiten, 8,50 Euro  
2. Auflage 1987, nur direkt ab Verlag lieferbar

Ernest Mandel

### Oktober 1917

Staatsstreich oder soziale Revolution?  
Zur Verteidigung der Oktoberrevolution

167 Seiten, 12,50 Euro  
1992, ISBN 978-3-929008-36-4

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

---

**SCHRIFTEN VON ERNEST MANDEL – EINE KLEINE AUSWAHL**


---

Mandel, Ernest: *Einführung in den Marxismus*, aus dem Französischen übersetzt von Willy Boepfle, 8. Aufl., mit einem Nachwort von Jakob Moneta, Köln: Neuer ISP Verlag, 2008, (isp-pocket 4). – 238 S., ISBN 978-3-89900-004-7, € 12,00.

\* \*\* Mandel, Ernest: *Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie*, aus dem Französischen übersetzt, 22. Aufl. (106.–110. Tausend), Frankfurt a. M.: Verlag Neue Kritik, 1978. – 92 S. Gegenüber den früheren Auflagen (1. Aufl. 1967) erweitert um einen „Nachtrag. Die Quantität gesellschaftlich notwendiger Arbeit und gesellschaftliche Bedürfnisse“.

\* Mandel, Ernest: *Entstehung und Entwicklung der ökonomischen Lehre von Karl Marx (1843–1863)*, aus dem Französischen übersetzt von Gisela Mandel, Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt; Wien: Europa Verlag, 1968, (Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik). – 222, [2] S. Taschenbuchausgabe: Reinbek bei Hamburg 1982.

Mandel, Ernest: *Karl Marx – Die Aktualität seines Werkes*, aus dem Englischen und Französischen übersetzt von Willy Boepfle u. Rudolf Segall, 2. Ausg., Köln u. Karlsruhe: Neuer ISP Verlag, 2018. – 191 S., ISBN 978-3-89900-152-5, € 17,80.

\* Mandel, Ernest: *Kontroversen um „Das Kapital“*, aus dem Englischen übersetzt von Alfred Kosing, Berlin: Dietz Verlag, 1991, (Bibliothek „Soziales Denken des 19. und 20. Jahrhunderts“). – 310 S.,

Zuerst veröffentlicht als Einleitungen zu den Bänden 1 bis 3 von *Capital* in der „Pelican Marx Library“ (hrsg. von der Redaktion der *New Left Review*, Harmondsworth 1976, 1978, 1981); erweitert um Vorwort sowie Nachwort des Verfassers.

Mandel, Ernest: *Die Langen Wellen im Kapitalismus*. Eine marxistische Erklärung, aus dem Englischen übersetzt von Angelika Meixner, 2. Aufl., Frankfurt a. M.: isp, 1987. – 130 S., ISBN 3-88332-072-2, € 8,50.

Mandel, Ernest: *Macht und Geld*. Eine marxistische Theorie der Bürokratie, aus dem Englischen übersetzt von Björn Krüger, Köln: Neuer ISP Verlag, 2000. – 318 S., ISBN 978-3-929008-73-9, € 21,50.

Mandel, Ernest: *Marxistische Wirtschaftstheorie*, aus dem Französischen übersetzt von Lothar Boepfle, mit einer Einleitung von Manuel Kellner, Köln: Neuer ISP Verlag, 2007, (Schriften, Bd. 1). – [8], XI, 805 S., ISBN 978-3-89900-115-0, € 49,80.

\* Mandel, Ernest: *Der Spätkapitalismus*. Versuch einer marxis-

tischen Erklärung, Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 1972, (edition suhrkamp, Bd. 521). – 541, [1] S. Eine Neuauflage dieses Buchs, das als sein Meisterwerk gilt, ist in Vorbereitung und wird im Neuen ISP Verlag erscheinen (ISBN 978-3-89900-133-4).

Hier sind nur einige der wichtigsten auf Deutsch vorliegenden Bücher von Ernest Mandel genannt. Umfangreiche Bibliographien der Schriften von und über Ernest Mandel haben Wolfgang und Petra Lubitz erarbeitet und auf der Webseite „Lubitz' TrotskyanaNet“, eine wahre Fundgrube, veröffentlicht: [https://trotskyana.net/Trotskyists/Ernest\\_Mandel/Ernest\\_Mandel\\_Bibliography.html](https://trotskyana.net/Trotskyists/Ernest_Mandel/Ernest_Mandel_Bibliography.html)

Die mit einem vorangestellten \* versehenen Titel sind zur Zeit nur antiquarisch zu erhalten und in Bibliotheken zu finden.

\*\* Einige Restexemplare der Ausgabe der *Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie*, die der Revolutionär Sozialistischer Bund 2011 als Heft 3 der Reihe „die internationale theorie“ herausgegeben hat, werden vom Neuen ISP Verlag vertrieben.

Eine Reihe von Arbeiten von Ernest Mandel sind im Internet veröffentlicht, hier sei der Link zu den vergleichsweise wenigen Schriften auf Deutsch genannt: <http://www.ernestmandel.org/de/index.html>

Wer Englisch liest, dem seien die von Alex de Jong (Amsterdam) und Fred Leplat (London) herausgegebenen drei neuen Auswahlbände empfohlen, die bei dem IIRE bestellt werden können (<https://www.iire.org/index.php/iire-shop>):

Mandel, Ernest: *Introduction to Marxist Theory*. Selected Writings, mit einer Einleitung von Ian Parker, London: Resistance Books; Amsterdam: IIRE, 2021. – [V], 287 S., ISBN 978-0-902869-65-3, € 18,00.

Mandel, Ernest: *Marxists Against Stalinism*. A Debate With Chris Harman. Selected Writings, mit einem Vorwort von Paul Le Blanc, London: Resistance Books; Amsterdam: IIRE, 2022. – [V], 193 S., ISBN 978-0-902869-64-6, € 12,00.

Mandel, Ernest: *Hope and Marxism*. Historical & and Theoretical Essays. Selected Writings, London: Resistance Books; Amsterdam: IIRE, 2023. – 306 S., ISBN 978-0-902869-41-7, € 18,00.

*Friedrich Dorn*

---

# VIO.ME – VOM BETRIEBSKAMPF ZUM POLITISCHEN PROJEKT

Anfang Februar dieses Jahres wurden die gesamten Grundstücke des Mutterunternehmens FILKERAM JOHNSON – die alte Fabrik der VIO.ME war eine ihrer Tochterfirmen – in einer digitalen Zwangsversteigerung zu einem Preis in Höhe von 9 237 500 Euro an einen südafrikanischen Investmentfonds vergeben. Es war der einzige Interessent, der an der Zwangsversteigerung teilnahm. Sein Gebot lag um einen Euro höher als der geforderte Startpreis der Auktion, und er bekam auch den Zuschlag. Anscheinend haben die neuen Eigentümer vor, ein neues Einkaufszentrum und Gebäude mit Büroflächen zu errichten. Wie zu erwarten, ist die zurückeroberte und selbstverwaltete VIO.ME in höchster Gefahr. Doch die Kolleg\*innen werden unter keinen Umständen ihr Lebenswerk aufgeben.

Die selbstverwaltete VIO.ME mag vielleicht jetzt schon eine schöne Legende sein, sie ist aber in Wirklichkeit organisch in den sozialen Widerstand der griechischen Gesellschaft eingebettet. Das Land macht seit Jahren eine massive Prekarisierung und brutale Deregulierung der Beschäftigung in einem noch nie dagewesenen Ausmaß durch. Der soziale Widerstand hat zwar in den letzten Jahren nachgelassen, aber er ist unterschwellig ständig vorhanden und bricht immer wieder auf. Besonders in der Anfangsperiode der Krise entstanden verschiedene Formen von „Betriebsübernahmen“, um regel- bzw. gesetzeswidrigen Betriebsschließungen abwehren zu

Ein breiter Widerstand ist schon im Aufbau und ein beachtlicher Teil der griechischen Gesellschaft beteiligt sich an den Solidaritätskampagnen zur Unterstützung ihres Kampfes. Dieser kurze Artikel greift nicht mehr die Historie der Besetzung, des Kampfes gegen die Zwangsversteigerungen und der Wiederaufnahme der Produktion auf, sondern fokussiert hauptsächlich auf die gesellschaftspolitische Dimension von zeitweise erfolgreichen Betriebsbesetzungen am konkreten Beispiel der VIO.ME. Es werden einige der Grundsituationen präsentiert, die politische Entscheidungen im weitesten Sinne erforderten. Die Kolleg\*innen der VIO.ME haben bis heute all diese Grundprobleme mit einer erstaunlichen Originalität und Kreativität bewältigt. **Hans Bürger**

können. Die damalige SYRIZA-Regierung versuchte solche Projekte in eine institutionelle Form der Sozialkooperativen zu gießen. Diese sollte den selbstorganisierten und selbstverwalteten Strukturen einen gewissen Rechtsschutz garantieren. Die Realität hat zwar anders ausgesehen, denn diese Projekte waren mit großen Problemen (Schulden der Alteigentümer, keine Finanzierungsmöglichkeiten etc.) konfrontiert. Gleichzeitig gibt es auch zahlreiche atypische Selbsthilfeprojekte, die ebenfalls selbstorganisiert und selbstverwaltet sind und die nicht unter die erwähnte Gesetzgebung fallen. Den sozialen Rahmen um diesen Sektor bilden ebenfalls die Menschen, die tagtäglich ihren

Lebensunterhalt in den diversen Formen der atypischen Beschäftigung und der fast rechtlosen Arbeitsverhältnisse verdienen wollen. Diese Entwicklung ist auch ein Indiz für eine potentielle Politisierung der involvierten Menschen, die als Reaktion den Verteidigungsgedanken in den Vordergrund stellen. Eine sehr interessante Darstellung konkreter Fälle bietet Dario Azzellini in seiner Forschungsarbeit.<sup>1</sup> Aus diesem Blickwinkel betrachtet ist die Rückeroberung der alten VIO.ME-Fabrik keine „Donquichotterie“, sondern beinahe „vorprogrammiert“ gewesen. Das Projekt der VIO.ME hat aus den Gründen, die weiter unten erläutert werden, politisch einen ausgeprägt radikalen und klassenkämpferischen Charakter angenommen.

Als vorläufiges Fazit lässt sich festhalten, dass die VIO.ME nicht losgelöst vom sozialen Widerstand umfassend beurteilt werden kann. Diese selbstorganisierten und genossenschaftlich geführten Kollektive, die während der Krise entstanden waren, legten den Schwerpunkt auf biologische und ökologische Produktion und orientierten sich eher an dem Modell der Sozialen und Solidarischen Ökonomie. Aber auch dieser Raum nahm Verbindung mit der VIO.ME auf und lud sie zu ihren Veranstaltungen und Tagungen ein. Die Kolleg\*innen haben dort zwei wichtige Positionen verteidigt: keinen Einsatz von Leiharbeit und keine Annahme von Aufträgen in Lohnarbeit. Die Marktlogik hatte nämlich diesen Bereich bereits erreicht. Verständlicherweise war aber das gesellschaftliche Umfeld der akuten sozialen Tageskämpfe für die VIO.ME der hauptsächliche Aktionsradius ihrer politischen Solidaritätsarbeit. Schritt für Schritt wurde aus der Fabrikbesetzung ein hochpolitisches Projekt.

Zu Beginn der Produktionsaufnahme in Selbstverwaltung hatten die Kolleg\*innen mit drei Grundproblemen zu kämpfen. Das Damoklesschwert der Zwangsliquidation der Fabrik schwebte ständig über ihren Köpfen. Dazu kam die staatliche Repression in all möglichen Abstufungen. Die Justiz weigerte sich, die Rechtsnormen der bürgerlichen Gesellschaft anzuwenden. Sie erkannte faktisch nicht die Rechtmäßigkeit der Forderungen der Kolleg\*innen an: ihren Anspruch auf Begleichung der Sozialbeiträge, Zahlung der ausstehenden Löhne, Anerkennung einer formalen Kündigung, um Arbeitslosengeld beziehen zu können. Die öffentliche Versorgung hatte ihnen Wasser und Strom abgeschaltet. Die dritte große Herausforderung war ihre extrem problematische Finanzsituation. Eine Übergangsfinanzierung über die Banken war nicht möglich. Daher gestaltete sich auch der Bezug von Rohstoffen sehr

schwierig. Die Auswahl der Produktpalette wiederum war nicht nur eine wirtschaftliche, sondern – wie weiter unten knapp umrissen wird – eine politische Entscheidung.

Das Projekt der VIO.ME hat den Begriff „kämpferischer Kooperativismus“ geprägt. Diese Bezeichnung wurde gewählt, um eine deutliche Abgrenzung zwischen dem traditionellen Genossenschaftswesen und den klassenkämpferischen Kollektiven in Selbstverwaltung klarzumachen. Auf den besonderen Charakter des kämpferischen Kooperativismus, wie ihn die VIO.ME praktiziert, soll zumindest stichwortartig eingegangen werden. Am Anfang steht natürlich die basisdemokratische Organisation. Alle Beschlüsse werden nur von der Vollversammlung der Kolleg\*innen gefasst, grundsätzlich werden keine Entscheidungen an einzelne Personen delegiert. Das zweite Element des basisdemokratischen Funktionierens ist die Ablehnung jeder Form einer Lohndifferenzierung. Dann folgte die Auswahl der Produktpalette, die dem potentiellen Milieu eine gesellschaftspolitische Programmatik vermitteln sollte. Die Kolleg\*innen der VIO.ME wollten nicht nur irgendein Produkt herstellen, sondern „gesellschaftlich sinnvolle und bedarfsorientierte Güter“, die ökologisch produziert werden. Damit positionierten sie sich eindeutig gegen die Logik der Marktwirtschaft, die für die schlimmen Folgen der kapitalistischen Krise verantwortlich ist. Durch die systematische Vernetzung mit vielen anderen Kämpfen des sozialen Widerstandes (Kampf gegen die Wasserprivatisierung, Schaffung einer Zweigstelle der Sozialen Solidaritätspraxis von Thessaloniki, materielle Unterstützung von Flüchtlingen, Widerstand gegen den Goldabbau in Chalkidiki u.v.a.) wurde die zurückeroberte Fabrik der VIO.ME zum Zentrum eines soziokulturellen Raums. Ohne dieses gesellschaftliche Umfeld hätte das Projekt nicht überleben können.

Interessant wäre auch zu erfahren, welche Teile der griechischen Gesellschaft die VIO.ME „bewusst“ unterstützten. Während der Krise bildeten sich zahlreiche Widerstandsinitiativen, die die griechische Gesellschaft regelrecht elektrisierten. Sie bereiteten das Terrain auch für die Formierung der Solidaritätsbewegung mit der VIO.ME. Eine greifbare Rolle haben natürlich die Netzwerke der Arbeiter\*innen, der sogenannten Basisgewerkschaften gespielt, die sich von den systemischen und bürokratisierten Gewerkschaften nicht vertreten fühlen. Die Kolleg\*innen der VIO.ME kämpften für die gleichen Arbeitsrechte. Einen großen Beitrag hat das anarchistische Milieu geleistet, das stark und initiativ in den sozialen Kämpfen engagiert ist. Das anarchistische Umfeld hat sich

von der sterilen Ideologie der KP völlig losgelöst. Seine Unterstützung für die VIO.ME war und ist entscheidend und hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Solidarität mit den Kolleg\*innen der VIO.ME fast den Charakter einer Bewegung angenommen hat. Schließlich muss noch die Szene der progressiven und linken Kunstschaffenden erwähnt werden, die immer wieder mit kreativen Mitteln das Projekt verteidigt hat.<sup>2</sup>

Wie bereits ausgeführt, hat das Umfeld der Solidarität ein Ausmaß angenommen, welches beinahe an eine soziale Bewegung im Miniaturformat erinnert. Die prononciert klassenkämpferische Ausrichtung des Projektes verstärkt ebenfalls dieses Profil. Bei den großen Solidaritätsveranstaltungen und Kundgebungen direkt nach der Zwangsveräußerung der Unternehmensimmobilien, die streckenweise mit den anstehenden Parlamentswahlen zusammenfielen, stellte sich die Frage einer Wahlempfehlung. VIO.ME hat sich ausdrücklich geweigert, eine Wahlempfehlung abzugeben. Dahinter stand bestimmt nicht die Angst davor, die Unterstützer\*innen mit unterschiedlicher Parteizugehörigkeit zu vergraulen. Der Leitgedanke dieser Positionierung war die Erkenntnis, dass zum jetzigen Zeitpunkt es nicht die Pflicht und Schuldigkeit einer sozialen Bewegung ist, sich parteipolitisch zu positionieren. Im Gegenteil, es ist die politische Verpflichtung linker Parteien, soziale Bewegungen entschlossen und konsequent bedingungslos zu verteidigen und es nicht bei heuchlerischen Lippenbekenntnissen zu belassen.

Es sollte noch einmal darauf hingewiesen werden, dass die zurückeroberten Betriebe ausschließlich einen defensiven Charakter haben. Das zeigt auch der unterschiedliche Grad der Politisierung der zahlreichen Projekte sowohl im lateinamerikanischen Raum als auch in den Ländern des Globalen Südens. Doch letzten Endes bedeuten diese Experimente, gleichgültig wie politisch radikal die Selbstverwaltung und Fortführung der Produktion dieser Betriebe ausfällt, einen Bruch mit dem Eigentums- und Direktionsrecht der Kapitaleigentümer. Betriebsbesetzungen und Selbstverwaltung von maroden Fabriken unter gesellschaftlichen Krisenbedingungen werden wahrscheinlich auch die antikapitalistische Grundhaltung der politisierten Menschen eher verschärfen, denn sie demonstrieren praktisch die Ursachen der kapitalistischen Krise. Nicht zuletzt sind sie auch eine Herausforderung für die institutionelle Linke, die in solchen Fällen nicht in der Lage ist, sozial gerechte und umfassende Maßnahmen zu treffen.<sup>3</sup> Es gibt also gute Gründe, warum eine konsequente antikapitalistische Linke die Kämpfe dieser Betriebe tatkräftig unter-

stützen muss. Ein beeindruckender Teil des griechischen sozialen Widerstandes hat sofort auf den Solidaritätsaufruf der VIO.ME positiv reagiert. Es ist eher davon auszugehen, dass die Solidaritätsfront nicht zusammenbrechen wird. Und unter dem Motto „VIO.ME ist unser Leben“ werden die Kolleg\*innen weiterkämpfen.

**1** z. B. beschreibt Dario Azzellini im folgenden Video die Historie von 2 ähnlichen Projekten in Frankreich und Italien. Siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=A1HN0LulKKE>

**2** Werbevideo (untertitelt) für VIO.ME, erstellt von verschiedenen Künstler\*innen: <http://gskk.org/?p=7935>

**3** Auf die Problematik der Beziehungen zwischen der VIO.ME und der Gewerkschaftsbewegung kann in diesem kurzen Text nicht eingegangen werden. Ebenfalls wäre eine Evaluierung für die anderen Projekte weltweit sehr schwierig, da die Fragestellung länderspezifisch ist.

## SOLIDARITÄT MIT VIO.ME: AUFRUF FÜR EINE SPENDENKAMPAGNE

Ein süddeutscher Chemieunternehmer hat seine kleine Fabrik geschlossen und Vio.Me die Übernahme eines Teils seiner Anlagen, Geräte und Maschinen als Geschenk angeboten. Das sind u.a. Laborgeräte, wie Trocken- und Kühlschränke, Magnetrührer etc.

Das Kölner Griechenland Solidaritätskomitee (GSKK) hat dann die ins Griechische übersetzte Liste der Teile für Vio.Me angefertigt und den nötigen Austausch vermittelt.

Die Arbeiter von Vio.Me haben die für sie brauchbaren Teile ausgewählt und können dadurch ihre Produktion erneuern und ausweiten. Noch immer ist Vio.Me in Griechenland das Leuchtturmprojekt eines besetzten, rückeroberten und unter Arbeiterregie ohne Boss produzierenden Betriebs. Auch scheinen die Verhandlungen über den Erhalt ihres Standortes auf dem bisherigen Gelände auf eine Lösung hinzuführen. Deshalb bitten wir Euch jetzt, für die Bezahlung des Transports der Geräte zu spenden. Damit werdet Ihr Vio.Me erneut einen großen Dienst erweisen.

Spendenkonto ist:

Manfred Neugroda

Santander Consumerbank

IBAN DE65 5003 3300 2173 8541 00

Verwendungszweck: Vio.Me



# WIDER DIE DEUTSCHE STAATSRÄSON

## FÜR UNGETEILTE INTERNATIONALISTISCHE SOLIDARITÄT

### Koordination der ISO

Als Internationalist\*innen stehen wir grundsätzlich auf der Seite der Unterdrückten, sei es in der Ukraine, im Sudan oder in Myanmar. Im Falle Palästinas ist die internationalistische Solidaritätsbewegung mit einer besonderen Schwierigkeit konfrontiert: Es gehört zur hiesigen Staatsräson, den Staat Israel nicht nur in allen Konflikten mit seinen Nachbarn oder anderen Staaten zu unterstützen, sondern auch jede grundsätzliche Kritik an der Verfasstheit des israelischen Staates und seiner Politik zu verhindern. Dazu dient vor allem die Diffamierung und Kriminalisierung der Kritiker\*innen als Antisemiten, was in aller Regel in keiner Weise sachlich belegt wird. Nach Auffassung der Regierenden und der sie unterstützenden Mainstreammedien reicht es, den Staat Israel mit dem Judentum gleichzusetzen, sodass jegliche Kritik an der Politik des Staates Israel per se antisemitisch ist.

Nicht nur widerspricht dies den tatsächlichen Verhältnisse, es führt in der Konsequenz auch dazu, dass Regierung und Medien hierzulande jede israelische Regierung unterstützen und sei sie noch so rechtsextrem und rassistisch, und zwar auch gegen die Kritik seitens jüdischer Menschenrechtsorganisationen in Israel oder anderswo.

Um die strukturelle Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung in der Rechtsauffassung des israelischen Staates zu verdeutlichen (eine Verfassung in unserem Sinn gibt es in Israel nicht), sei Shlomo Sand, einer der profiliertesten jüdischen Wissenschaftler\*innen in Israel, zitiert, der in einem offenen Brief an Macron schreibt:

„Das israelische Innenministerium zählt 75 % der Bevölkerung des Landes als jüdisch, 21 % als arabische Muslime und Christen und 4 % als „andere“[sic!]. Und doch gehört Israel nach dem Geist seiner Gesetze nicht den Israelis insgesamt, wo es doch sogar all den Juden weltweit gehört, die keine Absicht haben, dort zu leben. Damit gehört Israel beispielsweise sehr viel mehr Bernard Henri-Lévy oder Alain

Finkielkraut [zwei bekannte Juden in Frankreich] als meinen palästinensisch-israelischen hebräisch-sprechenden Studenten, die die Sprache manchmal besser sprechen als ich! Israel hofft, dass der Tag kommen werde, an dem alle Mitglieder des CRIF [Conseil représentatif des institutions juives de France, Vertreterrat der jüdischen Institutionen in Frankreich] und ihre ‚Anhänger‘ nach Israel auswandern! Ich kenne sogar ein paar französische Antisemiten, die angesichts einer solchen Aussicht hocheifrig sind. Auf der anderen Seite könnten wir zwei israelische Minister, Vertraute von Netanyahu, finden, die die Meinung verbreiten, dass es nötig sei, den ‚Transfer‘ israelischer Araber zu ermutigen, ohne dass das bedeutet, dass irgendjemand ihren Rücktritt fordert. [...] Ich bin ein Bürger, der wünscht, dass der Staat, in dem er wohnt, eine israelische Republik sein sollte, und kein Staat einer jüdischen Gemeinschaft. Als Nachkomme von Juden, die so sehr unter Diskriminierung litten, möchte ich nicht in einem Staat leben, der mich nach seiner eigenen Selbst-Definition zu einer privilegierten Klasse von Bürgern macht. Herr Präsident, glauben Sie, dass mich das zu einem Antisemiten macht?“<sup>1</sup>

### **Nakba und fortgesetzte Politik der ethnischen Säuberung**

Nicht nur sind die Palästinenser\*innen heute Menschen zweiter Klasse (wenn sie in „Altisrael“, dem „1948er Gebiet“, leben) und dritter Klasse (wenn sie in der Westbank oder im Gazastreifen oder als Flüchtlinge in den Nachbarländern leben). Von vornherein war das Kolonisierungsprojekt auf die Vertreibung der ansässigen Bevölkerung ausgerichtet. Schon 1938 schrieb Staatsgründer Ben Gurion: „Wenn wir sagen, dass die Araber uns angreifen und wir uns verteidigen – so ist dies nur die halbe Wahrheit. Was unsere Sicherheit und unser Leben angeht, verteidigen wir uns. Aber das Kämpfen ist nur ein Aspekt des Konflikts, der seinem Wesen nach ein politi-

scher ist. Und politisch gesehen sind wir die Aggressoren und sie verteidigen sich.“

Dass dies (10 Jahre vor der Staatsgründung) keine leeren Worte waren, zeigte sich mit der Katastrophe der Nakba (das erste Massaker war allerdings schon 1929 in Hebron): 1947/48 wurden 750 000 Menschen vertrieben, mehr als 400 Dörfer und Städte zerstört, 1967 wurden die Westbank und der Gazastreifen besetzt usw. Ähnlich wie die jüdischen kritischen Wissenschaftler (Shlomo Sand, Ilan Pappé, Moshe Zuckermann u. a.) kommt der israelische Menschenrechtsaktivist und langjährige Leiter des Alternativen Informationszentrums (AIC) Michael Warschawski zu dem Schluss:

„Für uns ist der Zionismus keine nationale Befreiungsbewegung, sondern eine Kolonialbewegung, und der Staat Israel ist und war immer ein kolonialer Siedlerstaat. Frieden, oder besser noch Gerechtigkeit, ist nicht zu erreichen, ohne eine vollkommene Entkolonialisierung (man könnte auch sagen ‚Entzionisierung‘) des israelischen Staates. Denn diese ist die Voraussetzung der legitimen Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser – der Flüchtlinge und derjenigen, die unter israelischer militärischer Besatzung leben oder als Bürger zweiter Klasse in Israel.“<sup>2</sup>

### Apartheidstaat

Zahlreiche internationale Untersuchungen belegen, was die israelischen Wissenschaftler\*innen sowie die israelischen und palästinensischen Menschenrechtsorganisationen darlegen: Israel ist aufgrund seiner Struktur ein Apartheidstaat. Hier sei nur auf das verwiesen, was in den letzten Jahren dazu veröffentlicht wurde:

So haben 2021 sechs renommierte Organisationen Berichte zu Apartheid in den von Israel beherrschten Gebieten vorgelegt. Diese sehen den Tatbestand der Apartheid erfüllt, entweder für Israel-Palästina insgesamt (BTselem und Amnesty International) oder bezogen auf die besetzten Gebiete (Human Rights Watch, Yesh Din, der UN-Menschenrechtsrat und die IHRC Harvard Law School). Interessant dabei ist, dass selbst die *Stiftung Wissenschaft und Politik* (SWP), die bekanntlich vom bundesdeutschen Außenministerium finanziert wird und üblicherweise Vorlagen für die Begründung der deutschen Politik liefert, an den genannten Untersuchungen nicht vorbei kann.<sup>3</sup> Es zeugt von der Unehrllichkeit der Herrschenden, dass dies allerdings keine Auswirkungen auf die Politik der Regierung hat, genauso wenig übrigens wie die unzähligen einschlägigen UN-Resolutionen. Dies geht sogar so weit, dass die Regierung Amnesty International vorwirft, unfreiwillig dem Antisemitismus Vorschub zu leisten.<sup>4</sup> Das Gegenteil ist aber richtig: Die Menschenrechtsver-

letzungen in Israel und den besetzten Gebieten (dort werden weiterhin unablässig Häuser von Palästinenser\*innen zerstört und neue israelische Siedlungen gebaut) dem Antisemitismus Vorschub leistet.

Auch nur die minimalsten Schlussfolgerungen aus all den Untersuchungen zu ziehen stünde offensichtlich im Widerspruch zur deutschen (und auch zur österreichischen) Staatsräson. Stattdessen wird jegliche Kritik an der israelischen Unterdrückungspolitik als antisemitisch bezeichnet, und zwar trotz der Gerichtsurteile, die diesen Behauptungen widersprechen.

### BDS-Kampagne: eine politische Gegenwehr

In den 1960er Jahren hatten in der palästinensischen Bevölkerung Organisationen großen Zulauf, die den bewaffneten Kampf gegen den israelischen Staat propagierten. Der Guerillakampf scheiterte allerdings genauso kläglich wie die späteren Wellen von Selbstmordattentaten oder etwa der Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen. Dies hat zwei Gründe: Zum einen ist das militärische Kräfteverhältnis viel zu ungünstig für einen erfolgversprechenden militärischen Befreiungskampf (was auch mit der wirtschaftlichen Beherrschung und Kontrolle der besetzten Gebiete, der überlegenen technischen Ausstattung, dem umfangreichen Spitzelwesen des israelischen Geheimdienstes usw. zusammenhängt). Zum anderen schweift ein solcher Kampf – wenn er auf dem Gebiet des Kernlands von Israel geführt wird – die Bevölkerung nur enger hinter der Regierung zusammen (anders sah es im Libanonkrieg 1982–2000 aus, als die israelische Regierung aufgrund der dort erlittenen Verluste und des daraufhin wachsenden Widerstands der eigenen Bevölkerung den Rückzug befahl).

Angesichts der krassen Erfolglosigkeit militärischer Anstrengungen und fehlender realer Unterstützung durch andere Staaten und angesichts fehlender wirkmächtiger Verbündeter in der jüdischen Bevölkerung bleibt nur der politische Weg, mit Hilfe der internationalen Solidaritätsbewegung wenigstens so viel Druck aufzubauen, dass Bewegung in die starren Verhältnisse kommt und Teile der jüdisch-israelischen Bevölkerung den Konsens der zionistischen Staatsverfasstheit infrage stellen. Die Episode der postzionistischen Debatten unter Wissenschaftler\*innen zwischen 1994 und 2000 wurde durch politischen Druck und eine allgemeine Rechtsentwicklung der israelischen Gesellschaft wieder abgewürgt.<sup>5</sup>

„Das Scheitern des Oslo-Prozesses bestätigt eine sehr alte geschichtliche Wahrheit: Jeder Versuch einer Versöhnung vor der Verwirklichung von Rechten sorgt nur für ein Weiterbestehen von kolonialen Herrschaftsbeziehungen. Wenn es die

Israelis nichts kostet, warum sollten sie dann die kolonialen Herrschaftsbeziehung einstellen? Warum sollten sie eine tiefgreifende interne Krise riskieren?

Genau hier setzt die BDS-Kampagne ein und ist relevant: Sie bietet einen internationalen Rahmen, in dem es möglich ist, das palästinensische Volk bei der Erlangung seiner legitimen Rechte aktiv zu unterstützen und dabei sowohl auf der institutionellen Ebene (Staaten, internationale Institutionen) wie auf der zivilgesellschaftlichen Ebene zu agieren. Auf der einen Seite wendet sie sich an die internationale Gemeinschaft und fordert sie auf, einen Staat, der systematisch internationales Recht, UN-Resolutionen, die Genfer Konventionen und von ihm selber unterschriebene Vereinbarungen bricht, mit Sanktionen zu belegen. Auf der anderen Seite wendet sie sich mit dem Appell an die internationale Zivilgesellschaft, auf individueller Ebene wie auch auf der Ebene der sozialen Bewegungen (Gewerkschaften, Parteien, örtliche Gremien, Vereinigungen etc.) durch den Boykott von Waren, Repräsentanten, Institutionen usw., die für den Kolonialstaat Israel stehen, aktiv zu werden. Beides, Boykott und Sanktionen – wird für die israelische Bevölkerung schließlich einen Druck darstellen und sie zu der Einsicht bringen, dass Besatzung und Kolonialisierung einen Preis haben, dass die Verletzung internationaler Regeln früher oder später aus Israel einen Paria-Staat machen wird, der in der Gemeinschaft zivilisierter Nationen nicht willkommen ist – so wie Südafrika in den letzten Jahrzehnten der Apartheid.<sup>6</sup>

Diese Kampagne hat keine internationale Leitung und keine festen Strukturen. Das, was die Aktiven am Ort organisieren, entscheiden sie selbst, sei es auf der Ebene der Einschränkung kultureller Kontakte oder des wissenschaftlichen Austauschs, sei es auf der Ebene politischer Kundgebungen. Nicht selten wird dabei auf Waren hingewiesen, die in den besetzten Gebieten hergestellt wurden, aber zumeist falsch deklariert sind, nämlich so, als kämen sie aus dem „1948er Gebiet“. Große Bedeutung hat der akademische und kulturelle Boykott. Wir zitieren aus dem „Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft zu Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel, bis es das Völkerrecht und die universellen Prinzipien der Menschenrechte einhält“ vom 9. Juli 2005, der von mehr als 300 Organisationen in der Westbank unterstützt wurde:

„Diese gewaltlosen Strafmaßnahmen sollten beibehalten werden, bis Israel seiner Verpflichtung nachkommt, das unveräußerliche Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung anzuerkennen, und den Bestimmungen des Völkerrechts vollständig nachkommt, indem es folgende Schritte unternimmt:

1. die Besatzung und Kolonisierung des gesamten arabischen Landes zu beenden und die Mauer abzureißen;
2. die Grundrechte der arabisch-palästinensischen Bürger\*innen Israels auf vollständige Gleichberechtigung anerkennt; und
3. das Recht der palästinensischen Flüchtlinge respektiert, schützt und fördert, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie dies UN-Resolution 194 vorsieht.<sup>7</sup>

Dafür politischen Druck aufzubauen, auch in Deutschland, ist eine internationalistische Pflicht, die nicht deswegen erlischt, weil der deutsche Faschismus für den Holocaust verantwortlich ist. Die Ermordung und Unterdrückung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe kann niemals rechtfertigen, dass deren Nachkommen heute eine andere Bevölkerung unterdrücken. Nicht die (zumeist sehr rechtsradikalen und rassistischen) israelischen Regierungen dürfen unsere Bündnispartner sein, sondern die jüdischen Menschenrechtsorganisationen und die kritischen Wissenschaftler\*innen in Israel und anderswo (etwa die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost, Jewish Voice for Peace und andere). Sich dem Druck der Mainstreammedien zu beugen oder die deutsche Staatsräson als Richtschnur zu nehmen, verkennt die Interessen der Herrschenden und widerspricht jeglicher humanistischen Verpflichtung.

Beschluss der Koordination der ISO, Mai 2023

- 1 Original unter: <https://www.counterpunch.org/2017/08/11/why-i-cannot-be-a-zionist-an-open-letter-to-emmanuel-macron/>
- 2 Michael Warschawski, „Yes to Boycott, Divestment and Sanctions. An Answer to Uri Avnery“ (31. August 2009), <https://www.europe-solidaire.org/spip.php?article15225>; auf Deutsch gekürzt in *Inprekorr*, Januar/Februar 2010, <https://www.inprekorr.de/458-bds.htm>.
- 3 <https://www.swp-berlin.org/publikation/amnesty-international-und-der-apartheid-vorwurf-gegen-israel>.
- 4 Siehe <https://www.dw.com/de/deutschland-distanziert-sich-von-amnesty-bericht-zu-israel/a-60637004>.
- 5 Mehr hierzu in Ilan Pappes Buch *Die Idee Israel*. Mythen des Zionismus, aus dem Englischen übersetzt, Hamburg: Laika, 2015, (Laika theorie, Bd. 56).
- 6 Michael Warschawski, „Yes to Boycott, Divestment and Sanctions“, a.a.O.
- 7 „Palestinian Civil Society Call for BDS“, <https://bdsmovement.net/call>

# WAS WIRD AUS DEM SUDAN ANGESICHTS DES MACHTKAMPFS DER GENERÄLE

---

Der Beginn des Bürgerkriegs zwischen den Generälen des alten Regimes forderte Tausende von verwundeten und Hunderte von toten Zivilist\*innen und verursachte den Beginn einer katastrophalen humanitären Krise ohnegleichen.

■ Ali Taha

---

Wir erleben gerade den Zusammenbruch des Gesundheitssystems, Stromausfälle und Nahrungsmittel- und Wasserknappheit. Parallel zu dieser Tragödie müssen wir die grotesken Erklärungen der kriegführenden Generäle Burhan und Hemedti ertragen, die beide behaupten, dass sie mit diesem Krieg das Projekt des Übergangs zu einem demokratischen zivilen Regime verfolgen!

Einige Analysen behaupten, dass der Grund für den Ausbruch des gegenwärtigen Krieges in der Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Generälen über die Länge der Übergangszeit liege, in der Hemedtis Truppen in die Armee von Burhan-Baschir integriert werden sollen (Hemedti sagt zehn und Burhan sagt zwei Jahre), die in eine Sackgasse geführt habe. Diese Meinungsverschiedenheit ist natürlich real, aber die Frage der Integration liegt seit der Ära von Baschir auf dem Tisch; die wichtigste Frage ist also, warum diese Meinungsverschiedenheiten jetzt zu einem heftigen Krieg zwischen den beiden Parteien führen.

Wie konnte es so weit kommen? Es kann hilfreich sein, sich an die Etappen zu erinnern, die die sudanesishe Revolution seit ihrem Beginn im Dezember 2018 durchlaufen hat.

Der Ausbruch der sudanesischen Revolution im Dezember 2018 war zweifellos das wichtigste Ereignis in un-

serer Region seit den arabischen Revolutionen von 2011. Millionen von Sudanese\*innen gingen auf die Straße und bedrohten nicht nur Baschirs kriminelles Regime, sondern wandten sich auch gegen das konterrevolutionäre Lager, das ihn unterstützte, insbesondere Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten und natürlich Israel. Die Richtung der sudanesischen Revolution war von Anfang an klar. Erstens handelte es sich um eine Revolte gegen die neoliberale Politik und die systematische Plünderung der Reichtümer des Sudan durch das Regime von Baschir; der direkte Auslöser der Revolution war der Anstieg der Lebensmittel- und Kraftstoffpreise. Zweitens ging es darum, die militärisch-islamische Diktatur von Baschir zu stürzen und eine demokratische Alternative aufzubauen, die wirklich die Forderungen und Bestrebungen des sudanesischen Volkes widerspiegelt. Drittens wollte man der grausamen Unterdrückung und Ungleichheit entgegenzutreten, denen die Regionen des Sudan außerhalb von Khartum ausgesetzt waren, wobei das Regime von Baschir ihren Reichtum zugunsten eines Bündnisses von Militärs, Geschäftsleuten und ihren Partnern am Golf plünderte, während es gleichzeitig die Bewohner\*innen dieser Regionen hungern ließ, sie aber auch unterdrückte und Kriege und Massaker gegen sie auf religiöser und ethnischer Grundlage führte.

Was die sudanesische Revolution von den Revolutionen 2011 unterscheidet, ist der außergewöhnliche Grad des Bewusstseins und der Organisation der Massen. Der Sudanesischer Berufsverband [inoffizieller Gewerkschaftsbund] spielte eine führende Rolle bei Mobilisierungen und der Organisation von Streiks. Viel wichtiger noch: die Bildung und Koordination von Widerstandskomitees in allen sudanesischen Städten, nicht nur für die Mobilisierung, sondern auch für die grundlegende demokratische Koordination und Diskussion von Entscheidungen. Baschirs Generäle begannen vom ersten Moment an, die Konterrevolution in eklatanter Zusammenarbeit mit dem ägyptischen Regime auf der einen Seite und den Führern der Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabiens auf der anderen Seite zu planen. Sie stützten sich natürlich auf das ägyptische Modell der Konterrevolution. Der erste Schritt bestand darin, die traditionelle reformistische Opposition (bürgerliche Parteien wie Umma, den Kongress und einen breiten Teil der reformistischen Linken) zu absorbieren und sie von den rebellischen Massen auf Plätzen und Straßen zu trennen. Nach der Vertreibung Baschirs begann unter dem wachsenden Druck der Massen der Dialog zwischen den Generälen Baschirs, die ihn abgesetzt hatten (er wurde im April 2019 gestürzt), und den „Kräften für Freiheit und Wandel“ (hauptsächlich Mitglieder traditioneller nicht islamistischer Parteien). Der Plan der Generäle war einfach und klar: Einen Übergangszeitraum zu vereinbaren, in dem der Sudan von einem gemischten zivilen und militärischen Übergangsrat (gebildet im August 2019) regiert würde. Darin würden die Form, die Einzelheiten und die Etappen des Übergangs zu einem zivilen Regime durch eine neue Verfassung, freie und direkte Wahlen, die Rückkehr der Armee in ihre Kasernen und ihren endgültigen Austritt aus der politischen Sphäre verhandelt.

Es gab natürlich eine breite Ablehnung der Idee, dass Baschirs Generäle weiterhin unter der Schirmherrschaft des Übergangsrates regieren würden, zumal vereinbart wurde, dass Burhan und sein Stellvertreter Hemedti an der Spitze des Rates stehen würden. Aber die traditionellen bürgerlichen Parteien und ihre Elemente der „Kräfte der Freiheit und des Wandels“ ignorierten die Wut der Straße und forderten die Massen auf, die Demonstrationen und Streiks einzustellen, zur Arbeit zurückzukehren und den zivilen Kräften zu vertrauen, die mit dem Militär in ihrem Namen verhandeln sollten. Natürlich ist der Dialog nicht um ein Jota vorangekommen und hat sich in einen Dialog für den Dialog verwandelt. Das Bündnis „Kräfte

der Freiheit und des Wandels“ zerfiel und Hamdok wurde zum Premierminister einer technokratischen Regierung ernannt, die nichts anderes war als eine „zivile“ Fassade der Macht der Generäle. Die Straße lehnte das ab, was hinter verschlossenen Türen geschah, und erhöhte den Druck auf die neue Form der alten Macht trotz blutiger Repressionswellen. Die Widerstandskomitees blieben lebendig und effektiv in der Mobilisierung und Organisation.

Nicht anders als zu erwarten: Die Periode des „Übergangsrates“ war keine Übergangsperiode zur Demokratie und zu einem demokratischen zivilen Regime, wie es die Generäle versprochen und die „Kräfte der Freiheit und des Wandels“ es behauptet hatten, sondern eine Übergangsperiode zurück zum Ausgangspunkt. Im Vorfeld der Übertragung der Führung des Rates an die Zivilbevölkerung organisierten die Generäle im Oktober 2021 einen Militärputsch, der dem Militär die absolute Macht zurückgab und die „Kräfte der Freiheit und des Wandels“ erneut spaltete, wobei Teile sich gegen den zweiten Putsch aussprachen. Wieder einmal gingen die Massen zu Millionen auf die Straße, lehnten den Staatsstreich ab und erneuerten die Forderungen der sudanesischen Revolution. Wiederum hat die Armee mit blutiger Repression geantwortet. Mit anderen Worten, die sudanesische Straße erlaubte es der Armee nicht, sich an der Macht zu stabilisieren. Ihr stehen nur noch Gewehre, gepanzerte Fahrzeuge und Tränengas zur Verfügung. Während der Putsch den Dialog mit den zivilen Kräften zugunsten des Militärs beendet hat, ist der Ausgang des Kampfes zwischen der sudanesischen Revolution und dem Militär noch nicht entschieden.

Was in Ägypten funktioniert hat, ist im Sudan noch nicht gelungen. In Ägypten war das Militär in der Lage, einerseits die zivilen Kräfte zu absorbieren und sie gegen die Muslimbruderschaft einzusetzen, und andererseits die revolutionäre Bewegung zu unterdrücken. Im Fall Sudan gelang der Armee der erste Schritt, doch die sudanesischen Massen hindern sie immer noch am zweiten Schritt. Aber auch die sudanesischen Massen waren bislang nicht in der Lage, die Waage zu ihren Gunsten zu kippen, trotz der Entschlossenheit, der Organisation und des Bewusstseins von Tausenden von Widerstandskomitees. Trotz der Fähigkeit dieser Basiskomitees, einen außergewöhnlichen demokratischen politischen und gesellschaftlichen Dialog zu organisieren, gibt es eine enorme Krise wegen des Fehlens einer politischen Kraft, die in der Lage wäre, die Aktivitäten der Widerstandskomitees zu führen und zu vereinen und den endgültigen Angriff auf die Macht des Militärs und seiner Verbündeten zu organisieren.

Die Unfähigkeit der Generäle, die Schlacht trotz der brutalen Unterdrückung und der Massaker zu ihren Gunsten zu entscheiden, und die Unfähigkeit der sudanesischen Massen, ihrerseits die Schlacht zu gewinnen, führten zu einem Zustand der Lähmung, der den Weg für den gegenwärtigen Krieg ebnete. Es gibt natürlich noch andere Faktoren, die zu diesem Krieg geführt haben, und zwar wirtschaftliche Faktoren auf beiden Seiten: Hemedti kontrolliert nicht nur die wichtigsten Goldminen im Sudan, sondern hat auch riesige Vermögen gemacht, indem er seine Streitkräfte als Söldner in Libyen und im Jemen für seine Verbündeten vom Golf eingesetzt hat. Auf der anderen Seite stellen ihm die europäischen Länder große Geldsummen zur Verfügung, um die „illegale“ Einwanderung auf den europäischen Kontinent zu verhindern. Burhan seinerseits kontrolliert auch ein riesiges Wirtschaftsimperium, insbesondere in der Landwirtschaft, wo das Golfkapital an riesigen Farmen beteiligt ist. Auf regionaler Ebene gibt es auch die Bereitschaft zu Allianzen in der Region und zu Veränderungen bei den Positionen der großen regionalen Mächte wie Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Israel sowie der untergeordneten Mächte wie Ägypten (Änderung der Beziehungen zu Israel, zum Iran und zum Ausstieg aus den Bürgerkriegen im Jemen und in Libyen). Alle diese Kräfte haben Interessen im Sudan, natürlich alle mit der Armee, aber einige mit Hemedtis Flügel und andere mit dem von Burhan.

Auf globaler Ebene gibt es auch geostrategische Konflikte, die sich in den aktuellen Kämpfen im Sudan widerspiegeln – die abnehmende Rolle der USA auf dem afrikanischen Kontinent, die stärker werdende Rolle Chinas und Russlands und die aktuellen Spannungen zwischen dem Westen und Russland wegen der Ukraine und zwischen Amerika und China auf fast allen Gebieten –, die alle zur Möglichkeit einer Eskalation des Machtkampfes im Sudan beitragen. Aber zurück zum Sudan selbst, der der wichtigste Kontext ist, um den andauernden Krieg zu verstehen. Das Problem für das Militär ist bislang seine Unfähigkeit, die sudanesische Revolution zu unterdrücken. Andererseits war die sudanesische Revolution nicht in der Lage, den Konflikt zu ihren Gunsten zu lösen. Wir wissen nicht, wann der Krieg enden wird und welcher der beiden kriminellen Generäle siegen wird. Es ist sicher, dass das Militärregime auf allen Ebenen schwächer sein und seine Legitimität verloren haben wird, insbesondere aufgrund der zivilen Opfer und der katastrophalen humanitären Situation, die durch den Kampf um die Macht verursacht wurde. Darüber hinaus erleben wir einen erneuten Aufschwung

der Widerstandskomitees, die eine inspirierende Rolle dabei spielen, Zivilist\*innen zu helfen, Nahrungsmittel zu verteilen, medizinische Hilfe zu leisten und sich untereinander zu koordinieren, um Zivilist\*innen zu schützen. Wir sehen auch, wie Ärzt\*innen sich organisieren, um Patient\*innen zu retten, und wie Elektriker\*innen und Wasserwerker\*innen eingreifen, um die durch Bombardierung und Zerstörung ausgefallenen Anlagen wieder in Betrieb zu nehmen.

Daher wird das Militär aus diesem Krieg viel schwächer hervorgehen, als es vorher war, während die Widerstandskomitees und die sudanesische Revolution im Allgemeinen stärker und widerstandsfähiger sein werden. Aber die Aufgabe bleibt – wie wir aus der ägyptischen Erfahrung wissen – groß und sehr schwierig: Wie schließen sich die Widerstandskomitees und die Arbeiter\*innen- und Berufsorganisationen zusammen, um die nächste Welle der Revolution vorzubereiten? Wie wird das Dilemma der revolutionären politischen Organisation gelöst? All diese Fragen können nur die sudanesischen Revolutionär\*innen beantworten, die uns immer wieder mit ihrer Festigkeit, ihrer Widerstandsfähigkeit und ihren organisatorischen Fähigkeiten beeindrucken.

Quelle: <https://revsoc.me/arab-and-international/45288/>

Übersetzung aus dem Arabischen: Luiza Toscane; Übersetzung aus dem Französischen: Björn Mertens



# WAS STECKT HINTER DEM KAMPF DER GENERÄLE?

Sudanesische Sozialist\*innen enthüllen die wirklichen Gründe für den Kampf zwischen Al Burhan und Hemedti

■ Qiddam

■ Burhan ist ein Verbündeter Ägyptens und der Islamisten. Hemedti ist ein Parteigänger der Vereinigten Arabischen Emirate und flirtet mit dem Bündnis „Kräfte für Freiheit und Wandel“. Beide sind gegen die Revolution, und das Volk muss sich auf zivilen Ungehorsam vorbereiten. 700 Zivilist\*innen sind bei den laufenden Zusammenstößen bisher getötet oder verletzt worden.

Die paramilitärischen Kräfte der Rapid Support Forces (RSF) kämpfen seit vorgestern Morgen in der Hauptstadt Khartum und auf dem Militärflughafen Merow gegen ihren Verbündeten, die sudanesische Armee. Der militärische Konflikt breitete sich schnell auf alle Garnisonen beider Seiten in allen Staaten aus. Während wir dies schreiben, erreichen die Opferzahlen Dutzende Soldaten auf beiden Seiten, 97 Zivilisten und fast 600 Verletzte; und es wird erwartet, dass die Zahl der Opfer zunimmt.

## Wer sind die Führer der kriegführenden Parteien?

Die Armee führt ihre Schlacht unter dem Kommando von General Abdel Fattah Al-Burhan, während Mohamed Hamdan Dagalo, besser bekannt als Hemedti, die RSF kontrolliert. Al Burhan ist ein Offizier der Streitkräfte, der am Krieg in Darfur teilgenommen hat. Die Armee rekrutierte Milizen unter den Mahamiden, das ist die Ethnie, aus der Hemedti stammt. Al Burhan wurde von der bewaffneten Bewegung von Abdul Wahid Mohamed Nur gefangen genommen und im September 2003 im Rahmen eines Gefangenenaustauschs freigelassen. Er beteiligte sich an der Bildung der Dschandschawid-Miliz, die als Grenzwächter bekannt ist, dem Kern der RSF.

Al Burhan war während seiner gesamten Militärkarriere kein höherer Offizier, aber seine Loyalität gegenüber den Islamisten und seine langjährige Erfahrung in Darfur haben es ihm ermöglicht, ein Netzwerk von Beziehungen zu den von der Regierung unterstützten Milizen aufzubauen, und den gestürzten Präsidenten dazu gebracht, ihn zu fördern. Er war vom gestürzten Präsidenten zum Armeegeneral befördert worden, der die Regierung auflöste und sie am 26. Februar 2019 durch eine Militärregierung ersetzte, um die Dezemberrevolution zu kontrollieren.

Die revolutionäre Bewegung im April 2019 führte zu einem Sit-in vor dem Gebäude des Generalkommandos der Streitkräfte; untere Offiziere sympathisierten mit der Revolution. Am 11. April wurde die Armee zu einem Staatsstreich gegen Omar al-Baschir gezwungen. Verteidigungsminister Ibn Auf wurde Leiter des Militärrates, aber die politische Führung der Revolution, die Revolutionäre und Hemedti lehnten die Führung von Ibn Auf ab, und am 13. April warfen Ibn Auf und seine Kollegen das Handtuch und Al Burhan trat in die Führung des Militärrates ein, indem er sich mit Hemedti als Kommandeur der RSF verbündete. Eine Reihe von Verhandlungen begann mit der politischen Führung der Revolution, um eine Übergangsregierung zu bilden.

Am 3. Juni 2019 (29. des Monats Ramadan) wandten sich Al-Burhan und Hemedti gegen die Revolution und verübten das Massaker vor dem Generalkommando in Khartum und in den Bundesstaaten, erklärten den Ausnahmezustand, brachen die Verhandlungen ab, vertrieben

die internationalen Vermittler und schalteten das Internet ab; Khartum verwandelte sich in eine Geisterstadt. Aber die revolutionäre Bewegung auf der Straße organisierte sich schnell und mobilisierte am 30. Juni Demonstrationen von Millionen von Menschen, die den Sudan in Brand setzten, den Militärрат zum Rückzug zwangen und die Kräfte der Freiheit und des Wandels wiederbelebten. Die Verhandlungen führten zu einer Übergangsregierung, die auf einer Partnerschaft zwischen Militär und Zivilisten basiert.

### **Wer ist Mohamed Hamdan Dagalo (Hemedti)?**

Mohamed Hamdan Dagalo ist ein Darfur-Araber des Mahamid-Clans, einer Ethnie, die durch Viehhandel in der afrikanischen Sahelzone verwurzelt ist. Er wurde 1972 geboren und ist der jüngste, der den Rang eines Armeegenerals erhalten hat. Hemedti arbeitete als Viehhändler in Nord-Darfur. Als der Krieg in Darfur ausbrach, waren seine sozialen Interessen bedroht, und er bildete zunächst eine Miliz, um sein Geschäft zu schützen; dann verbündete er sich bald mit der Regierung mit den sogenannten „Dschandschawid“-Milizen, die Kriegsverbrechen in Darfur begingen.

In einem Interview mit CNN forderte Hemedti die Regierung auf, ihn anzuerkennen und seine Truppen in reguläre Streitkräfte umzuwandeln. Hemedtis Ruhm wuchs, nachdem er seine Fähigkeit unter Beweis gestellt hatte, die bewaffneten Bewegungen in Darfur von 2008 bis 2012 zu besiegen, und der inzwischen abgesetzte Al Baschir belohnte ihn im August 2013 mit der Umwandlung seiner Streitkräfte in halb reguläre Streitkräfte, bekannt als RSF. Hemedti wurde ein hochrangiger Militär im Nationalen Nachrichten- und Sicherheitsdienst, dem repressiven Arm der Islamisten im Sudan.

Einen Monat später brachen im September 2013 Proteste gegen die Sparmaßnahmen der Regierung aus. Der Sicherheitsapparat unterdrückte die Proteste und machte mit seinen beiden militärischen Zweigen mehr als 200 Menschen zu Märtyrern: der islamistischen Operations Authority [militärischer Arm des Geheimdiensts] und den RSF. Hemedti nahm am Krieg im Jemen teil, verzehnfachte seinen Reichtum und erhöhte seine Truppenstärke von 5000 im Jahr 2014 auf 40 000 im Jahr 2017, was einem Fünftel der Streitkräfte entspricht. Er besiegte auch die bewaffneten Bewegungen in Darfur im Jahr 2016. Die Europäische Union verbündete sich mit ihm während des „Khartum-Prozesses“, der darauf abzielte,

die illegale Migration aus dem Afrika südlich der Sahara über Libyen nach Europa im Austausch gegen finanzielle Zuwendungen zu stoppen.

Nach der Eskalation der Streitigkeiten zwischen den zunehmend einflussreichen RSF und islamistischen Führern der Sicherheitskräfte forderte Hemedti, dass seine Streitkräfte dem Militär unterstellt werden sollten, aber die Militärführer weigerten sich, die RSF ihrem Stabskommando zu unterstellen. Im Jahr 2017 gelang es Omar Al Baschir, eine Lösung zu finden, die darin bestand, die RSF auf der Grundlage von Artikel 5 des Gesetzes in offizielle Kräfte umzuwandeln. Sie wurden unter den direkten Befehl von Al Baschir gestellt, der sie sogar „Mein Schutz“ (Himeyti) nannte. Al-Baschir bildete das Sicherheitskomitee, das alle bewaffneten Regierungseinheiten im Sudan umfasst: die sudanesishe Armee, die RSF, die sudanesischen Sicherheitskräfte und die Polizei. Mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Sparmaßnahmen brach im Dezember 2018 die sudanesishe Revolution aus. Hemedti entschied sich für Neutralität und wurde am 13. April 2019 Zweiter im Militärрат, aber seine Streitkräfte verübten am 3. Juni 2019 Massaker an den aufständischen Massen, und das Lager der Revolution bleibt ihnen gegenüber bis heute feindlich gesinnt.

Al Burhan hob im Juli 2019 einseitig Artikel 5 des RSF-Gesetzes auf, der die RSF zu Parallelkräften machte, und billigte im August desselben Jahres eine politische Einigung mit Zivilisten. Die RSF sind zu „unabhängigen Kräften“ geworden und, um es mit Al Burhans Worten zu sagen, die aus den „Eingeweiden der Streitkräfte“ hervorgegangen sind.

### **Die Übergangsregierung und ein Überblick der Bündnisse**

2019 bildeten die Kräfte von „Freiheit und Wandel“ die Übergangsregierung unter Führung von Abdullah Hamdok als Premierminister, mit Burhan als Leiter des Souveränen Rates und Hemedti als dessen Stellvertreter. Hamdok sah in der Übergangsregierung eine einzigartige und harmonische Partnerschaft. Hemedti gewann an Einfluss, und die Hamdok-Regierung übertrug dem Militär einige Aufgaben der Wirtschafts- und Außenpolitik, was dessen Einfluss verstärkte. Hamdok überließ Hemedti im April 2020 das Präsidium des Wirtschaftsnotstandskomitees, und der Eintritt der RSF mit ihren wirtschaftlichen Interessen im Bereich des Goldexports ließ den Ausschuss unter Vorsitz von Hemedti nur einen Beschluss fassen:



Abschaffung des Gold-Monopols der Zentralbank.

Hemedtis Einfluss wuchs vor allem bei Saudi-Arabien durch seine Beteiligung am Jemen-Krieg, bei den Vereinigten Arabischen Emiraten durch den Goldhandel und bei Haftar in Libyen. Hemedti unterstützte Mahamat Idriss Déby militärisch bei der Bekämpfung der Rebellion im nördlichen Tschad im April 2021 und intervenierte in Zentralafrika zur Unterstützung der Regierung im Januar 2021. Die Übergangsregierung gab auch den Friedensprozess mit den bewaffneten Bewegungen an die Armee ab, und Hemedti verhandelte mit ihnen in Juba, was zum „Friedensabkommen von Juba“ führte. Hemedti unterhält enge Beziehungen zu Äthiopien, insbesondere zu Abiy Ahmed. Sie setzen den Austausch militärischer und ziviler Einheiten fort und es wird weiter in Äthiopien investiert. Er weigerte sich auch, mit der sudanesischen Armee in den Krieg in dem von Äthiopien besetzten Al-Fashaga einzutreten. Außerdem unterhielt er Beziehungen zu Russland und der Wagner-Miliz und reiste am Vorabend des Krieges gegen die Ukraine nach Russland.

Al Burhans Hauptverbündeter ist das ägyptische Regime – die sudanesisch und die ägyptische Armee waren in der Geschichte des Sudans lange verbündet. Die sudanesisch Armee nutzte den Tigris-Krieg in Äthiopien, um mit Unterstützung der ägyptischen Regierung in den Krieg in Al-Fashaga einzutreten, nachdem die beiden Armeen im März 2021 ein gemeinsames Verteidigungsabkommen unterzeichnet hatten, um zu trainieren, zu bewaffnen und ihre gemeinsamen Grenzen zu sichern, und führten die Manöver der „Nilwächter“ im Mai 2021 auf dem Militärflughafen von Merowe durch.

Vor den Manövern reiste Hemedti nach Ägypten, um Garantien zu erhalten, dass die an den Manövern beteiligten sudanesischen Kampfflugzeuge von der Merowe-Basis zur Wadi-Sayyedna-Basis in Omdurman zurückkehren würden, wo sie unter der Kontrolle der RSF standen. Tatsächlich wurden die Kampfflugzeuge nach dem Ende der Manöver mit Hilfe der ägyptischen Armee unter das Kommando der sudanesischen Armee gestellt.

Al Burhan steht in Verbindung mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien; er traf sich auch mit Netanyahu in Uganda und dies war der Beginn der Normalisierung, eine Bedingung dafür, dass die Vereinigten Staaten den Sudan von der Liste der Länder, die den Terrorismus unterstützen, streichen. Nach der Streichung Sudans von der Liste und der Umsetzung der harten Sparmaßnahmen durch die Hamdok-Regierung, die der Wes-

ten im Rahmen der Initiative zum Schuldenerlass und zur Rückkehr des Sudans in die internationale Gemeinschaft verhängt hatte, verbündete sich Al Burhan mit Hemedti, den bewaffneten Bewegungen und den Überresten des alten Regimes und wandte sich am 25. Oktober 2021 gegen „Freiheit und Wandel“: Al-Burhan hat die Artikel der Übergangsverfassung ausgesetzt, die sich auf das Justizwesen, das Massaker am Sit-in und die Abwicklung des alten Regimes beziehen.

Die Bewegung, die Widerstandskomitees und die Avantgarde der Arbeiterklasse lehnten den Militärputsch ab, und Demonstrationen des Widerstands gegen den Putsch wurden organisiert, um eine alternative Hegemonie auf der Straße zu schaffen und den Putsch daran zu hindern, seine Macht durchzusetzen. Al Burhans Lösung „Hamdok“ endete mit dessen Rücktritt, nachdem ihn die revolutionäre Bewegung abgelehnt hatte. Die Widerstandskomitees und andere revolutionäre Kräfte haben sich im Rahmen der Charta zur Gründung der „Authority of the People“ (etwa: Volksmacht) zusammengeschlossen. Die revolutionäre Bewegung verstärkte sich auf den Straßen und am 30. Juni 2022 gelang es ihr, dezentrale Sit-ins durchzusetzen; die Macht von Al Burhan wurde auf das Generalkommando beschränkt.

### Ursachen des Konflikts

Al Burhan hat dem Hemedti-feindlichen Sicherheitsapparat seine Fähigkeit zurückgegeben, Verhaftungen durchzuführen, um die Demonstrationen zu unterdrücken. Das Programm der Schuldenstreichung wurde ausgesetzt, alle von der Hilfe internationaler Institutionen abhängigen Wirtschaftspläne wurden eingefroren und die Wirtschaft geriet in einen Zustand völliger Depression. Er brachte die Verjagten des alten Regimes zurück in die Staatsbürokratie. Letztere hassen Hemedti, den sie für einen Verräter an dem halten, was sie geschaffen haben. Die Feindseligkeit der Offiziere gegenüber der RSF hat zugenommen, da sie darin eine parallele Kraft sehen, die den Status der Armee – der höchsten Regierungsbehörde im Sudan – bedroht, nicht aber wegen ihrer Verbrechen, ihrer Kontrolle über die Wirtschaft und ihres Beitrags zur Militarisierung der sudanesischen Politik, die sich durch gescheiterte Putschversuche gezeigt hat.

Seit Juli 2022 hat Saudi-Arabien mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, Großbritannien und den Vereinigten Staaten interveniert und ein neues Abkommen zwischen den opportunistischen Kräften der Freiheit und des Wandels und den Kräften der Konterrevolution erzielt,

das als Quartett bekannt war und im Dezember 2022 zur Unterzeichnung eines Rahmenabkommens zwischen diesen Kräften führte. Das Abkommen wurde von hochrangigen Offizieren, die auf das alte Regime ausgerichtet waren, von Islamisten, die den bürokratischen und wirtschaftlichen Staatsapparat kontrollieren, und auch von den durch ihre Charta vereinten Widerstandskomitees abgelehnt. Unter dem Druck der Islamisten und ihrer Offiziere auf Al Burhan auf der einen Seite und der Nähe von Hemedtis Interessen zu den Kräften für Freiheit und Wandel auf der anderen Seite entschuldigte sich Hemedti während einer Rede am 19. Februar für seine Teilnahme an dem Putsch, was dazu führte, dass Islamisten aus dem Untergrund auftauchten und trotz ihres Verbots öffentliche Versammlungen abhielten. „Freiheit und Wandel“ akzeptierten das Bündnis mit Hemedti und verließen die revolutionäre Bewegung, um sich wieder einmal ihren opportunistischen Fehlern hinzugeben. Die rhetorische Aggressivität zwischen Armee und RSF hat sich im März verstärkt. Al Burhan selbst ließ das Generalkommando durch eine riesige Betonmauer schützen. Beide Kräfte waren trotz der Vermittlungsbemühungen bis in die Nacht des 14. April zur Konfrontation bereit.

In einem Interview, das von Declan Walsh, einem Journalisten der New York Times, mit der Nummer zwei der RSF, Abdul Rahim Dagalo, dem Bruder von Hemedti, am 6. April, dem vereinbarten Datum der Ankündigung der neuen Übergangsverfassung, geführt wurde, sagte Abdul Rahim, dass Al Burhan eine Mauer gebaut habe, um sich zu schützen, und dass er sich nicht darum kümmere, was draußen vor sich gehe; dass es ihm egal sei, ob der Rest des Landes brenne. Am 15. April wurde das Feuer von beiden Seiten eröffnet.

### Die Position der revolutionären Bewegung

Die revolutionären Kräfte weigern sich, im Konflikt Partei zu ergreifen, sind nicht neutral, sondern feindlich gegenüber beiden Seiten. Sie vertrauen weder den Kräften der Konterrevolution noch den opportunistischen Kräften. Wer immer aus dieser Schlacht siegreich hervorgeht – wenn sie nicht in einen Bürgerkrieg übergeht –, wird die Kräfte der Revolution besiegen, wenn sie sich nicht in den Wohngebieten in Widerstandskomitees und durch eine lückenlose Strukturierung am Arbeitsplatz vorbereiten und organisieren. Sobald die Schlacht vorbei ist, wird der Sieger höchstwahrscheinlich den Ausnahmezustand und eine Ausgangssperre ausrufen und das Land mit einer Mi-

litärregierung regieren, so dass Revolutionäre sich schon jetzt organisatorisch auf allgemeinen zivilen Ungehorsam vorbereiten müssen.

Die Mitglieder der Organisation **Qiddam**, die diesen Artikel herausgegeben hat, werden von den Herausgebern der *revsoc.me* als „unsere Genoss\*innen im Sudan“ bezeichnet.

17. April 2023

Quelle: <https://revsoc.me/arab-and-international/45282/>

Übersetzung aus dem Arabischen: Luiza Toscano; Übersetzung aus dem Französischen: Björn Mertens

# DIE FRAU UND DER AUFSTAND IM IRAN

„Jeder, der etwas von der Geschichte weiß, weiß auch daß grosse gesellschaftliche Umwälzungen ohne das weibliche Ferment unmöglich sind. Der gesellschaftliche Fortschritt läßt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts (Die Häßlichen eingeschlossen).“ Brief von Karl Marx an Louis Kugelmann, 12. Dezember 1868

■ **Houshang Sepehr**

Am 16. September 2022 starb eine junge Kurdin namens Jina Mahsa Amini, während sie von der Sittenpolizei in Gewahrsam genommen wurde. Ihr Tod löste landesweite Proteste aus: Junge Mädchen und Frauen gingen auf die Straße, verbrannten ihre Schleier, schnitten sich die Haare ab und forderten lautstark das Ende des blutigen Regimes.

## Was lange gärt ...

In diesem Protest kommt die jahrzehntelange Wut über die sexistische Apartheid zum Ausbruch, in der die rechtliche Diskriminierung banalisiert wird und staatliche Gewalt sowie alltägliche Demütigungen herrschen. Seit über 40 Jahren leben Frauen und Mädchen unter der Unterdrückung und dem Terror der iranischen Regierung und müssen erniedrigende Schikanen in Bezug auf ihre Kleidung, ihr Verhalten und die intimsten und privatesten Belange ihres Lebens erdulden.

Viel zu lange waren Körper und Sexualität der Frauen ein politisches Instrument zur Stabilisierung des patriarchalen Systems, im Iran wie auch anderswo. Über Jahre hinweg hat sich in jeder Frau Wut gegen diese persönliche und institutionelle Unterdrückung angestaut. Und diese angestaute individuelle Wut entlädt sich heute kollektiv und nährt diesen feministischen Aufstand.

Unter der Führung der Frauen vereint die Bewegung die große Mehrheit der Bevölkerung (unabhängig von Ge-

schlecht, Alter, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, ethnischer Zugehörigkeit und sozioökonomischem Status) in der Ablehnung der willkürlichen Gesetze, die das obligatorische Tragen des Schleiers, die Einschränkung der Autonomie und der körperlichen Unversehrtheit von Frauen und die Verletzung der Privatsphäre betreffen. Der Aufstand richtet sich gegen jeden Versuch, die Meinungsfreiheit der Frauen zu beschneiden. Sein Ziel ist, die Unterdrückung ihrer Sexualität und die Verletzung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte zu beenden, und er schafft Räume, in denen sich die Wut entlädt über ein Leben, das von politischer Verfolgung, wirtschaftlicher Korruption und Umweltzerstörung geprägt ist.

Diese mutige neue Welle des feministischen Widerstands hat die Grundfesten der patriarchalen und archaischen Theokratie erschüttert. Die iranische Regierung reagiert mit brutaler Gewalt, willkürlichen Verhaftungen und öffentlichen Hinrichtungen. Bis Ende Januar wurden mehr als 500 Menschen von den iranischen Sicherheitskräften getötet, darunter 70 Kinder (viele glauben, dass diese Zahlen weit untertrieben sind). Hinzu kommen Selbstmorde von freigelassenen Personen und inzwischen auch die Vollstreckung von Todesurteilen.

## ... führt zur bisher schwersten politischen Krise

Die Wurzeln dieser Krise reichen bis zur Entstehung des theokratischen Regimes im Jahr 1979 zurück. Aufgrund

ihrer Dauer, ihrer Ausdehnung auf alle Regionen des Landes, ihrer Besonderheiten und ihrer Folgen unterscheidet sich diese Krise weitgehend von den vorangegangenen.

■ 2009 hatte die gefälschte Wiederwahl von Mahmud Ahmadinedschad für eine zweite Amtszeit als Präsident sehr viele Iraner\*innen unter der Parole „Wo ist meine Stimme geblieben?“ auf die Straßen der Großstädte getrieben.

■ Ende 2017 und Anfang 2018 löste die Ankündigung neuer Sparmaßnahmen durch die Regierung eine Welle von Demonstrationen aus, die das ganze Land erschütterten und von den Sicherheitskräften schnell und gewaltsam niedergeschlagen wurden.

■ Im November 2019 kam es im ganzen Land zu einer Massenmobilisierung gegen die Erhöhung der Kraftstoffpreise. Sie wurde in einem beispiellosen Blutbad niedergeschlagen.

In diesen Jahren änderten sich also die Inhalte der Proteste: zunächst gegen Wahlfälschungen und später gegen die wirtschaftliche und soziale Lage. Dies war ein Reflex auf den Verfall des Lebensstandards der Bevölkerung, die Verarmung der Mittelschicht, die steigende Arbeitslosigkeit und die galoppierende Inflation. In den folgenden Jahren verschlechterte sich die sozioökonomische Lage weiter, und die Inflation stieg auf 40 %.

Vor diesem Hintergrund wurde im Juni 2021 der ultrakonservative Ebrahim Raisi zum Präsidenten der Republik „gewählt“. Dieser wird aufgrund seiner Rolle bei der Ermordung Tausender politischer Gefangener im Jahr 1988 „der Schlächter“ genannt. Damit ist die Regierung eines Landes, das sich in einer Wirtschaftskrise befindet und in endlose internationale Verhandlungen verwickelt ist, um das fragile Atomabkommen vor dem endgültigen Aus zu bewahren, in die Hände eines Klerikers mit blutiger Vergangenheit übergegangen, der mit der niedrigsten Wahlbeteiligung in der Geschichte der Islamischen Republik gewählt wurde. Nachdem die ultrakonservative Fraktion des Regimes die Kontrolle über die drei Gewalten (Exekutive, Legislative und Judikative) an sich gerissen hatte, beschloss sie, die Sittenpolizei zu reaktivieren. In diesem Zusammenhang kam es zu der aktuellen Krise.

Die Ermordung der jungen Kurdin Jina Mahsa Amini am 16. September durch die Sittenpolizei wegen eines falsch sitzenden Schleiers löste im ganzen Land und insbesondere bei jungen Frauen sofort einen beispiellosen Aufschrei aus. Diese starteten rasch eine Protestbewegung, die sich innerhalb weniger Tage über das ganze Land

ausbreitete. Zu den jungen Frauen gesellten sich auch die jungen Männer. Von der Straße aus griff der Protest auf die Universitäten über und bald auch auf die Mittelschulen, Gymnasien und sogar auf die Grundschulen. Innerhalb weniger Wochen hat sich die Bewegung zu einem Aufstand entwickelt, der viele Teile der iranischen Gesellschaft umfasst, die nun massiv gegen ein Regime protestieren, das als inkompetent, korrupt und ultrarepressiv gilt. Die große Mehrheit der Bevölkerung identifiziert sich nicht mit einem solchen Regime. Neben dem schiitischen Klerus sind die einzigen Personen, die ihm treu geblieben sind, die Revolutionsgarden (sowie deren Entourage), die in viele Bereiche der Wirtschaft involviert sind, sowie andere Gruppen, die mit den „revolutionären Institutionen“ verbunden sind, wie z. B. die Stiftungen, die alle vom Büro des „Führers“ geleitet werden.

### **Jin, Jiyan, Azadi (kurdisch für Frau, Leben, Freiheit)**

Seit das derzeitige Regime an die Macht gekommen ist, haben zahlreiche Aufstände und Mobilisierungen stattgefunden. Frauen waren jedes Mal dabei und haben diese Aufstände mit ihren Forderungen nach Freiheit geprägt. Der aktuelle Aufstand ist jedoch anders, da er direkt von Frauen initiiert und kontrolliert wurde.

Der Aufstand begann am Tag von Jinas Beerdigung in ihrer Heimatstadt im iranischen Kurdistan. Er breitete sich rasch in dieser Region aus, die seit dem ersten Tag der Machtübernahme durch das theokratische Regime von nationaler und sexueller Unterdrückung geprägt ist. Auf den Straßen dort ging es hoch her. „Jin, Jiyan, Azadi“ war der wichtigste Slogan, der skandiert wurde, und „Zan, Zendegi, Azadi“ (die Übersetzung ins Persische) wurde in anderen Städten des Irans nachgeahmt. Auch wurde er in allen Sprachen verbreitet, um die internationale Solidarität der Völker der Welt mit den iranischen Frauen auszudrücken.

Der Mord an einer gewöhnlichen jungen Frau ist im Iran leider ein häufiges Ereignis, das gesellschaftlich als banal angesehen wird. Für das theokratische Regime haben solche Morde nur wenig Bedeutung. Der Mord an Jina wurde jedoch sehr schnell zu einer nationalen Angelegenheit, die die Grundfesten des Regimes erschüttern könnte. Und er nahm auch eine internationale Dimension an.

Der Grund für den mutigen Einsatz von Frauen als Auslöser der aktuellen Krise ist, dass sie die ersten Opfer der islamischen Konterrevolution waren und seit 44 Jahren unter einem unterdrückerischen System leiden, das sie zu Bürgerinnen zweiter Klasse degradiert. Eine kurze Zusammenfassung der Geschichte der iranischen Gesell-

schaft und des Status der Frauen während der Islamischen Republik ist unerlässlich, um zu verstehen, was derzeit im Land geschieht.

### Historischer Exkurs

Die Revolution gegen die Diktatur des Schahs und für politische Freiheit in den Jahren 1977–1979 war eine der bedeutendsten Revolutionen des 20. Jahrhunderts. Während dieser beiden Jahre kam es zu einer unglaublichen Massenbeteiligung. In den letzten vier Monaten vor dem Aufstand am 13. Februar 1979 fand ein Generalstreik statt, an dem mehr als 4 Millionen Arbeiter\*innen beteiligt waren. In den Betrieben kam es zu einer explosionsartigen Zunahme der Streikkomitees, Gewerkschaften und Arbeiterräte (persisch: schoura). Dabei ging es um die Kontrolle der Produktion oder die Offenlegung von Verträgen mit ausländischen Unternehmen. Gleichzeitig standen die meisten städtischen Bezirke unter der Kontrolle von Nachbarschaftskomitees.

Während Chomeini versuchte, einen reibungslosen Übergang auszuhandeln, fand vom 9. bis 13. Februar 1979 in Teheran ein Volksaufstand statt, der zur Abschaffung der Monarchie führte. In der Nacht des Aufstands in Teheran wurden schätzungsweise über 300 000 Revolver und Maschinengewehre in verschiedenen Militärkasernen requiriert und an die Bevölkerung verteilt. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass Chomeini eine der perfidesten und blutigsten Konterrevolutionen der jüngeren Geschichte organisieren musste. Die neue Regierung verfügte dann die vollständige Verstaatlichung der Ölindustrie (26. Februar 1979), gefolgt von der Verstaatlichung der gesamten Industrie (16. Juni).

Die Revolution hatte kaum begonnen, da wurde sie von denjenigen, die von ihr an die Macht getragen worden waren, für beendet erklärt. Chomeini ordnete an, zu verhindern, dass „die Waffen in die Hände der Feinde des Islams fallen“, und erklärte: „Ich werde keine Anarchie zulassen“. Bereits in den folgenden Tagen setzte der Klerus in den Stadtvierteln und an den Arbeitsplätzen Komitees ein. Diese islamischen Komitees begannen, die requirierten Waffen wieder einzuziehen und die kapitalistisch-islamische Ordnung zu etablieren. Islamistische Milizen wurden befugt, auf bewaffnete Personen zu schießen, die ohne Erlaubnis unterwegs waren. Auch die Savak, die berüchtigte politische Polizei des Schahs, wurde durch die Savama ersetzt. Doch auch wenn sich das Kürzel geändert hat, sind viele ihrer Mitglieder dieselben und ihre Arbeitsweise ist unverändert.

Zugleich beeilte sich das neue Regime, „die lieben Arbeiter“, wie der Klerus es nannte, dazu aufzurufen, die Arbeit wieder aufzunehmen und insbesondere die Ölproduktion zu steigern. Natürlich mussten die Mullahs auch Köpfe rollen lassen und einige Offiziere hinrichten, darunter auch höhere Chargen der Polizei und der Savak, die zu verhasst und zu kompromittiert mit dem Schah-Regime waren. Doch blieben durchaus führende Köpfe des alten Regimes im Amt, vor allem, um die Savama, die neue politische Polizei, aufzubauen.

Die Armee war zwar durch den Aufstand in Teheran erschüttert worden, aber der Generalstab hatte sich relativ schnell neu orientiert und somit wesentliche Teile bewahrt. Die Verwaltungsspitzen und ein großer Teil der Savak gingen weitgehend unversehrt aus den Säuberungen hervor. Bereits am 18. April rief Chomeini einen „Tag der Armee“ mit einer Parade in Teheran aus. Im Juni kündigte er eine Amnestie für Militärs und Polizisten an und ab Juli war es verboten, Anzeige gegen sie zu erstatten.

Die Militärhierarchie war das Lieblingskind des Schahs gewesen. Ihre Mitglieder waren in den USA ausgebildet worden und Chomeini konnte zu Recht Verschwörungen von ihrer Seite befürchten. So wurde nach dem US-Luftangriff auf den Iran im April 1980 bekannt, dass mehr als 200 iranische Militärs an einer Verschwörung beteiligt gewesen waren.

Dieses Problem mit der Armee war sicherlich einer der Gründe, warum das neue Regime umgehend neue bewaffnete Repressionskräfte organisierte, die ihm und seiner Ideologie treuer ergeben waren: das Korps der Revolutionsgarden (Pasdaran) sowie verschiedene andere islamische paramilitärische Milizen, die sich größtenteils aus der verarmten Jugend, aus Schlägern, gewöhnlichen Kriminellen und dem Lumpenproletariat rekrutierten. Diese Kräfte wurden von Tausenden Mullahs oder angehenden Mullahs betreut. Außerdem war es dadurch möglich, die Bevölkerung von den Milizen gängeln und kontrollieren zu lassen, was mit der herkömmlichen Armee nicht funktioniert hätte.

### Ansätze der Selbstorganisation

Wochen- und monatelang nach dem Sturz der Monarchie herrschte in den Städten und vereinzelt auch auf dem Land weiterhin politischer und sozialer Aufruhr. In den Stadtvierteln und an den Arbeitsplätzen entstanden neue Komitees, meist auf Betreiben von islamischen Aktivisten oder zumindest unter deren tätiger Mithilfe. Dennoch drückten diese Komitees, wenn auch in verzerrter Form,

den verbreiteten Wunsch der Bevölkerung nach einer gewissen Machtteilhabe aus. Die Komitees wurden dann in den Städten unter der Leitung des Klerus aufgebaut.

In den Fabriken herrschten eine Zeit lang Hektik und Enthusiasmus. In einer Reihe von Betrieben entstanden eine Art Arbeiterräte (Schouras). Die Arbeiter versuchten, Savak-Agenten aufzuspüren, forderten höhere Löhne, aber auch das Recht, die Leitung ihrer Betriebe neu bestimmen zu können, wenn, wie es oft der Fall war, die alten Manager sang- und klanglos verschwunden waren. Die meisten Schouras waren keine bewussten Strukturen der Gegenmacht, auch wenn sie gelegentlich die Produktion behinderten. Obwohl die Arbeiterklasse in dieser Zeit einige Fortschritte dabei machen konnte, offen zu diskutieren und sich auch rudimentär zu organisieren, behielten die islamischen Milizen letztlich die Kontrolle über die Arbeiterkomitees, die zu bloßen Kontroll- und Spionageinstrumenten des Regimes umgewandelt wurden und schließlich an die Stelle der islamistischen Polizei traten.

Hätten die verschiedenen Komitees zu Keimformen unabhängiger Organe der Arbeiterklasse werden können? Vielleicht wäre das möglich gewesen. Aber dazu hätten die wichtigsten linken Organisationen, die mit Aktivist\*innen in diesen Strukturen vertreten waren, eine andere Politik vorantreiben müssen, als bloß das neue Regime zu unterstützen. Leider waren aber fast alle von ihnen tief in der stalinistischen Ideologie gefangen und wollten die Revolution auf einer antiimperialistischen Stufe belassen. In ihren Augen war nicht die Zeit gekommen, um für die Demokratie und noch viel weniger für den Sozialismus zu kämpfen, den sie auf eine ferne Zukunft verwiesen. Die wichtigsten „linken“ Organisationen sahen in Chomeini den Vorkämpfer gegen den „großen imperialistischen Satan“ und machten mit ihm gemeinsame Front gegen die liberale Bourgeoisie. Sie beschuldigten die linken Strömungen, die gleichzeitig gegen den Imperialismus, für Demokratie und für den Sozialismus kämpfen wollten, die fünfte Kolonne der Konterrevolution zu sein.

Die erste offene Opposition, auf die das neue Regime stieß, ging von der Bevölkerung der verschiedenen unterdrückten Minderheiten aus – in Belutschistan, Turkmenistan, dem ölreichen Khuzestân (wo die Bevölkerung teilweise arabisch und nicht persisch ist) und vor allem in Kurdistan mit seinen Traditionen im Kampf für kulturelle Autonomie und wo die nationalistischen Organisationen eine gewisse Autonomie forderten. Für diese Minderhei-

ten war das Kaiserreich der Pahlavis ein „Gefängnis für die nichtpersischen Völker“ gewesen.

### **Die Frauen im Zeitalter der Monarchie ...**

Die Geschichte des Schleiers im modernen Iran ist lang und voller Widersprüche.

Während der Diktatur von Reza Schah wurde den Frauen 1936 per Regierungserlass verboten, in der Öffentlichkeit einen Schleier zu tragen. Durch dieses Schleierverbot verlor der Islamismus quasi seinen äußeren Ausdruck und das Markenzeichen der „traditionellen“ Weiblichkeit. Stattdessen sollte die „natürliche und moderne Frau“ eine dezidiert weibliche Rolle einnehmen. In diesem Zusammenhang erinnert sich Afsaneh Nadschmabadi, eine Forscherin zum Feminismus im Iran, an die Geschichte ihrer Mutter: „Nachdem Reza Schah das Schleierverbot von Frauen in der Öffentlichkeit angeordnet hatte (Januar 1936), arbeiteten sie und andere Frauen mehrere Tage lang mit dem Gesicht zur Wand, um den männlichen Blicken zu entgehen.“ [...] Aber „sobald sie sich an die Enthüllung gewöhnt hatten, eröffneten sich den Frauen so viele Möglichkeiten im öffentlichen Leben ... Es war eine Erfahrung, die sowohl unterdrückerisch als auch nachdrücklich emanzipatorisch war“.

In den Jahrzehnten vor der Februarrevolution von 1979 gab es im Iran keine Frauenbewegung. Was sich nach der konstitutionellen Revolution von 1906 und dann in den Jahren 1941–1953 gebildet hatte, wenn auch in sehr begrenztem Umfang, ging mit dem Staatsstreich von 1953 unter. In den Jahren der darauf folgenden Diktatur wurde die „Frauenfrage“ immer nur dann gestellt, wenn sie von der Regierung ausging und den Bedürfnissen der herrschenden Ordnung diente.

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg entsprach die kapitalistische Entwicklung im Iran den neuen Bedürfnissen des Weltkapitalismus und war vom iranischen Staat vorangetrieben worden. Der entsprechende gesetzliche Rahmen wurde manchmal schrittweise und manchmal abrupt geschaffen. Die ungleiche und kombinierte Entwicklung der Wirtschaft führte zu einer fragilen Kombination aus modernen Produktionssektoren und mit dem Imperialismus verbundenen Verwaltungsstrukturen einerseits und dem vorkapitalistischen Gesamtrahmen andererseits. Die daraus entstehenden spezifischen Probleme spiegelten sich auf verschiedenen Ebenen wider.

Dasselbe galt für die „Frauenfrage“. Um die alten sozialen Beziehungen mit der neuen Produktionsweise in Einklang zu bringen, wurden Gesetze aus entwickelten

kapitalistischen Ländern übernommen. In diesen Ländern waren sie durch jahrelange Kämpfe erkämpft worden, insbesondere die Rechte der Frauen. Die „emanzipierte Frau“ war das Aushängeschild, wenn vom „Iran an der Schwelle zu einer großen Zivilisation“ die Rede war. In den Großstädten begann ein nicht unerheblicher Teil der Frauen, außer Haus zu arbeiten. Diese Entwicklung verlief freilich bruchstückhaft und kollidierte mit der breit verankerten Rückständigkeit der Gesellschaft. Dasselbe galt für die wenigen Fabriken und agrarindustriellen Betriebe, die in der Masse der kleinen Werkstätten und Bauernhöfen untergingen, die kaum ihre Besitzer ernähren konnten.

Mit der Waschmaschine, dem Staubsauger, dem Gasherd etc. entstand das Bild der „neuen Frau“. Diese war nicht bloß Konsumentin, sondern gebildet, arbeitete und hatte Anspruch auf soziale Rechte. Gleichzeitig sollte sie eine gute Mutter für ihre Kinder und eine gute Ehefrau für ihren Mann sein. Dieses Bild wurde hochgehalten, damit die „große Zivilisation“ von der iranischen und internationalen Öffentlichkeit besser angenommen wurde. Dafür wurden Gesetze zum Schutz der Familie erlassen und das Wahlrecht für Frauen, die allgemeine Schulpflicht für Mädchen und Jungen, Zentren für Familienplanung, die auch Abtreibungen ermöglichten, öffentliche Kinderkrippen für Angestellte und Arbeiterinnen, die Berufsausbildung für Frauen etc. eingeführt.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern waren diese Rechte und Freiräume von den Frauen selbst mit viel Einsatz erkämpft worden. Im Iran wurden sie unvollständig und oberflächlich in das Bürgerliche Gesetzbuch und das Arbeits- und Sozialversicherungsrecht dekretiert. Aufgrund der rückständigen Bedingungen im Iran (Analphabetismus der Mehrheit der Frauen, vorkapitalistische Lebensbedingungen, untergeordnete Stellung der Frauen in traditionellen Familien) kamen diese Gesetze nur einer sehr kleinen Anzahl von Frauen zugute. Erst in den 1970er Jahren (am Ende der Herrschaft von Mohammad Reza Pahlavi) setzten sich die Vorteile, die einige dieser Gesetze mit sich brachten, weitgehend durch.

### ... und in der Revolution von 1979

Während der Monarchie standen die spezifischen Forderungen der Frauen nie im Vordergrund. Der Kampf für die Befreiung der Frauen besaß keine Tradition, geschweige denn, dass es feministische Organisationen gab. Diese Situation änderte sich auch nicht während des revolutionären Prozesses beim Sturz des Schahs, obwohl sich viele Frauen daran beteiligten. Es wird oft behauptet,

dass die massive Beteiligung von Frauen am Kampf gegen den Schah „eine der Besonderheiten der iranischen Revolution von 1979“ gewesen sei und dass der Grund für diese breite Beteiligung der Wunsch gewesen sei, „in das politische Schicksal der Gesellschaft einzugreifen“. Man darf jedoch nicht vergessen, dass ein erheblicher Teil dieser Demonstrantinnen zu den rückständigsten Schichten der Anhänger\*innen Imam Chomeinis gehörte. Sie waren nicht nur gegen den Schah aufgestanden, sondern auch gegen die Tatsache, dass „die Freiheit der Frauen“ von oben auferlegt worden war. Das Missverständnis dieses Problems ist eine der „Besonderheiten“ dieser Revolution und für die Sicht der „Frauenfrage“ ist das Verständnis dieses Aspekts sehr wichtig.

Es ist unstrittig, dass es in der Revolution von 1979 an einer Führung, einem revolutionären Programm und angemessenen Organisationen gefehlt hat – und dies betraf nicht nur die „Frauenfrage“. Diese Unzulänglichkeiten, Fehlverhalten und auch Verrat müssen in all ihren Aspekten untersucht werden, auch in der „Frauenfrage“. Nur so wird es möglich sein, die Gründe für das Scheitern der Frauenbewegung nach der Revolution zu verstehen und zu verhindern, dass sie sich in Zukunft wiederholen.

Innerhalb des Bündnisses zwischen dem Klerus und der liberalen Bourgeoisie übernahm die islamische Konterrevolution rasch die alleinige Führung im Kampf gegen den Schah. Danach offenbarte sie ihren reaktionären und frauenfeindlichen Charakter. Bei Demonstrationen mussten Männer und Frauen getrennt marschieren und Frauen ohne Kopftuch hatten außen vor zu bleiben. Von Anfang an wurden Frauen offen für die „Partei Gottes“ rekrutiert und in den Moscheen organisiert, um das Tragen des Tschadors durchzusetzen, wenn man sich nicht dem Verdacht der Prostitution aussetzen wollte. Zugleich wurden Demonstrationen säkularer politischer Kräfte von „Mitgliedern der Partei Gottes“ gewaltsam angegriffen. Da es jedoch in erster Linie um den Sturz des Schahs ging, blieb der Allgemeinheit das Wesen dieser ultrareaktionären Kräfte verborgen, die jede nicht von ihnen kontrollierte Bewegung unterdrückten, um die revolutionäre Dynamik der Bevölkerung zu kanalisieren.

### Die islamische Konterrevolution

Schon in den ersten Tagen nach dem Aufstand und der Stabilisierung der provisorischen Regierung wurden Chomeinis Befehle, Frauen aus dem gesellschaftlichen Blickfeld zu entfernen, nach und nach umgesetzt. Nach nur 20 Tagen wurde das Recht der Frauen, als Richterin tätig zu

sein, mit wenigen Zeilen abgeschafft und stattdessen der Schleierzwang breit thematisiert.

Die Ankündigung dieser Nachricht fiel mit dem Internationalen Frauentag 1979 zusammen. Ein Teil der Frauen, die mit offenen Angriffen auf ihre elementaren Rechte konfrontiert worden waren, hatte früher als andere die reaktionäre Natur des Regimes erkannt. Und zum ersten Mal seit Jahren nahmen sie an Straßendemonstrationen zur Verteidigung ihrer Rechte teil, eine Kampfmethod, die sie während des Aufstands erlernt hatten. Und trotz der allgemeinen Lage zwangen sie das Regime dazu, vorübergehend vom Schleierzwang abzurücken.

Mit der Stabilisierung der Konterrevolution begann der Angriff auf die Rechte der Frauen erneut. Da es keine konsequenten und organisierten Kämpfe der Frauen gab, folgten auf jeden Rückschlag weitere Einschränkungen ihrer sozialen und ökonomischen Situation. Mit jedem neuen Angriff der Machthaber ließ die Reaktion der Frauen nach und die Unterdrückung nahm zu, bis schließlich keine Gegenwehr mehr möglich war.

Das kämpferische Potenzial der Frauen in der ersten Zeit nach dem Aufstand zeigte, dass es durchaus möglich war, Kämpfe um bessere Rechte zu organisieren. Ihre selbsternannten „Führerinnen“ hatten jedoch keine offensive Strategie dafür parat. Sie verfügten auch nicht über eine Defensivstrategie und wichen vor der breiten Masse der Frauen in der Gesellschaft zurück. Das Ergebnis war, dass die soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern von Tag zu Tag krasser wurde und die Frauen die wenigen Rechte verloren, die ihnen vor 1979 gewährt worden waren.

Seither wurde die Frau nicht mehr als vollwertiger Mensch, sondern nur noch als halber Mensch betrachtet: „Die Frauen ihrerseits haben gemäß dem Anstand gleichermaßen Rechte und Pflichten. Aber die Männer haben dennoch ein Übergewicht über sie. Und Allah ist mächtig und weise“. (Koran, Sure Al-Baqara) Die islamischen Gebote nehmen den Frauen praktisch alle Rechte. Es sind die Bedürfnisse der islamischen Regierung und das Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution, die das Ausmaß der Beschränkungen in den Gesetzen bestimmen.

Frauen haben das Recht verloren, ihre Kleidung selbst zu wählen. Die „unverschleierte“ Frau galt als sozial aussätzig. Und wenn eine Frau sich weigerte, die diesen Herren genehme Kleidung zu tragen, wurde ihr Foto mit Kommentar an die Wände von Geschäften, Krankenhäusern, Büros etc. geklebt. Ihr wurde das Recht abgespro-

chen, einzukaufen, zu essen, sich medizinisch versorgen zu lassen, zu arbeiten, zu reisen, sich zu bilden etc. Darüber hinaus konnten der Ehemann, der Vater und der Bruder einer Frau ihr jeweils verbieten, zu arbeiten, zu reisen und sogar das Haus zu verlassen. Selbst Unterstützerinnen der Islamischen Republik wurden Opfer solcher Maßnahmen ... wenn die Regierung ihre aktive Beteiligung an ihren konterrevolutionären Manövern nicht mehr benötigte.

Die Verfassung, die von der Islamischen Versammlung verabschiedeten Gesetze, das Arbeitsgesetzbuch sowie die Vorgaben für das Arbeits- und Bildungsministerium und andere Regierungsbehörden stützten sich nun auf islamische Gebote. Hinter den hübschen Phrasen von den Müttern und Schwestern zementierten diese Gebote die Unterordnung der Frauen und ihre Verbannung aus dem gesellschaftlichen Leben. In den ersten Jahren der Islamischen Republik erschienen Hunderte von Büchern, Artikeln und Aufsätzen über die Rechte (in Wahrheit über die Rechtlosigkeit) der Frauen – alle unter dem Deckmantel der „Verteidigung der Tugenden und der Keuschheit der ehrbaren Frauen“. Sie gingen über bloße Zeitungsartikel oder Verfassungsänderungen hinaus und vernichteten letztlich die soziale Existenz der Frauen.

Mit etlichen Maßnahmen wurde eine regelrechte soziale „Säuberung“ durchgeführt: Entlassungen von Arbeiterinnen; Ausschluss von Frauen aus dem höheren öffentlichen Dienst; Propaganda gegen Frauenarbeit; Zulassungsbeschränkungen für Schulen, Berufsausbildung und Einstellung von Frauen in vielen Branchen, insbesondere in technischen Berufen und in der Landwirtschaft; Dezimierung der öffentlichen Kindertagesstätten und Verabschiedung von Gesetzen, die einem Teil der erwerbstätigen Frauen den Zugang zu Kindertagesstätten verbieten; und zuletzt Verabschiedung des Dekrets über die Halbtagsarbeit von Frauen.

Aber auch im privaten Bereich hat sich die Lage verschlechtert: Mütter werden dazu angehalten, zu Hause zu bleiben und ihre Kinder großzuziehen; die Rechte der Mütter über ihre Kinder wurden beschnitten und moderne Haushaltsgeräte von der Liste der Produkte gestrichen, deren Herstellung oder Einfuhr als notwendig erachtet wird; ein Großteil der Fabriken, die Fertigergerichte herstellen, wurde geschlossen; die medizinischen Einrichtungen für Frauen wurden reduziert und hohe Strafen für Abtreibungen eingeführt; Polygamie und „Zeitehen“ wurden zur religiösen Pflicht erklärt, um „den Bedürftigen zu helfen“.

Egal ob man die Beschneidung der sozialen Rechte der Frauen allein auf die kurzfristige Politik des Klerus



zurückführte – wie viele Frauen dachten – oder ob damit versucht werden sollte – wie viele linke Intellektuelle meinten – die Strukturkrise des iranischen Kapitalismus und das Problem der Arbeitslosigkeit zu beenden, bleibt eines klar: Diese Angriffe reichten bei weitem nicht aus, um die Krise des iranischen Kapitalismus zu lösen. All diese Maßnahmen sind nicht einfach vom Himmel gefallen. Ein Rückblick zeigt, wie sich der Klerus die Schaffung einer islamischen Gesellschaft schon früher vorgestellt hat, als diese noch nicht die Macht übernommen und die Lösung der strukturellen Krise der Gesellschaft nicht als Teil ihrer Pflichten angesehen hatten. Im Rahmen ihrer Kampagne gegen die soziale Gleichberechtigung von Frauen und Männern erklärten die Kleriker in den 1960er Jahren: „Die gegenwärtige Macht hat die Absicht, die Gleichberechtigung von Frau und Mann einzuführen und zu praktizieren, d.h. die Gebote des barmherzigen Korans mit Füßen zu treten“. (Chomeini in einer Erklärung vom März 1963) oder: „Die Gleichberechtigung von Mann und Frau und die Beteiligung der Frauen an der Gesellschaft, die Korruption und die Verbreitung von Lastern zur Folge hat, sind zu verabscheuen; helfen Sie der Religion Gottes“. (Erklärung vom Februar 1964).

Die reaktionären Bemühungen des Klerus, eine islamische Gesellschaft zu schaffen, reichen bis in die Zeit der konstitutionellen Revolution von 1906 zurück. Die Mullahs, diese geschichtsvergessenen Parasiten, stellten sich von Anfang an gegen jede Bewegung, die für neue gesellschaftliche Verhältnisse eintrat. Und wo immer für Demokratie, Freiheit und Modernität gestritten wurde, hielten sie dagegen „Die Religion kommt dabei zu kurz“.

Zu den Themen, die während und nach der konstitutionellen Revolution auf der Tagesordnung standen, gehörten auch Frauenrechte, wie Wahlrecht für Frauen, Schulen für Mädchen etc. Der Hauptgegner solcher Maßnahmen war der reaktionäre Klerus. Intellektuelle, die für Frauenrechte eintraten, wurden mit Exkommunikation bedroht. Als sich die kapitalistischen Verhältnisse im Iran allmählich durchsetzten, bröckelte die Machtbasis des Klerus. Sie verloren die Grundlagen, die es ihnen jahrzehntelang ermöglicht hatten, die Bevölkerung zu erpressen, da ihnen der moderne Staat den Zugriff auf Justiz, Finanzen, Pilgerfahrten, religiöse Stiftungen und Zuwendungen (Waqf) kürzte. Auch die religiösen Schulen wurden nach und nach unter die Aufsicht des nationalen Bildungswesens gestellt.

Der Klerus existierte fortan bloß mehr als rein ideologische Instanz, und selbst dort verlor er vor allem in den

Großstädten und unter den Jugendlichen an Einfluss. Da er in seinem Existenzkampf nicht die wesentlichen und strukturellen Grundlagen des Kapitalismus angreifen konnte, beschränkte sich der Klerus daher im Wesentlichen darauf, gegen die Erosion der traditionellen Familie und die soziale Aufwertung der Frau zu Felde zu ziehen. Der mit der Regierung Mossadegh verbündete islamische Führer, Navab Safavi propagierte Anfang der 1950er Jahre u. a. den Ausschluss von Frauen aus der Verwaltung und die Schleierpflicht für Frauen in der Öffentlichkeit. Auch nach der Revolution von 1979 standen diese beiden Punkte ganz oben auf der Agenda der islamischen Komitees, die von der ersten Regierung, die sich aus Liberalen und gemäßigten Islamisten zusammensetzte, gegründet wurden.

Neben der Landreform war einer der wichtigsten Gründe für Chomeinis Widerstand gegen die Weiße Revolution des Schahs die Ablehnung des Frauenwahlrechts. Alle religiösen Oppositionskräfte standen der Beteiligung von Frauen am gesellschaftlichen Leben feindlich gegenüber. Nicht, wie heute manchmal behauptet wird, bloß gegen ihre „verwestlichte“ Form, auch nicht gegen die Umwandlung der weiblichen Arbeitskraft in eine Ware für den kapitalistischen Markt. In der kapitalistischen Gesellschaft nimmt die Arbeitskraft stets die Form einer Ware an, unabhängig davon, ob es eine Frau oder einen Mann betrifft. Diese Warenbeziehungen, die die Gesellschaft beherrschen, können nur durch den Klassenkampf und den Aufbau des Sozialismus abgeschafft werden.

Der Klerus ist organisch mit der Klassengesellschaft verbunden. Und er lebt von ihr. Angeblich, um die Umwandlung der weiblichen Arbeitskraft in Waren zu bekämpfen, versucht er, die Frauen von der gesellschaftlichen Bühne zu verdrängen. Indem er sie in vorkapitalistischen Bindungen einpfercht und somit die Hälfte der Gesellschaft in die Rückständigkeit zwingt, bekämpft er nicht die Grundlagen des Kapitalismus, sondern führt Krieg gegen ein Symbol. „Die freie Frau“ war nämlich das Symbol, das von Reza Schah und seinem Sohn Mohammad Reza Schah hochgehalten wurde als Beleg für ihre angebliche Modernität. Die Kleriker haben es nun durch das Symbol der „verschleierte Frau“ ersetzt, als Inbegriff der Islamisierung der Gesellschaft.

### Frauen im Kreuzfeuer

Warum konnten diese Angriffe auf die Rechte der Frauen so weitgehend und dauerhaft durchgesetzt werden? Um diese Frage zu beantworten, muss man die Struktur des iranischen Kapitalismus und den verschwindend geringen

Anteil von Frauen in der Produktion sowie das Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution berücksichtigen.

Die Angriffe auf die sozialen Positionen der Frauen gingen in die gleiche Richtung wie die Lösungen, die der iranische Kapitalismus brauchte, um seine Krise zu überwinden: Entlassung von Frauen, Schließung von Kindergärten, Kürzung der Ausgaben für staatlich geförderte soziale Dienste etc. Natürlich waren diese Maßnahmen zur Lösung der Krise keine ausreichende Erklärung für die Angriffe des Klerus unmittelbar nach seiner Machtergreifung, als seine Herrschaft noch nicht stabilisiert war.

Zum einen entsprachen sie der Ideologie der herrschenden Reaktionäre und der Notwendigkeit, diese in der Gesellschaft zu verankern. Dabei kam ihnen entgegen, dass sie sich mit den Bedürfnissen des krisengeschüttelten Kapitalismus deckten. Zum anderen lag es am Ausbleiben eines organisierten Widerstands mit frauenspezifischen Anliegen. Man darf nicht vergessen, dass die Machthaber zur gleichen Zeit die revolutionäre Bewegung unter massiven Beschuss setzten. Die Praxis der iranischen Linken und ihre falsche Haltung zu verschiedenen Aspekten des revolutionären Kampfes – und insbesondere zur Frauenfrage – spielten dabei eine wichtige Rolle für den letztlichen Erfolg des Regimes.

Wie bereits erwähnt, hatten die Frauen während des Kampfes gegen das Schah-Regime keine eigenen Strukturen, während diejenigen, die um die Machtübernahme kämpften, sich zuvor monatelang vorbereitet hatten, um in die Öffentlichkeit zu treten. Unter ihnen gab es praktisch keine Frauen. Die Frauen der „Partei Gottes“ hingegen wurden von den Moscheen mit reaktionären Slogans auf die Straßen geschickt. Sie begannen etwa sechs Monate vor dem Aufstand im Februar 1979 an den Demonstrationen teilzunehmen, insbesondere in den Provinzen. Ab diesem Zeitpunkt wurden unverschleierte Frauen auf der Straße von ihnen beschimpft und manchmal verprügelt, vor allem an Tagen, an denen Demonstrationen stattfanden.

Obwohl viele Frauen an den Demonstrationen für den Sturz des Schahs und des diktatorischen Regimes teilgenommen hatten, gerieten sie nach der Einsetzung der Übergangsregierung ins Visier – just zu einem Zeitpunkt, an dem sie erstmals als Frauen für ihre Rechte eintraten.

### Die Frauenfrage in der Linken

Vor 1979 gab es im Iran eine Vielzahl von Organisationen, die sich auf den Marxismus-Leninismus, die Revolution und die Arbeiterklasse beriefen. In der Praxis begnügten

sie sich in der revolutionären Phase vor dem Aufstand damit, der Entwicklung nachzutragen, statt zu versuchen, ein eigenständiges Programm zu entwickeln, um den Kampf auf ein höheres Niveau zu heben, ihn zu organisieren und auf eine soziale Revolution auszurichten.

Gegenüber der Mobilisierung der Frauen waren diese linken Organisationen aus ihrer politischen Tradition heraus außerstande, sich zur Frauenbewegung klar zu positionieren und gemeinsame Aktionen zu unternehmen, auch wenn einige ihrer Mitglieder durchaus aufgeschlossen waren. Diese Schwäche der Linken zeigte sich später noch deutlicher, als die Angriffe auf die Frauenrechte zunahmen.

Nach 1953 und dem Verrat der Tudeh-Partei (einer moskaufreundlichen, stalinistischen Partei) folgten die linken Strömungen, die versuchten, mit der Moskauer Linie zu brechen, im Wesentlichen derselben Denkschule und ihren verschiedenen Varianten (insbesondere die pro-chinesischen, pro-kubanischen und pro-albanischen Gruppen). Im Angesicht der Revolution verfügten diese Organisationen über keine festen Positionen, die sie den Arbeiter\*innen hätten anbieten können, und liefen ihnen stattdessen besinnungslos hinterher. Das „Volk“ wurde für sie zu einem Fetisch, dem sie sich unterordneten, statt eine Perspektive zu weisen. Und wenn ein Arbeiter über die Ausbeutung sprach, waren sie begeistert und sahen die sozialistische Revolution in greifbarer Nähe.

Das Volk erschien ihnen umso revolutionärer, je zerrissener die Kleidung, je unbewohnbarer das Haus und je leerer die Taschen waren. Jeder, der auf Amerika schimpfte, geriet ihnen zum Antiimperialisten. Umgekehrt verschlossen sie die Augen vor konterrevolutionären Aktionen zum Nachteil der Demokratie, der Freiheiten, der Frauen, der Arbeiter\*innen, der Unterdrückung in Kurdistan etc.

Wir können hier nicht auf alle Aspekte dieser Schwäche der Linken während dieser Zeit eingehen. Es ist hingegen die Pflicht von Marxist\*innen, aus den Kämpfen, den Niederlagen und den Gründen dafür zu lernen. Organisationen, die sich auf den Kommunismus berufen, sollten die Frauenfrage zu einer ihrer obersten Prioritäten machen. Dies ist leider nicht der Fall. Die wenigen Übersetzungen marxistischer Bücher zu diesem Thema zeugen einerseits von der mangelnden Aufmerksamkeit der Linken für die Befreiung der Frauen, andererseits liefern sie eine Erklärung für die fehlenden Kenntnisse ihrer Basis zu diesem Thema.

Bar jeder Kenntnis von den Diskussionen, die seit Jahren in der internationalen Arbeiterbewegung geführt

wurden, wurden verschiedene abgedroschene Argumente vorgebracht: „Eine spezifische Intervention zugunsten der Frauen spaltet die Reihen der Arbeiterklasse“; „Die Verteidigung der Frauenrechte dient nur den bürgerlichen Frauen“; „Das ist die Sache der Liberalen“; „Es ist die Bourgeoisie, die am meisten von der Frauenbewegung profitiert, zum Beispiel hat sie in Chile den Putsch gegen Allende organisiert, indem sie die Frauen instrumentalisiert hat“. Mit solchen Sätzen wurde letztlich die Untätigkeit eines großen Teils der Linken in der Frauenfrage gerechtfertigt.

Ein relativ großer Teil der iranischen Linken war und ist der Ansicht, dass die soziale Gleichstellung von Frauen und Männern nur erreicht werden kann, wenn zuvor eine soziale Revolution stattgefunden hat. Dementsprechend wandten sie sich dagegen, dass ein spezifischer Kampf der Frauen vor der Revolution geführt werden muss. Diejenigen, die noch immer diesen überkommenen Vorstellungen nachhängen, übersehen, dass die soziale Revolution und die Abschaffung des Privateigentums an den Produktions- und Tauschmitteln auch den Höhepunkt des Kampfes für die Befreiung der Frau darstellen. Die soziale Revolution ist jedoch weder der Ausgangspunkt noch der Endpunkt des Kampfes der Frauen.

Die soziale Revolution ist der Organisation des Kampfes in den verschiedenen Bevölkerungsschichten, einschließlich der Frauen, untergeordnet. Es geht nicht darum, Däumchen zu drehen und zu denken, dass die Revolution von selbst kommt und alle unsere Probleme lösen wird.

In der revolutionären Propaganda wird oft behauptet, dass die Unterdrückung der Frauen durch die Revolution unter Führung der Arbeiterklasse beseitigt werden wird. Daraus folgt, dass man die Arbeiterklasse dazu bewegen muss, sich auf die Machtübernahme vorzubereiten. Außerdem muss sie in ihren Kämpfen den anderen unterdrückten Gesellschaftsschichten verdeutlichen, dass sie ihre eigenen Ziele erreichen können, wenn sie sich mit der Arbeiterklasse zusammenschließen.

### **Warum gibt es keine Frauenorganisationen im Iran**

An Bemühungen, solche zu gründen, hat es nicht gefehlt. Traditionell jedoch überwog in der iranischen Linken die Ansicht, dass die Frauen nicht nur die Hälfte der Arbeiterklasse ausmachten, sondern auch deren rückständigsten Teil darstellten. Also ging es darum, ihr Bewusstsein auf das gleiche Niveau wie in der Arbeiterklasse als Ganzes zu bringen und sie mit den Ideen der revolutionären Partei

vertraut zu machen, damit sie dann unter der Führung der Partei Seite an Seite mit der Arbeiterklasse für den Sieg der Revolution kämpfen konnten.

Anfang des 20. Jahrhunderts wurden einige Schritte in diese Richtung unternommen und die Bedeutung der Frauenfrage für die revolutionäre Partei hervorgehoben. Doch wie in vielen anderen Ländern auch stieß dies auf zahlreiche Hindernisse und, statt Fortschritte zu erzielen, gab es sogar Rückschritte. Dies hatte zur Folge, dass die Bemühungen um ein revolutionäres Programm unter Einschluss der Frauenbewegung über viele Jahre hinweg verschwindend gering waren. Die hauptsächlich stalinistisch orientierte iranische Linke war auch nicht in der Lage, die neuen Erfahrungen der weltweiten Arbeiterbewegung aufzugreifen. [...]

Im Iran ist das Buch *Lenin und das Problem der Frauenbefreiung*, das von Mariam Firouze, einer Führerin der Tudeh-Partei, übersetzt wurde, mustergültig für diese theoretischen Kunstgriffe im Namen von Lenin. Nach dem Sturz der Monarchie bewies diese Partei großes Geschick bei derlei Manövern. Das „Demokratische Frauenkomitee des Irans“ mit seiner Zeitung *Die Welt der Frau* versuchte einerseits, indirekt die Kompromisspolitik der Tudeh mit dem Mullah-Regime zu rechtfertigen, indem es dem in Frauenfragen mittelalterlichen Regime fortschrittliche Qualitäten zubilligte. Und auf der anderen Seite versuchte es, das Bewusstsein und die Kampfbereitschaft zu schärfen, ohne jedoch die von der Partei gesetzten Grenzen zu überschreiten.

In den drei Jahren ihres Erscheinens veröffentlichte die Zeitung unter anderem freundliche Kritik am Regime wegen der schwindenden Frauenrechte, Ratschläge an die Regierung, wie sie die Frauen kontrollieren und zur Unterstützung der Islamischen Republik bewegen könne, – also eine traditionalistische Ausrichtung ohne revolutionären Inhalt – sowie einige Artikel über die „gute Lage“ der Frauen in den Ländern des „sozialistischen Lagers“ als Hausfrau, Mutter, Kämpferin und Arbeiterin. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass sich Mitglieder der Tudeh von der Islamischen Republik angezogen fühlten.

Leider ist diese Haltung bei einem Großteil der iranischen Linken gang und gäbe. Die wenigen marxistischen Bücher, die ins Persische übersetzt wurden, wurden entweder von der Tudeh-Partei oder von Personen oder Organisationen übersetzt, die letztlich die Position der UdSSR rechtfertigten. Dieses monolithische Denken hatte einen verheerenden Einfluss auf junge Menschen,

die sich zum Marxismus bekannten. Ein Teil von ihnen (insbesondere die Guerillagruppe der Volksfedayin) stand unter dem Einfluss des Stalinismus, hauptsächlich über die Tudeh-Partei oder Strömungen, die aus dieser Formation hervorgingen. Sie waren nicht in der Lage, ein Programm zu entwickeln, das die Emanzipation der Frauen und ihre Organisierung vorantrieb. Ebenso wenig waren sie in der Lage, marxistische Schriften und die Erfahrungen, die die Arbeiter- und Frauenbewegung über Jahre hinweg weltweit gesammelt hatten, bekannt zu machen.

Vor etwa anderthalb Jahrhunderten verfasste Engels in *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* ein klares sozialistische Programm zur Aufhebung der Frauenunterdrückung: „Nun gehn wir einer gesellschaftlichen Umwälzung entgegen, wo die bisherigen ökonomischen Grundlagen der Monogamie ebenso sicher verschwinden werden wie die ihrer Ergänzung, der Prostitution. Die Monogamie entstand aus der Konzentrierung größerer Reichtümer in einer Hand- und zwar der eines Mannes - und aus dem Bedürfnis, diese Reichtümer den Kindern dieses Mannes und keines andern zu vererben. Dazu war Monogamie der Frau erforderlich, nicht des Mannes, so daß diese Monogamie der Frau der offenen oder verdeckten Polygamie des Mannes durchaus nicht im Wege stand. Die bevorstehende gesellschaftliche Umwälzung wird aber durch Verwandlung wenigstens des unendlich größten Teils der dauernden, vererbaren Reichtümer – der Produktionsmittel – in gesellschaftliches Eigentum diese ganze Vererbungssorge auf ein Minimum reduzieren. (...) Die Lage der Männer wird also jedenfalls sehr verändert. Aber auch die der Frauen, aller Frauen, erfährt bedeutenden Wechsel. Mit dem Übergang der Produktionsmittel in Gemeineigentum hört die Einzelfamilie auf, wirtschaftliche Einheit der Gesellschaft zu sein. Die Privathaushaltung verwandelt sich in eine gesellschaftliche Industrie. Die Pflege und Erziehung der Kinder wird öffentliche Angelegenheit; die Gesellschaft sorgt für alle Kinder gleichmäßig, seien sie eheliche oder uneheliche. Damit fällt die Sorge weg wegen der „Folgen“, die heute das wesentlichste gesellschaftliche – moralische wie ökonomische – Moment bildet, das die rücksichtslose Hingabe eines Mädchens an den geliebten Mann verhindert. Wird das nicht Ursache genug sein zum allmählichen Aufkommen eines ungenierteren Geschlechtsverkehrs und damit auch einer laxeren öffentlichen Meinung von wegen jungfräulicher Ehre und weiblicher Schande?“

Und heute, hundertfünfzig Jahre später, haben unsere moral- und familienversessenen Marxisten diese Orientie-

rung aus ihrem Programm gestrichen, sie auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern reduziert und noch nicht einmal für die ferne Zukunft versprochen.

Ein weiterer Grund für die Schwäche der angeblich revolutionären kleinbürgerlichen Gruppen im Iran war ihre Volkstümelei. Die kulturelle Rückständigkeit der Mehrheit unserer jungen Revolutionäre war so groß, dass sie glaubten, Armut sei die Quelle der Revolution, und daher verkärten sie sie. Ihr Credo lautete: „Der Schleier ist nicht das Problem unserer Arbeiterinnen“, „Das Recht auf Abtreibung ist bürgerlich und passt nicht zu den religiösen Vorstellungen des Volkes“ und ähnliches.

Wenn die Arbeiter\*innen gewusst hätten, dass der Schleierzwang ein Angriff auf ihre Rechte ist, wenn sie gewusst hätten, warum das reaktionäre Regime Abtreibungen ablehnt und welche überragende Bedeutung die Meinungsfreiheit für den Sturz kapitalistischer Regime haben kann, welchen Nutzen hätten ihnen dann revolutionäre Intellektuelle gebracht?

Tatsächlich hatte die Bevölkerung in all diesen Fragen weniger Illusionen, als die kleinbürgerlichen Intellektuellen, die sich als links bezeichneten, dachten. Eine der Lehren aus der Revolution von 1979 war, dass die Arbeiter\*innen sich dessen viel bewusster waren als sie. Kianouri, der Führer der Tudeh-Partei, schrieb in seinen Memoiren: „Der katastrophale Fehler der Revolution liegt darin, dass die Menschen zu radikal und zu links waren“. Es gab jedoch Einzelne und insbesondere Frauen, die die kämpferischen Kräfte zusammenschließen versuchten, damit die Frauen sich zur Verteidigung ihrer Rechte organisieren konnten. Doch ihre Zersplitterung, ihre numerische Schwäche und ihre begrenzten Möglichkeiten, den Kampf programmatisch vorzubereiten, hinderten sie daran, die Ereignisse ernsthaft beeinflussen zu können.

### **Die Lehren aus der gescheiterten Revolution**

Unter dem Schah war der Widerstand der Frauen gegen die Unterdrückung in erster Linie individuell und nicht kollektiv gewesen. Die eingeschränkten Rechte, die sie bekommen hatten, waren ihnen von oben herab gewährt worden. Sie betrachteten diese Rechte als so selbstverständlich und hatten ein solches Selbstbewusstsein erlangt, dass sie sich verschleierten, um an den Demonstrationen vor dem Aufstand teilzunehmen, und dabei die Augen vor den dunklen Absichten des Klerus für die Frauen verschlossen. Sie sahen darin eine politische Notwendigkeit und glaubten, dass sie danach den Schleier ablegen würden. Somit ordneten sie ihre Teilnahme am Kampf der

Führung anderer unter. Mit anderen Worten: Sie kämpften nicht unabhängig, weil der Boden dafür nicht bereitet worden war.

Da die Frauen vor 1979 einige Rechte genossen hatten, ohne dafür gekämpft zu haben, forderten sie während des Aufstands nicht die Ausweitung dieser Rechte, obwohl selbst diese wenigen Rechte nicht für alle Frauen galten. Die Frauen gingen also in den Kampf, ohne eigene Forderungen nach ihrer Befreiung und dem Ende der sexuellen Unterdrückung in der Gesellschaft zu stellen. Schon wenige Tage nach dem Aufstand war der Optimismus verschwunden. Die Frauen waren überrascht und hilflos angesichts der beginnenden Angriffe des islamischen Regimes. Trotzdem wehrten sich einige Frauen, vor allem diejenigen, die die wenigen Rechte, die ihnen zuvor gewährt worden waren, ausprobiert hatten, und gingen auf die Straße.

Diesmal trat eine eigene Frauenbewegung auf den Plan. Eine spontane Bewegung, ohne Erfahrung, ohne Programm, ohne Organisation und ohne Perspektiven. Doch je länger diese andauerte, desto offensichtlicher wurden ihre Schwächen. Einige linke Organisationen und radikale Intellektuelle leisteten zunächst zaghafte Unterstützung für die Frauenbewegung. Doch schon bald fingen sie an, die Bewegung für ihre Schwäche zu kritisieren und letztlich zu boykottieren. Sie erwarteten von dieser unerfahrenen und unorganisierten Bewegung Antworten auf Probleme, für die sie selbst keine parat hatten. Und die Bemühungen einiger, insbesondere weiblicher Mitglieder verschiedener politischer Organisationen, der Frauenbewegung eine Perspektive zu bieten, wurden regelrecht sabotiert. Während das Regime die Unterdrückung verschärfte, griff es auch die Rechte der Frauen immer stärker an. Und die Frauenrechtler\*innen, die am Kampf teilgenommen hatten, wurden demoralisiert und hilflos in die Untätigkeit getrieben.

Mit dem zunächst verhängten Schleierzwang an öffentlichen Orten hörten die Angriffe auf die Rechte der Frauen nicht auf. Nicht nur deren rechtliche und politische Freiheiten gerieten ins Visier, sondern auch ihre sozio-ökonomische Stellung. Die Rechte der Frauen müssen als Ganzes betrachtet werden und ein Angriff auf Teile davon stellt sie auch als Ganzes infrage, da er nur Vorbote späterer Angriffe ist. Der einzige Weg zur Verteidigung dieser Rechte sind die Kämpfe der Frauen selbst. Aber es fehlte ihnen nicht nur eine Strategie zur Verteidigung dieser Rechte sondern auch eine offensive Strategie, die die Frauenbewegung vorantreiben und ihr Perspektiven

weisen und somit weitere Frauen, gerade die am härtesten unterdrückten, gewinnen konnte. [...]

Das Fehlen einer revolutionären Führung der Frauenbewegung führte zu einer Trennung zwischen dem Kampf für mehr Freiheiten und demokratische Rechte der Frauen und den Kämpfen in der gesamten Gesellschaft. Die Frauen konnten nicht spontan die Verbindungen zwischen ihrem spezifischen Kampf und anderen Kämpfen erkennen: dem Kampf der Arbeiterräte, die in den Betrieben entstanden, dem Kampf des kurdischen Volkes für das Recht auf Selbstbestimmung, dem Kampf für Meinungsfreiheit etc. Sie waren nicht in der Lage, sich mit anderen Kämpfen zu identifizieren. Und umgekehrt wurde der spezifische Kampf der Frauen nicht von anderen Bewegungen unterstützt. Die fehlende Koordination zwischen all diesen Kämpfen führte zum Scheitern der Bewegung.

Es ist unrealistisch, dies alles von spontanen Bewegungen zu erwarten. Die Erfahrung hat wieder einmal gezeigt, dass der Kampf der Frauen eine revolutionäre Führung benötigt hätte, die gleichzeitig in der Lage ist, die Frauen für die Erfüllung ihrer spezifischen Forderungen zu organisieren und auf die notwendige Koordination zwischen diesem Kampf und anderen Kämpfen hinarbeiten. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Frauen ihren Kampf hintanstellen und darauf warten sollten, dass die sozialistische Revolution in Einheit mit dem Proletariat die materielle Grundlage für ihre Befreiung schafft. Dies ist eine Lektion, die sie im Laufe ihres Kampfes verstehen werden. Auch hier ist es die Pflicht von Revolutionär\*innen, die Schwächen und Stärken des Kampfes zu erfassen, um die Sache voranzutreiben.

Ein weiterer interessanter Punkt ist die soziale Herkunft der Frauen in der Bewegung. Die große Mehrheit von ihnen waren gebildete Frauen: Büroangestellte, Krankenhauspersonal und Lehrerinnen. Sie hatten mehr als andere von den Rechten profitiert, die den Frauen unter dem Schah zugestanden wurden. Und das wurde von einigen linken Kräften als Vorwand benutzt, um ihre ablehnende Position zu rechtfertigen.

### **Welche Organisation brauchen die Frauen?**

Die derzeitige iranische Frauenbewegung kann den Weg dafür ebnen, die enorme Kraft der Frauen in einer Organisation zu bündeln, die für ihre Emanzipation kämpft. Sie könnte zu einem mächtigen Instrument gegen die Reaktionen, Opportunisten und Verteidiger des kapitalistischen Systems werden, die aufgrund ihrer eigenen Interessen an der Unterdrückung der Frauen beteiligt sind. Diese Art

von Organisation wird nicht von oben oder von einigen wenigen Frauengruppen geschaffen werden können. Diese Organisation muss aus dem Herzen des Kampfes und der Bewegung der Frauen selbst hervorgehen.

Jeder Kampf für die Beseitigung der sexuellen und sozialen Diskriminierung der Frauen und jeder Fortschritt auf diesem Weg stellt schnell die alten gesellschaftlichen Verhältnisse, die Vorurteile und die Basis der patriarchalischen Familie in Frage, die den Haupttransmissionsriemen der Klassenverhältnisse bildet. Und im Laufe dieses Prozesses wird die Notwendigkeit einer eigenen Organisation der Frauen immer deutlicher werden, da immer mehr von ihnen dann erkennen, dass mit der richtigen Führung der Weg zur Emanzipation möglich ist.

Die Existenz einer autonomen Frauenbewegung ist unerlässlich, um die große Masse der Frauen davon zu überzeugen, dass ihr spezifischer Kampf gemeinsam mit den anderen Unterdrückten und Ausgebeuteten geführt werden muss, und um den Kampf für das Ende jeglicher Unterdrückung vorzubereiten. Eine solche Organisation kann nicht künstlich entstehen, sondern braucht eine Führung, die in der Lage ist, sie zu strukturieren und zu leiten. Bleibt die Frage, wie diese aussehen könnte.

Das Problem der Gleichstellung von Frauen und Männern ist nicht nur eine rechtliche Frage und kann auch nicht allein mit der Erlangung gleicher juristisch-politischer Rechte für Frauen gelöst werden. Die Diskriminierung beruht auf der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und verweist letztlich auf einen bestimmten Moment in der Sozialgeschichte, mit einer bestimmten Arbeitsteilung, die Frauen und Männern unterschiedliche Aufgaben in der Sphäre der gesellschaftlichen Produktion zuweist.

Die Voraussetzung für die vollständige Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist die Existenz einer Gesellschaft, die von dieser alten Arbeitsteilung befreit ist. Wie die Befreiung der Arbeiterklasse und anderer unterdrückter Gesellschaftsschichten hängt auch die Befreiung der Frauen von der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft und der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft ab, die frei von jeglicher gesellschaftlicher Arbeitsteilung ist, und damit auch von der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau.

### **Revolutionäre Parteien und Frauenbewegung**

Die volle Beteiligung der Frauenbewegung an der Revolution ist nur möglich, wenn es eine Kraft gibt, die von der Unterdrückung der Frau und ihrem Befreiungskampf ein materialistisches Geschichtsverständnis, eine wissenschaftliche Sicht und ein dialektisches Bewusstsein über die

Logik des Kampfes hat. Das heißt, eine revolutionäre sozialistische Führung, die es ermöglicht, diesen Kampf konsequent bis zum Ende zu führen und ein Bündnis zwischen der Frauenbewegung und den sozialistischen Kämpfen des Proletariats herzustellen.

Die Genossinnen müssen sich beim Aufbau einer autonomen Frauenbewegung umfassend engagieren, die weite Teile der Frauen umfasst, auf innerer Demokratie beruht und die Pluralität der an diesem Prozess beteiligten politischen Strömungen respektiert. Nur so können die Revolutionär\*innen das Vertrauen der Frauen gewinnen, zur Vereinheitlichung ihrer Kräfte beitragen, die Instrumentalisierung der Frauenbewegung durch bürgerliche Strömungen bekämpfen und erreichen, dass ihre Positionen in der Frauenbewegung hegemonial werden.

Um dies zu erreichen, müssen sie ihr unabhängiges Programm innerhalb der breiten Frauenbewegung vertreten und sich an einer unabhängigen Tendenz der Frauen beteiligen, die die sozialistische Revolution befürworten. Nur so kann die Frauenbewegung an einer revolutionären Ausrichtung festhalten. Zwar wird ansonsten das kämpferische Potenzial der Frauen nicht verschwinden, aber ihre Ziele werden sich auf die mit den Interessen der Bourgeoisie vereinbaren Forderungen beschränken. Die Frauenbewegung könnte sich dann zu einem Hebel in den Händen der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und letztlich gegen die Frauen selbst entwickeln.

In der gegenwärtigen Situation kommt der Existenz einer Frauenbewegung, die programmatisch auf die sozialistische Revolution ausgerichtet ist, eine herausragende Bedeutung zu. Im Iran können Frauen, die sich innerhalb der Frauenbewegung engagiert haben, selbst in kleinen Organisationen eine große Hilfe sein, um diese Erfahrungen zu kapitalisieren und daraus zu lernen. Dies wird sich nicht nur auf die Frauenbewegung auswirken, sondern auch auf Teile der Linken, die sich bei dieser Gelegenheit von einigen ihrer kleinbürgerlichen Vorstellungen freimachen können. [...]

Dem klerikalen Regime die Stirn zu bieten, war eine der größten Errungenschaften dieser Bewegung. Die Porträts von Führern des Regimes zu verbrennen, Seminare in Brand zu stecken, die Turbane der Mullahs öffentlich fallen zu lassen und sie auf eine Weise lächerlich zu machen, greift das Regime mehr an, als bloße Beleidigungen gegen die Person des Obersten Führers Khamenei auszusprechen. Damit ist der sakrosankte Status dieses politischen Regimes für immer gebrochen.

Einige unterdrückte ethnische Minderheiten haben sich der Zensur entledigt und ihre missachteten nationalen

Rechte eingefordert. Die Tatsache, dass heute jeder von den Belutschen und Belutschistan gehört hat, ist eine unwiderrufliche Errungenschaft. Diese erwachten Nationen dürfen nicht in die Vergessenheit der öffentlichen Meinung zurückgeschickt werden. [...]

Die Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ profitiert einerseits von ihrer Originalität und andererseits von der Perspektivlosigkeit der herrschenden Politik. Es ist noch nicht klar, in welcher Form sie triumphieren und welche Etappen sie durchlaufen wird, aber sie ist unumkehrbar, auch wenn sie Schwankungen unterliegt.

### Die Schwächen der Bewegung

Die Bewegung hat wichtige positive Veränderungen in der Gesellschaft und in der Politik bewirkt. Sie hat aber auch große Lücken, die geschlossen werden müssen, um sie weiter und auf eine höhere Ebene zu bringen:

- Das Fehlen eines klaren strategischen Ziels. In dieser Phase können Zweideutigkeiten zu ernsthaften Problemen führen. Die iranische Gesellschaft braucht einen tiefgreifenden Wandel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, um ein säkulares, demokratisches und soziales System zu errichten, das das herrschende theokratische, sozial ungerechte und korrupte Regime ersetzt.

- Die Art und Weise, wie dieses Ziel erreicht wird, ist mindestens genauso wichtig wie das Ziel selbst! Der Mangel an einer klaren politischen Strategie des derzeitigen Aufstands und seiner wichtigsten Elemente ist besonders schwerwiegend. Eine demokratische und säkulare Bewegung muss sich in erster Linie auf die verschiedenen sozialen Bewegungen stützen, um dort ihre politische Strategie zu verankern. Die noch immer mangelnde Vernetzung der Protestbewegung mit den zivilgesellschaftlichen Verbänden und Gewerkschaften ist eine der größten Schwächen, die dringend behoben werden muss. Um die Bewegung auszudehnen und voranzubringen, ist eine Konvergenz zwischen all diesen Kräften und Bewegungen erforderlich.

- Die Kluft zwischen den Generationen: Die iranische Gesellschaft zählt 85 Millionen Einwohner\*innen, von denen 86 % nach der Revolution von 1979 geboren wurden. Die Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen (die sogenannte Generation Z) macht 22 % der Gesamtbevölkerung aus (über 18 Millionen Menschen) und die der 30- bis 64-Jährigen 47 % (über 39 Millionen). Eine der Folgen ist das Fehlen einer gemeinsamen Sprache und Kommunikation zwischen der jüngeren Generation und den älteren Generationen. Es ist in der Tat notwendig, dass die verschiedenen Generationen einander kennenlernen, verstehen und

sich gegenseitig ermutigen. Wenn die jüngere Generation beispielsweise nicht weiß, wie die ältere Generation die Revolution von 1979 erlebt hat, schadet dies der aktuellen Bewegung und der Zukunft der Gesellschaft. Die Existenz einer Kluft zwischen den Generationen ist das Ergebnis eines historischen und sozialen Prozesses. Es handelt sich nicht um eine unüberwindbare Mauer.

### Der Repressionsapparat

[...] Angesichts der fortdauernden Mobilisierungen sieht das „Krisenmanagement“ des Regimes keinen anderen Ausweg, als zu versuchen, das Feuer mit den einzigen verfügbaren Mitteln zu löschen, nämlich Repression und insbesondere Mord. [...] Auch wenn wir davon noch weit entfernt sind, wird der Sturz der Islamischen Republik keine echte Revolution sein, wenn er sich darauf beschränkt, die Mullahs zu vertreiben. Denn dies würde auch den Sturz der bestehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, ihre Ersetzung durch die Souveränität und Selbstverwaltung der Massen und die Einführung der politischen und wirtschaftlichen Demokratie erfordern, d. h. eine soziale Revolution.

Einer der wichtigsten Unterschiede zu 1979 betrifft den Charakter der Armee und die Art und Weise, wie die Repressionskräfte eingreifen. Unter dem derzeitigen Regime wird der Sturz des Unterdrückungsapparats viel komplizierter sein als zur Zeit des Schahs. 1979 hatte der Schah Massaker angeordnet und dabei auf Gewehre, gepanzerte Fahrzeuge und sogar Panzer und Hubschrauber gesetzt. Doch das Militär stand auf den Straßen rund 20 Millionen Menschen gegenüber, die Nelken in die Gewehrläufe der Soldaten steckten und skandierten „Die Armee ist unser Bruder“.

Es ist unwahrscheinlich, dass sich das Szenario von 1979 wiederholen wird, als die Armeeführung den Schah plötzlich fallen ließ und den Sturz des Regimes ermöglichte. Die Militärs hatten sich lediglich dem neuen Kurs der USA und der europäischen Länder, die die iranische Armee letztlich unter Kontrolle hatten, angepasst. Diese Staaten hatten im Januar 1979 beschlossen, den Schah fallen zu lassen und die Machtübernahme durch Chomeini zu beschleunigen.

Heute sind die Struktur der Repressionskräfte, die Moral ihrer Mitglieder und die Art und Weise, wie sie kämpfen, völlig anders. Im Gegensatz zu 1979 stehen die Iraner\*innen nicht unerfahrenen Wehrpflichtigen, die zur Niederschlagung von Straßenunruhen ungeeignet und psychologisch anfällig sind, sowie einigen gewalttätigen

Schlägerbanden gegenüber. Neben der Armee verfügt die Islamische Republik über das erfahrene Korps der Revolutionsgarden sowie über die Basidsch-Milizen, die den faschistischen Charakter dieses Regimes besonders prägen.

Es gibt auch Banden, deren Mitglieder von der Bevölkerung als „Agenten in Zivil“ angesehen werden. Sie werden unter den Schlägern der Stadtviertel organisiert und ausgebildet. Es gibt auch Kriminelle, die zu langen Haftstrafen verurteilt wurden und im Gegenzug für ihre Dienste Lebensmittelrationen oder Strafmilderung erhalten. Bisher zeigen die verschiedenen Komponenten des Repressionsapparats keine Schwächen. Alle nehmen mehrmals im Jahr an Übungen teil, die sie für den Umgang mit städtischen Unruhen trainieren, und werden seit Jahren gegen sämtliche Proteste eingesetzt.

### **Der Geheimdienst**

Der Sicherheitsapparat des Schah-Regimes bestand aus dem Spionageabwehrdienst der Armee und der SAVAK. Jeder Institution und Organisation war ein Informant der SAVAK zugeteilt. Die Islamische Republik schuf gleich sechzehn Geheimdienstinstitutionen, die jeweils unabhängig von den anderen sind.

Es wurde ein „Sicherheitsbüro“ eingerichtet, das aus zahlreichen fanatischen Basidsch-Söldnern besteht. Diese wirken in allen öffentlichen und privaten Einrichtungen, Universitäten, Schulen, Krankenhäuser, Fabriken, Büros etc. als Arbeiter, Büroangestellte, Krankenschwestern, Fahrer, Lehrer, Studenten etc. Sie erhalten vorrangig Arbeitsplätze, können nicht entlassen werden und erhalten zusätzliche Prämien. Für ihre Familien werden spezielle Feriendörfer und Freizeitzentren zur Verfügung gestellt. Sie profitieren von Steuerbefreiungen, der Befreiung von Schulgebühren, der Befreiung von Aufnahmeprüfungen an Universitäten etc. Im Gegenzug sind sie bereit, jedes Verbrechen und jede abscheuliche Tat zu begehen, um diese Vorteile zu behalten. Darüber hinaus erhalten sie Lebensmittelrationen und Aufstiegschancen, wenn sie Kollegen oder Mitbrüder denunzieren und/oder direkt zu deren Unterdrückung beitragen.

Daneben arbeiten für den Geheimdienst die islamischen Verbände, Islamräte, Arbeiterhäuser sowie Wachleute in Fabriken, Universitäten, Büros, Krankenhäusern etc. als Außenstellen des Sicherheitsapparats und dessen Büttel.

### **Die Manöver der rechten Opposition**

Die Rechten in der iranischen Opposition wollen den derzeitigen Aufstand auf die Erfüllung der Forderungen der

Frauen beschränken. Und die Regierungen und Parlamente der imperialistischen Länder unterstützen diese Position. Die iranische und internationale Rechte kann nicht akzeptieren, dass der aktuelle Aufstand neben der Befreiung der Frauen auch radikale Forderungen auf wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ebene vertritt.

Sie reduziert die aktuelle Bewegung bewusst auf die Ablehnung des Schleierzwangs in der Öffentlichkeit, obwohl es sich in Wirklichkeit um einen radikalen Kampf gegen das Patriarchat handelt, auch wenn dies im derzeitigen Stadium des Aufstands nicht immer klar ersichtlich ist. Es ist kein Zufall, dass diese rechten, bis ins Mark konterrevolutionären Strömungen sich im Allgemeinen darauf beschränken, unermüdlich nur die Slogans „Frau, Leben, Freiheit“ zu wiederholen und sie manchmal durch den reaktionären Slogan „Mensch, Vaterland, Wohlstand“ und „Die Mullahs müssen verschwinden“ zu ergänzen.

„Frau, Leben, Freiheit“ steht in klarem Gegensatz zum inhärent frauenfeindlichen und mörderischen Regime der Mullahs und ist deshalb ein ausdrucksstarker und effektiver Slogan. Wenn er jedoch im Gegensatz zu Slogans skandiert wird, die auf eine Veränderung der gesamten bestehenden Ordnung abzielen, kann er dazu benutzt werden, Forderungen nach einer sozialen Revolution an den Rand zu drängen. Bisher ist die Bewegung selbst leider noch nicht in das Stadium eingetreten, in dem sie radikale Forderungen aufstellt. [...]

Bei den Demonstrationen vertritt die soziale Bewegung von Arbeiter\*innen, Frauen, ethnischen Minderheiten etc. noch nicht ihre spezifischen sozialen Forderungen als Gesamtheit. Alle beteiligen sich als Einzelpersonen und als einfache Bürger\*innen. Allerdings macht die Virulenz der Repression ein anderes Vorgehen schwer. Durch diese fehlende Differenzierung ergab sich eine Art „Arbeitsteilung“ für den Sturz des Regimes: die Einen kämpfen vor Ort und opfern sich, die Anderen außerhalb der Grenzen schmieden Pläne, um später die Beute zu kassieren und die Nachfolge des Regimes anzutreten.

Vor September 2022 befürwortete nur die linke und revolutionäre Opposition einen Sturz der Macht durch das Volk. Die rechte Exilopposition verließ sich auf eine militärische Intervention der Imperialisten, um der Islamischen Republik ein Ende zu bereiten. Inzwischen aber beruft sich iranische Rechte auf den derzeitigen Aufstand und hofft, danach die Macht an sich reißen zu können. Sie fürchtet jedoch zu Recht, dass die Mobilisierungen der Bevölkerung auch nach dem Sturz des islamischen Regimes weitergehen werden. Ihre verschiedenen Fraktionen



vervielfachen daher ihre Kontakte zu den verschiedenen ausländischen Großmächten, um zu sehen, welche von ihnen sie nach dem Sturz des Regimes an die Macht bringen könnten.

### Die Hauptunterschiede zu 1979

Der aktuelle Aufstand entwickelt sich unter ganz anderen Bedingungen als der Aufstand gegen den Schah. 1979 war die große Mehrheit der Iraner\*innen, ob religiös oder säkular, städtisch oder ländlich, intellektuell oder ungebildet, angewidert vom Schah-Regime, perspektivlos und vereint in dem Slogan „Tod dem Schah!“. Heute haben die Iraner\*innen, die gemeinsam auf der Straße für den Sturz des Regimes kämpfen, Zukunftspläne, insbesondere die jüngere Generation, Frauen und Arbeiter\*innen. Anders als 1979 sind sie keine bloße Herde, die bereit ist, sich auf einen „Retter von oben“ zu verlassen. Dies ist ein qualitativer Wandel im Vergleich zu damals. [...]

Während der Revolution von 1979 gelangte vor dem Hintergrund des geringen politischen Bewusstseins infolge der Unterdrückung aller linken, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte durch das Schah-Regime ein charismatischer Führer namens Chomeini an die Macht. Heute ist das Bewusstsein der Massen größer als 1979. Doch die aktuelle Bewegung verfügt weder über glaubwürdige charismatische Führer\*innen, noch über politische Parteien oder einen Generalstab. Daher gibt es innerhalb der revolutionären Bewegung derzeit keine übergreifende Koordination, sondern ihr Vorankommen beruht auf tagesaktuellen Entscheidungen kleiner informeller Gruppierungen. Selbst wenn sie sich koordinieren können, gelingt es ihnen nicht, eine umfassende revolutionäre Strategie zu formulieren und so den Weg zum Sieg zu ebnet – ein Manko, das ihre Gegner ausnutzen. [...]

Nach dem Verfassen dieses Textes erreichte uns eine Erklärung aus dem Iran, die einige Antworten auf die geäußerten Bedenken enthält und mit der wir hier abschließen wollen. In einem Artikel von Babak Kia wird sie wie folgt dargestellt:

An vorderster Front im Kampf gegen die Islamische Republik haben rund 20 unabhängige Gewerkschafts- und Bürgerorganisationen aus dem Inland am 15. Februar eine Erklärung und eine wichtige Forderungsplattform veröffentlicht. Diesen Organisationen schlossen sich zahlreiche Studenten- und Universitätsverbände sowie militante Netzwerke im Land an. Der Text verbindet demokratische (Abschaffung der Todesstrafe, der Folter,

der Organisationsfreiheit usw.), feministische, LGBTQI+, ökologische, soziale sowie nationale und religiöse Minderheiten betreffende Forderungen.

Die Erklärung fordert die Beschlagnahmung des von den Würdenträgern des Regimes angeeigneten Eigentums und prangert die Freiheitsberaubung an, die die Iraner\*innen sowohl unter der Monarchie als auch in den letzten 44 Jahren erlitten haben.

Dieses Manifest fordert insbesondere die Einführung einer radikalen Demokratie von unten. Es stellt einen Aufruf dar, für eine radikale soziale Transformation zu kämpfen.

Diese Forderungen sind natürlich mit dem derzeitigen diktatorischen Regime unvereinbar, aber auch mit dem reaktionären, liberalen, patriarchalen, großpersischen und autoritären Vorhaben, das von Reza Pahlavi und Co. vorangetrieben wird. Übrigens haben monarchistische Netzwerke dieses Manifest heftig angegriffen.

Es ist die Pflicht antikapitalistischer und revolutionärer Aktivist\*innen, den radikalen Kampf gegen die Islamische Republik zu unterstützen. Es ist auch die Pflicht der radikalen Linken, die imperialistischen Machenschaften der Großmächte und der reaktionären Kräfte im Iran anzuprangern. Der Ausgang des derzeitigen Aufstands ist entscheidend für alle Völker, die gegen religiösen Fundamentalismus, autoritäre und diktatorische Staaten sowie gegen die imperialistischen Mächte kämpfen.

Aus: *inprécor* 705/706

Übersetzung und Kürzungen: MiWe



# EIN RECHTMÄSSIGER PLATZ FÜR TAIWAN

Lange waren die VR China und die Kuomintang-Regierungen auf ihrem Rückzugsgebiet Taiwan darin einig, dass es nur ein China gebe und sie selbst jeweils die legitimen Alleinvertreter Gesamtchinas seien. Erst in jüngster Zeit rückt die Frage des Selbstbestimmungsrechts für Taiwan immer stärker in den Vordergrund.

■ **Au Loong-Yu**

Peking begnügt sich neuerdings nicht mehr mit militärischen Manövern, sondern hat im August 2022 ein *Weißbuch* zur Taiwan-Frage veröffentlicht – in der Absicht, seine Politik des „einzigsten China“ auf den letzten Stand zu bringen. Ein einziges China? Aber welches?

Peking setzt alles daran, um die Welt davon zu überzeugen, dass seine Politik auf folgenden Prämissen beruht:

1. Es gibt nur ein einziges China auf der Welt.
2. Taiwan gehört zu China.
3. Die einzige repräsentative Regierung Chinas ist die Volksrepublik (VR) China.
4. Taiwan ist Teil der VR China.

Taiwan hat den dritten und vierten Punkt angefochten, und wir können diese Meinung nicht ignorieren. Obwohl das Kuomintang-Regime (KMT) 1949 das chinesische Festland an die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) verloren hatte und nach Taiwan geflüchtet war, behielt es auf der Insel seine Republik China (RC) sowie seine Verfassung bei und beanspruchte damit das chinesische Festland für sich. Die KMT betrachtete die eigene Regierung als einzig rechtmäßige und repräsentative chinesische Regierung.

Die Demokratische Fortschrittspartei (DPP) wiederum, die in Taiwan von 2000 bis 2008 an der Macht war und erneut für zwei Amtszeiten von 2016 bis 2024 gewählt wurde, hatte sich bereits 1992 für ein unabhängiges Taiwan

ausgesprochen, jedoch nie Schritte zu einer Umsetzung unternommen.

## Die Haltung der Vereinigten Staaten

Was die USA betrifft, so „erkennen sie an (Hervorhebung durch den Autor), dass alle Chinesen auf beiden Seiten der Meerenge von Taiwan den Standpunkt vertreten, dass es nur ein China gibt und dass Taiwan ein Teil von China ist. Die US-Regierung stellt diese Position nicht in Frage. Sie bekräftigt ihr Interesse an einer friedlichen Lösung der Taiwan-Frage durch die Chinesen selbst.“ (Shanghai-Kommunique von 1972).

Die USA haben bewusst den Begriff „anerkennen“ und nicht „zur Kenntnis nehmen“ verwendet und gleichzeitig vermieden, ein Land beim Namen zu nennen, wodurch die Feststellung, dass „Taiwan [ist] ein Teil von China“ ist, vage genug blieb, um die eigenen – damals noch nicht allgemein bekannten, aber sich bereits abzeichnenden – Absichten weiter zu verfolgen. Damals erkannten die USA das Regime der Republik China noch an, begannen aber bereits, enge Beziehungen zu Peking in Betracht zu ziehen. Im Jahr 1979 wurde dieses Vorhaben durch die Aufnahme formeller diplomatischer Beziehungen mit der VR China auf Kosten der Republik China (die bereits Ende 1971 aus den Vereinten Nationen ausgeschlossen worden war) in die Tat umgesetzt. Peking und seine Anhänger waren stets bemüht, den Eindruck zu erwecken, dass die USA durch die Aufnahme

formeller diplomatischer Beziehungen mit der VR China auch die Zugehörigkeit Taiwans zur Volksrepublik anerkennen würden, wovon im Shanghai-Kommuniqué von 1972 allerdings nie die Rede war. Die USA haben sich zwar gegen eine Unabhängigkeit Taiwans ausgesprochen (was zur Folge gehabt hätte, die Bezeichnung „Republik China“ offiziell etwa durch „Republik Taiwan“ zu ersetzen), aber nie geklärt, zu welchem „China“ Taiwan gehört: zur VR China oder zur Republik China. Daran hat auch die Anerkennung der Volksrepublik durch die USA im Jahr 1979 nichts geändert.<sup>1</sup>

Jedenfalls hat Washington die VR China als einzig rechtmäßige Regierung Chinas anerkannt. Damit stellen die USA das Recht der taiwanesischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung in Abrede. Washington hat zwar seine Position hinsichtlich der Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Meerenge teilweise adaptiert, jedoch seine Taiwan-Politik in Grundzügen beibehalten.

### Der „Konsens von 1992“

Das *Weißbuch* greift die taiwanesisch DPP-Regierung frontal an: „Sie weigert sich, das Ein-China-Prinzip zu akzeptieren, verfälscht und leugnet den ‚Konsens von 1992‘, behauptet, dass ‚die Republik China und die Volksrepublik China einander nicht untergeordnet sind‘ und rückt die ‚neue Zwei-Staaten-Theorie‘ auffällig in den Vordergrund.“

Der „Konsens von 1992“ bezieht sich auf den Abschluss der Gespräche zwischen Peking und der Kuomintang-Regierung in Taipeh im Jahr 1992, wo in einer mündlichen Vereinbarung festgehalten wurde, dass „beide Seiten der Meerenge“ zu „China“ gehören, aber beide Parteien „übereinkommen, sich nicht zu einigen“, wie der Begriff „China“ (VR China oder Republik China) zu interpretieren ist. Das kann nur heißen, dass die beiden Seiten der Meerenge „einander [eben] nicht untergeordnet sind“.<sup>2</sup> Daher verwundert es, dass das *Weißbuch* Taiwan in diesem Punkt attackiert, zumal die taiwanesisch Regierung (unabhängig davon, wie sich der eine oder andere taiwanesisch Staatschef zum Ärger Pekings zu den Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Meerenge geäußert hat) an der Verfassung der Republik China festhält und somit ihr Bekenntnis zur „Ein-China-Politik“ keineswegs widerrufen hat. Offensichtlich bedauert Peking, worauf man sich im Jahr 1992 geeinigt hat, und versucht, die Tatsachen zu verschleiern.

Die Auslegung des „Konsenses von 1992“ durch das *Weißbuch* widerspricht auch einer mündlichen Äußerung des ranghöchsten Politikers Pekings gegenüber George W. Bush. Anlässlich eines im Jahr 2008 geführten Telefongesprächs zwischen dem chinesischen und dem US-amerikanischen

Präsidenten über Taiwan erklärte der damalige chinesische Präsident Hu Jintao: „China hat immer die Auffassung vertreten, dass das chinesische Festland und Taiwan die Konsultationen und Gespräche auf der Grundlage des ‚Konsenses von 1992‘ wieder aufnehmen sollten, demzufolge beide Parteien anerkennen, dass es nur ein China gibt, aber sich darauf geeinigt haben, hinsichtlich der Definition des Konsenses unterschiedlicher Meinung zu sein.“<sup>3</sup>

Peking ist bestrebt, die Welt zu verunsichern, da es nicht nur die Unabhängigkeit Taiwans ablehnt, sondern auch daran interessiert ist, die Republik China vollständig zu beseitigen, um die Herrschaft über das taiwanesisch Volk zu erlangen. Vor dreißig Jahren war Peking noch lange nicht so selbstbewusst wie heute und ging daher weniger aggressiv gegen Taiwan vor. Heute hat Xi Jinping nicht mehr die Geduld, friedliche Verhandlungen abzuwarten. Er könnte Taiwan schon bald an den Verhandlungstisch zwingen, während er gleichzeitig mit einer bewaffneten Annexion droht. Aus diesem Grund verschärft Xi seine Gangart Taiwan gegenüber. Und deshalb setzt das *Weißbuch* gegenüber Taiwan seine Propaganda für die Regelung „ein Land, zwei Systeme“ unverhohlen fort, obwohl diese nach der Unterdrückung der Hongkonger Autonomiebewegung durch Peking seit 2020 politisch bankrott ist. Heute geht es nicht mehr darum, „die Herzen des taiwanesisch Volkes zu gewinnen“, sondern nur mehr darum, in den Herzen der Taiwanesen Angst zu verbreiten. Dieses Maß an Arroganz und Aggressivität verärgert nicht nur die 23 Millionen Taiwanesen, indem es ihnen ihr demokratisches Recht abspricht, ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen, sondern hat auch zur Folge, dass die Kuomintang – die einzige große Partei in Taiwan, die Peking gegenüber gefügig ist – zunehmend unpopulär wird, womit Peking auch seinen eigenen Handlungsspielraum einschränkt. Das ist Peking anscheinend egal, denn es hat sich dazu entschlossen, Taiwan in die Enge zu treiben. In den letzten zehn Jahren war es immer Xis aggressive Haltung, die zu einer Zunahme der Spannungen auf beiden Seiten der Meerenge geführt hatte.

### Die Entwicklung der Demokratischen Fortschrittspartei von Taiwan

Das Programm der DPP von 1991 enthielt die Forderung nach einer unabhängigen Republik Taiwan durch eine Volksabstimmung. Gleichzeitig wurde die Verfassung der Republik China, welche die Gerichtsbarkeit über den Festlandteil des Landes beansprucht, als veraltet bezeichnet.

Obwohl die DPP vier Präsidentschaftswahlen gewonnen hat, hat keiner ihrer Präsidenten die im Programm

vorgesehene Abhaltung eines Unabhängigkeitsreferendums in die Tat umgesetzt. Vielmehr hat die Partei ihr Programm zur Unabhängigkeit Taiwans mehrfach neu interpretiert und schließlich die Position einer rechtlichen Unabhängigkeit zugunsten einer faktischen Unabhängigkeit aufgegeben. Sie akzeptiert somit die Verfassung des Landes und betrachtet die Republik China als eine von der VR China getrennte politische Einheit. Damit geht die DPP nicht nur als Reaktion auf den Druck aus Peking, sondern vor allem auf den Druck aus Washington einen Kompromiss ein. Es handelt sich in der Praxis um die Aufrechterhaltung des Status quo, der nach wie vor von mehr als der Hälfte der Bevölkerung unterstützt wird.

### **Pekings imperiale Ambitionen**

Das *Weißbuch* rechtfertigt seinen Anspruch gegenüber Taiwan unter Berufung auf die Kairoer Erklärung von 1943, die von Kuomintang-China, den USA und Großbritannien verlautbart wurde: „Alle von Japan eroberten chinesischen Gebiete, wie die Mandschurei, Formosa und die Pescadore, werden an die Republik China zurückgegeben.“ Aus Gründen der politischen Korrektheit wurden die Namen der oben genannten Gebiete später in „Nordostchina, Taiwan und die Penghu-Inseln“ umgewandelt. Es war jedoch ein schwerer politischer Fehler, sich auf dieses Dokument zu beziehen, um Pekings Anspruch auf Taiwan zu begründen. Behauptet Peking etwa nicht, ein „sozialistisches“ Regime zu sein? Warum beruft es sich dann auf die Autorität eines Abkommens, das von den Imperialisten Roosevelt und Churchill auf der einen und Tschiang Kai-schek, dem Henker der KPCh, auf der anderen Seite unterzeichnet wurde? Wie kann ein sozialistisches Regime die imperialistischen Mächte, die die Welt unter sich aufteilen, anerkennen, zumal diese sogar zugestimmt haben, Tschiang die von Japan besetzten Gebiete zurückzugeben, bloß um Japan zu bewegen, seine Kriegsanstrengungen zu verdoppeln? Das *Weißbuch* enthält jedoch noch weitere Verfälschungen. Es beinhaltet nämlich implizit ein Gründungsprinzip der VR China, das gegen sozialistische Grundsätze verstößt, indem es die VR China als natürliche Nachfolgerin des Kuomintang-Regimes betrachtet, das sich seinerseits in der Nachfolge der Qing-Dynastie sah. Damit folgt es einer imperialistischen und expansionistischen Doktrin, und zwar ungeachtet der Tatsache, dass das China der Kuomintang vom westlichen Imperialismus beherrscht wurde.

Insofern überrascht es nicht, dass die KPCh bereits Anfang der 1940er Jahre ihre ursprüngliche (mit der Praxis der Bolschewiki übereinstimmende) Position, für die Selbstbe-

stimmung von Minderheiten in China (wie den Tibetern und Uiguren) einzutreten, aufgegeben hat. Pekings jüngste Forderung in Bezug auf die Neun-Punkte-Linie im Südchinesischen Meer folgt derselben Logik: „Wir müssen alle territorialen Forderungen des Kuomintang-Regimes durchsetzen“, egal wie fragwürdig die Ansprüche der KMT waren. Dieser reaktionäre Standpunkt reicht aus, um die KPCh als rechtmäßige Vertreterin des chinesischen Volkes zu diskreditieren. Wer von der „heiligen Aufgabe der Vereinigung aller Chinesen“ spricht, sollte sich zuallererst über eine vollumfängliche Demokratisierung Chinas Gedanken machen, inkl. des Selbstbestimmungsrechts seiner eigenen Minderheiten. Nur so kann China vor einem sinnlosen Krieg bewahrt werden.

Ein Blick in die Geschichte der „Ein-China-Politik“ erklärt auch, warum sich zahlreiche Regierungen der Interpretation Pekings angeschlossen haben. Die Anerkennung der VR China als einzig rechtmäßiger Vertreterin Chinas erfolgte ausschließlich aufgrund geänderter politischer Einschätzungen. Aber auch das ist nicht in Stein gemeißelt. Schließlich war auch die Aufnahme der VR China in die Vereinten Nationen im Jahr 1971 auf Kosten der Republik China das Ergebnis einer Neubewertung der beiden Republiken durch die UN-Mitgliedsstaaten. Während Washingtons Haltung die eigenen imperialen Ambitionen untermauern sollte, konnten andere Regierungen, die damals eine ähnliche Position einnahmen, davon überzeugt werden, dass die VR China fortschrittlich (oder sogar „sozialistisch“) war und die von der KMT geführte Republik China reaktionär.

Inzwischen sind fünfzig Jahre vergangen. Zwar haben sich die beiden Republiken seit 1979 (nach den kapitalistischen Reformen von Deng Xiaoping) in Bezug auf das Wirtschaftssystem angenähert, doch in politischer Hinsicht, etwa was den Spielraum für Protestbewegungen betrifft, haben sie sich auseinanderentwickelt. Das autokratische System in Peking hat sich seither sukzessive verhärtet. Taiwan hingegen konnte dank des entschlossenen Widerstands seiner Bevölkerung seit den 1970er Jahren die Einparteiendiktatur der Kuomintang zugunsten eines liberalen Kapitalismus überwinden, wo auch die unteren Schichten das Recht haben, sich zu organisieren, zu protestieren und an Wahlen teilzunehmen. Obwohl die taiwanische Elite immer noch gehörige Macht über die gewöhnliche Bevölkerung ausübt, hat diese nach wie vor das Recht, Widerstand zu leisten, wenn sie sich zum Kampf entschließen sollte. Unter dem Regime in Peking hingegen gibt es diese Freiräume nicht. Es ist höchste Zeit für die Demokraten auf der ganzen Welt, den Charakter der

beiden Republiken im 21. Jahrhundert neu zu bewerten und ihre Positionen entsprechend anzupassen.

### Was will die taiwanesisische Bevölkerung?

Die KPCh ist bis 1949 für das Recht der Taiwaner auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf Unabhängigkeit, eingetreten, wie auch dem Gründungsprinzip der Kommunistischen Partei Taiwans zu entnehmen ist. Im Jahr 1927 beauftragte die Dritte Internationale die Kommunistische Partei Japans, bei der Gründung der Kommunistischen Partei Taiwans im Jahr 1928 behilflich zu sein. Bei diesem Unterfangen spielte auch die KPCh eine wichtige Rolle. Am 3. Mai 2022 veröffentlichte die Zeitschrift *Diplomat* einen Artikel, um Peking an die historischen Tatsachen zu erinnern. Sie zitierte ein Interview, das Edgar Snow mit Mao Zedong im Jahr 1937 geführt hatte und das in seinem bekanntem Buch „*Roter Stern über China*“ wiedergegeben wurde: „Wir werden ihnen [den Koreanern] unsere bedingungslose Unterstützung in ihrem Kampf um die Unabhängigkeit zukommen lassen. Dasselbe gilt für Taiwan.“ Damit zog sich das Blatt den Unmut des Büros für Taiwan-Angelegenheiten des Staatsrats in Peking zu, wobei das Büro sorgfältig vermied, Snows Interview zu erwähnen – mit gutem Grund, denn es handelt sich dabei um eine unbestrittene Tatsache.<sup>4</sup> Die Regierungspartei hat ihr Gründungsprinzip so radikal verraten, dass sie sich ihrer eigenen Vergangenheit schlichtweg nicht stellen kann.

Gegenwärtig streben die meisten Taiwaner jedoch nicht danach, sich das Recht auf eine *de-jure*-Unabhängigkeit durch ein Referendum zu erkämpfen. Sie sind für die Beibehaltung des Status quo (von einigen als *de-facto*-Un-

abhängigkeit interpretiert), wie eine Meinungsumfrage aus dem Jahr 2022 zur Zukunft Taiwans zeigt (Tabelle 1)<sup>5</sup>

### Wer waren die ersten Einwohner\*innen von Taiwan?

Der Hauptgrund für die Zunahme der Umfragewerte für eine Unabhängigkeit auf Kosten der Werte für die Vereinigung und der Grund für die fehlenden Antworten ist Pekings zunehmend reaktionäre Politik. Das Weißbuch zu Taiwan ist dafür bloß das jüngste Beispiel. Darin wird behauptet, dass „Taiwan seit der Antike zu China gehört“. Als Beweis wird das Jahr 230 n. Chr. angeführt, in dem Taiwan von den Chinesen erstmals erwähnt wurde. Damit wird mit einem Taschenspielertrick die Existenz der autochthonen Bevölkerung, die seit mehr als 6 000 Jahren auf Taiwan lebt, geleugnet. Außerdem beweist ein altes chinesisches Dokument über Taiwan gar nichts! Die Sprache der indigenen Völker Taiwans gehört zur austronesischen Sprachfamilie, deren Sprecher\*innen auf den Inseln des Pazifischen Ozeans und auf der Inselwelt Südostasiens sowie in Taiwan zu Hause sind. Sie sind die ältesten Bewohner\*innen der Insel, aber keine Chinesen. Das *Weißbuch* weicht jeglicher Debatte über diese Frage aus, indem es die indigenen Völker einfach ignoriert: Die Begriffe „indigene Taiwaner“ oder „Aborigines“ kommen in dem 14 000 Zeichen umfassenden Dokument kein einziges Mal vor!

Die Urbevölkerung stellt heute nur mehr einen verschwindend geringen Teil der Gesamtbevölkerung dar, nämlich 2,3 %. Aber Peking hat auch kein Verständnis für die größte ethnische Gruppe, nämlich die Benschengren (wörtlich „Menschen aus dieser Provinz“). Diese stammen von Chinesen ab, die vor Hunderten von Jahren eingewandert sind, und gehören hauptsächlich den Hoklo und den Hakka an, die zusammen 86 % der Bevölkerung ausmachen. Sie sprechen Han-Chinesisch, haben aber vor langer Zeit jegliche Verbindung zum Festland verloren; viele verstehen sich in erster Linie als Taiwaner – im Gegensatz zur Bevölkerung Hongkongs, wo viele Menschen noch enge familiäre Bindungen zum Festland haben. Was die Waishengren (wörtlich „außerhalb der Provinz lebende Menschen“) betrifft – also die Festlandbewohner, die sich erst nach dem Ende der japanischen Herrschaft 1945 in Taiwan niederließen – so identifiziert sich die jüngere Generation zunehmend als taiwanesisch und nicht als chinesisch, obwohl dieses Phänomen relativ neu ist. Im Übrigen führt eine Entscheidung für die „taiwanesisch“ Identität nicht zwangsläufig zu einer Ablehnung der „chinesischen“ Identität. Die Tatsache, dass die Taiwaner beginnen, massenhaft eine „ausschließlich taiwanische“ Identität für

**TABELLE 1: UNABHÄNGIGKEIT TAIWANS ODER VEREINIGUNG MIT DEM FESTLAND (IN %)**

	1994	2022
- Vereinigung so bald wie möglich	4,4	1,3
- Status quo beibehalten, auf Vereinigung hinarbeiten	15,6	5,1
<b>- für Vereinigung</b>	<b>20,0</b>	<b>6,4</b>
- Status quo beibehalten, spätere Entscheidung	38,5	28,3
- Status quo auf unbestimmte Zeit beibehalten	9,8	28,6
<b>- für Beibehaltung des Status quo</b>	<b>48,3</b>	<b>56,9</b>
- Status quo beibehalten, in Richtung Unabhängigkeit gehen	8,0	25,2
- Unabhängigkeit so bald wie möglich	3,1	5,1
<b>- für Unabhängigkeit</b>	<b>11,1</b>	<b>30,3</b>
- keine Antwort	20,5	5,2

sich zu reklamieren, ist neueren Datums. Sie ist eine Folge der militärischen Manöver, die Peking 1996 gegen Taiwan führte, um das Land zu warnen, keinen Millimeter von der politisch korrekten „Ein-China-Politik“ abzuweichen. Einer Umfrage aus dem Jahr 1992 zufolge wählten 46,4 % der Befragten die Identität „chinesisch und taiwanesisch“, während diejenigen, die sich für eine „taiwanesisch“ Identität entschieden, nur 17,6 % ausmachten. Im Jahr 2021 hingegen unterstützten 62,3 % der Befragten letztere Option, während erstere auf 31,7 % zurückgegangen war.<sup>6</sup>

### **Peking entfesselt seine eigenen zentrifugalen Kräfte**

Es besteht jedoch keine zwangsläufige Verbindung zwischen der Entwicklung der Identitätswahl und einer Bewegung für die Unabhängigkeit. Derzeit wollen die meisten Taiwaner den Status quo beibehalten, und selbst von den 30,3 % der Unabhängigkeitsbefürworter sind nur 5,1 % für eine „Unabhängigkeit zum frühestmöglichen Zeitpunkt“, während die restlichen 25,2 % sich für „Status quo beibehalten, in Richtung Unabhängigkeit gehen“ entschieden haben. Welche Schlüsse ziehen wir daraus? Die Unabhängigkeit Taiwans steht keineswegs unmittelbar bevor, und somit ist die „Bedrohung“ für Peking (und Washington) alles andere als real. Die Spannungen auf den beiden Seiten der Meerenge werden weniger durch diplomatische Gesten (etwa den Besuch der US-Kongress-Vorsitzenden Nancy Pelosi in Taiwan) geschürt als vielmehr durch die generelle Politik Pekings gegenüber Taiwan. Peking begnügt sich nicht mehr damit, die Unabhängigkeit Taiwans zu hintertreiben, sondern zieht eine völlig willkürliche „rote Linie“. Xi Jinping hat sich von Deng Xiaopings relativ gemäßigtem Ansatz in Bezug auf die Diplomatie im Allgemeinen und Taiwan im Besonderen verabschiedet und will Taiwan so schnell wie möglich in die VR China integrieren, notfalls mit Gewalt, wie seine Kriegsrhetorik zeigt. Es überrascht also nicht, dass Peking seine früheren Versprechen bezüglich Taiwan gebrochen hat: Im *Weißbuch* zu Taiwan fehlt die ursprüngliche Klausel, die Taiwan gemäß seiner Auffassung von einem Land und zwei Systemen eine eigene Armee zugestehet. Auch die Zusicherung, die Armee [der VR China, Anm. d. Übers.] nicht nach Taiwan zu schicken, wurde fallen gelassen. Es gilt, einen Krieg zwischen den beiden Seiten der Meerenge zu verhindern, doch dazu bedarf es vor allem eines korrekten Verständnisses der Situation vor Ort: Es ist Peking, das durch seine Verweigerung der Grundrechte der taiwanesischen Bevölkerung immer mehr Taiwaner in die Unabhängigkeit treibt – und nicht

die USA, zumindest nicht zum jetzigen Zeitpunkt. Daher ist es zwecklos, lediglich auf Washington Druck auszuüben, um die Spannungen auf beiden Seiten der Meerenge zu entschärfen.

Unter der Kuomintang gab es in der taiwanesischen Gesellschaft vier Kategorien von „Staatsbürgern“, wobei die Urbevölkerung am untersten Ende der Skala stand. Obwohl die taiwanesischen Beshengren einen höheren Status als die Ureinwohner hatten, wurden auch sie brutal unterdrückt und sprachlich diskriminiert. So konnten etwa Beshengren-Kinder, die in der Schule ihre Muttersprache verwendeten, bestraft werden. Auch die Mehrheit der Waishengren, welche die ursprüngliche Basis der Kuomintang bildeten, als diese das chinesische Festland an die KPCh verlor, hatte kaum Rechte, während die Kader der Regierungspartei die privilegierte „politische Klasse“ auf der Insel bildeten. Die einfachen Taiwaner standen zuerst unter der Herrschaft der Qing-Dynastie, dann der Japaner und später der Kuomintang. Ihr jahrzehntelanger entschlossener Widerstand bescherte ihnen schließlich in den frühen 1990er Jahren eine liberale Demokratie. Ihr Weg in die Freiheit ist noch nicht abgeschlossen, aber er folgt einem historischen Modernisierungspfad, der sich stark von dem der Festlandchinesen unterscheidet, woraus sich ein natürliches Recht auf Selbstbestimmung ableiten lässt. Die Berücksichtigung des Willens der taiwanesischen Bevölkerung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Lösung der Krise an der Meerenge. Es ist daher die Pflicht aller Demokraten, Peking daran zu erinnern, dass das Recht auf Selbstbestimmung ein Grundprinzip jedes demokratischen Nationalstaats mit heterogener Bevölkerung ist. Dieses Recht muss nicht zwangsläufig zu einer Abspaltung und zur Gründung einer Vielzahl von Kleinstaaten führen. Es könnte sogar den Weg für eine demokratische und freie (Wieder-)Vereinigung zwischen benachbarten Nationen und Ethnien ebnen, wie uns die bolschewistische Revolution gezeigt hat.

In den Augen Pekings sind alle chinesischsprachigen Menschen Untertanen, die sich ihm fügen müssen. Der Ton legt nahe, dass von den Taiwaner erwartet wird, alles gut zu heißen, was Peking ihnen diktiert, und sogar eine „Umerziehung“ seitens Peking zu akzeptieren, wie ein chinesischer Diplomat gegenüber einem französischen Fernsehsender erklärt hat: „Nach der Wiedervereinigung [mit Taiwan] werden wir eine Umerziehung in Angriff nehmen“.<sup>7</sup> Das ist die Sprache des Totalitarismus und des Kolonialismus. Indem Peking die Rechte der Taiwaner kategorisch verneint, wiederholt es die Handlungsmuster früherer Despoten auf Taiwan. Diese Politik ist der sichers-

te Weg, die immer einflussreicher werdenden zentrifugalen Kräfte an der Peripherie des chinesischen Festlands und jenseits der Meerenge weiter zu stärken. Chinesische Nationalisten sollten sich daher folgende Fragen stellen: Wenn Xi auf seiner kontraproduktiven Politik beharrt, um die Herzen der Taiwanesen zu erobern, sollten sie ihn dann nicht als Anführer zum Teufel schicken? Oder verfolgt er mit seiner nationalistischen Propaganda seine eigenen Interessen, um die absolute Macht zu erlangen?

### Ist Washington der wahre Freund Taiwans?

Abschließend noch ein Wort zu Washington. Im Moment ist Peking in der Offensive. Daraus könnte man schließen, Washington wäre Taiwans Verbündeter, was das gemeinsame Anliegen der Aufrechterhaltung des Status quo betrifft. Man darf jedoch nicht außer Acht lassen, dass Washington ebenso wie Peking das Selbstbestimmungsrecht Taiwans nie akzeptiert hat. Sollte die Unabhängigkeitsbewegung Fahrt aufnehmen, ist nicht auszuschließen, dass es zu einer Konfrontation mit Washington kommt. Gerade wegen der Möglichkeit eines solchen Szenarios hat sich Washington hinter den Kulissen immer wieder in die taiwanesischen Wahlen und die öffentliche Meinungsbildung eingemischt, um die Unabhängigkeitsbewegung unter Kontrolle zu halten. Unabhängig vom Grad des Erfolgs dieser Bemühungen steht fest, dass die derzeitige gemeinsame Basis zwischen der taiwanesischen Bevölkerung und Washington allmählich zu bröckeln beginnt. Noch inszeniert sich Washington als Freund Taiwans, aber nur, weil das seinem eigenen taktischen Kalkül entspricht. Aber die strategischen Vorstellungen der USA zur Verteidigung ihres Imperiums decken sich nicht immer mit den Wünschen der taiwanesischen Bevölkerung. Erinnerung sei an das Jahr 1979, als die Taiwanesen von einer apokalyptischen Nachricht überrascht wurden: Washington würde Taiwan aufgeben und stattdessen die VR China anerkennen. Die Behauptung, Washington sei der wahre Freund Taiwans, ist daher mit Vorsicht zu genießen.

Allerdings ist auch ein völlig anderes Szenario möglich, nämlich, dass Washington von seiner Ein-China-Politik abgeht und stattdessen aus machtpolitischen Überlegungen für eine Unabhängigkeit Taiwans eintritt, selbst wenn Taiwan dafür noch nicht bereit sein sollte.

Wie auch immer, die Taiwanesen sind in großer Gefahr, denn sie sind der unbedeutendste Akteur in diesem großen Wettstreit und können jederzeit von der einen oder anderen Supermacht bedroht oder fallen gelassen werden. Genau aus diesem Grund muss sich die internationale

Linke die folgende Frage stellen: Um wen müssen wir uns in dieser Dreiecksbeziehung zwischen Peking, Taipeh und Washington die größten Sorgen machen? Ich behaupte, dass es weder Peking noch Washington sind, sondern die Menschen von Taiwan. Wer sich als links bezeichnet, aber sich weigert, den Unterdrückten die Hand zu reichen oder ihren rechtmäßigen Platz auf der Welt anzuerkennen, um den „Frieden“ zwischen den beiden Supermächten nicht zu gefährden, verdient es nicht, als links bezeichnet zu werden.

27. Oktober 2022

Übersetzung aus dem Französischen: E. F.

**Au Loong-Yu**, Aktivist in Borderless Movement (Bewegung ohne Grenzen) in Hongkong und Mitglied des Redaktionsrats des China Labor Net und des Globalization Monitor. Er ist der Hauptautor des Buches *No Choice but to Fight: A Documentation of Chinese Battery Women's Struggle for Health and Dignity*, das in Hongkong veröffentlicht wurde, sowie von *China's Rise: Strength and Fragility*, Merlin Press & Resistance Books & IIRE, 2012.

**1** Siehe zum Beispiel: CSIS (2017): What Is the U.S. "One China" Policy, and Why Does it Matter (<https://www.csis.org/analysis/what-us-one-china-policy-and-why-does-it-matter>).

**2** Es sei darauf hingewiesen, dass die englische Übersetzung zwar behauptet, die DDP würde eine normative Aussage machen, die Formulierung im chinesischen Original jedoch zeigt, dass die DDP lediglich den Sachverhalt darstellt, der den Konsens widerspiegelt („Both parties have a different interpretation of the term ‚China‘.“) Die englische Übersetzung erwähnt nicht die Namen der beiden Staaten und geht mit der DPP etwas härter ins Gericht.

**3** Der chinesische und der US-amerikanische Präsident führen Telefongespräche über Taiwan und Tibet (26.03.08), Botschaft der Volksrepublik China in den Vereinigten Staaten von Amerika ([mfa.gov.cn](http://mfa.gov.cn))

**4** Edgar Snow: *Red Star over China: The Classic Account of the Birth of Chinese Communism*, Bantam edition, Grove Press, New York 1978, p. 90.

**5** Election Study Center, NCCU: "Taiwan Independence vs. Unification with the Mainland (1994~2022/06)", zitiert in Newsweek vom 14. Juli 2022 (<https://www.newsweek.com/taiwan-china-politics-identity-independence-unification-public-opinion-polling-1724546>). Eine neuere Umfrage vom Dezember 2022 kann auf der Website des ESC-NCCU eingesehen werden: <https://esc.nccu.edu.tw/PageDoc/Detail?fid=7801&id=6963>

**6** siehe <https://www.europe-solidaire.org/spip.php?article64688>

**7** Interview mit Lu Shaye, dem chinesischen Botschafter in Frankreich, auf BFMTV: <https://tinyurl.com/3m2dxkxk>

# REDMOLE MELDET SICH NICHT MEHR

---

Der Tod ist ein gnadenloser Schnitter. Am 22. Mai 2023 ist unser Freund und Genosse Winfried Maria Wolf, genannt Winnie, in der Berliner Charité seiner schweren Krebserkrankung erlegen. Zum Glück war er in seinen letzten Stunden nicht allein. Ein Nachruf auf Winfried „Winnie“ Wolf.  
(4. März 1949–22. Mai 2023)

■ W. A.

---

■ Bis zu seinem Ableben war Winnie ein unermüdlicher Antreiber – und ein permanent Getriebener. Das kam nicht von ungefähr.

In seiner eigenen Kurzbiographie schreibt er: „Meine erste linke Politisierung erlebte ich Ende der 1960er Jahre als führendes Mitglied der ‚Katholischen Jungmännergemeinschaft (KJG) Weißenau/ Ravensburg‘“. Vor diesem Hintergrund dürfte ihm damals eine gewisse Bibelfestigkeit beigebracht worden sein. Die Offenbarung des Johannes, die der drohenden Apokalypse ein Reich der Hoffnung entgegensetzt, ist ihm sicher nicht fremd gewesen.

Vielleicht kam mir, nachdem mich die sehr traurige Nachricht von Winnies Tod erreicht hatte, auch deshalb sofort Albrecht Dürers berühmter Holzschnitt „Die apokalyptischen Reiter“ von 1498 in den Sinn. Dürers Druckgrafik entstand in der unruhigen Vorzeit des großen Bauernkriegs. Sie ist die wohl bekannteste Darstellung der durch herrschende Verhältnisse verursachten Katastrophen.

Dürers vier Reiter symbolisieren die Gier nach Ruhm und Reichtum, den menschenverschlingenden Krieg, die durch Teuerung und Hungersnot erzeugte Not sowie den Tod durch Seuchen oder andere Ereignisse. Letzterer, auf einer abgemagerten Mähre galoppierend, treibt die panisch fliehenden, fallenden oder bereits am Boden

liegenden Menschen mit einem Dreizack dem Schlund der Hölle zu.

## **Kampf gegen die Apokalypse**

War es nicht der scheinbar endlose Kampf gegen diese im Spätkapitalismus des 21. Jahrhunderts in einer „modernen“ – und um den Ökozid ergänzten – Form auftauchenden apokalyptischen Reiter, für den sich Winnie rast- und ruhelos buchstäblich bis zur Erschöpfung engagierte?

Doch was hatte ihn dazu motiviert und sein Leben lang geprägt? Nach der Geburt in Horb am Neckar, der Kindheit und Jugend am Bodensee und im tief schwarz eingefärbten Oberschwaben, dem Abi am Wirtschaftsgymnasium in „Raveschburg“ sowie dem Studienbeginn in Freiburg/Breisgau zog es ihn schließlich nach Westberlin, der „Hauptstadt“ der APO, der Außerparlamentarischen Opposition.

In diesem schon damals sehr spezifischen Biotop der Jugendrevolte mit einer bald von mao-stalinistischen Sekten dominierten linksradikalen Szene fand Winnie Anfang der 1970er Jahre den Weg vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) zur Gruppe Internationale Marxisten (GIM), wie sich die deutsche Sektion der IV. Internationale ab 1969 nannte.

Dies geschah nicht zuletzt durch die Bekanntschaft mit Ernest Mandel, der ihm lange Zeit freundschaftlich als



Vorbild und Lehrer verbunden sein sollte. Winnie begegnete dem führenden Kopf der IV. Internationale und sicherlich wichtigsten Vertreter eines offenen Marxismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts persönlich zuerst 1971.

2005 erinnerte er sich: „Nach einem Seminar mit Mandel zur ‚Übergangsgesellschaft‘, an dem zweihundert Studierende teilgenommen hatten, wollten meine Freundin und ich, noch tief beeindruckt von Vortrag und Diskussion, unsere Mäntel in der Garderobe abholen. In dem ansonsten leeren Raum stand nur noch – Ernest Mandel. Wir waren einigermaßen verunsichert. Mandel ging auf uns zu, stellte sich vor und gab uns die Hand.“

### Was tun?

Erstmals taucht Winfried Wolfs Name als „verantwortlicher“ Redakteur im Impressum der GIM-Zeitung *was tun* von Mai 1974 auf. Der Bogen zu Lenins Worten in dessen berühmter Schrift *Was tun?* von 1902 ist kurz: „Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator.“ Und der Bogen zu Winnies sehr ausgeprägter Affinität zur Herausgabe von gedruckten Zeitungen ist vielleicht noch kürzer. In einer der vielen Videokonferenzen während der COVID-19-Pandemie, in der wir seine Initiative #ZeroCovid – Solidarität in Zeiten der Pandemie diskutierten und weiterentwickelten, bekannte er: „Ich bin nun mal ein Zeitungsmann.“

Auf *was tun* folgte Winnies Engagement für die *Sozialistische Zeitung*, die ursprünglich als Parteiorgan der 1986 gegründeten Vereinigten Sozialistischen Partei – dem Zusammenschluss von GIM und KPD – erschien. 1995 initiierte er die Zeitung der PDS-Bundestagsfraktion *wirtschaft soziales widerstand*, ab 1999 die *Zeitung gegen den Krieg*, ab 2008 seine „Herzensangelegenheit“ *Lunapark21* – „(die) Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie“, 2014 die *Streikzeitung* („Ja zum Arbeitskampf der GDL – Nein zum Tarifeinheitsgesetz“), 2015 *FaktenCheck:HELLAS* („fünf Ausgaben in fünf Sprachen“), 2016 *FaktenCheck:EUROPA*, 2020 *FaktenCheck:CORONA*, 2021 die *Zeitung ZeroCovid* und ebenfalls 2021 die *Streik Zeitung* (Solidarität mit dem Arbeitskampf der GDL). Allein die Aufzählung lässt den Atem stocken.

Winnie verfasste unzählige Artikel, Aufsätze, Broschüren, Diskussionsbeiträge und viele Bücher, aus denen sicherlich seine unter dem Titel *Eisenbahn statt Autowahn* 1987 in erweiterter Form veröffentlichte Dissertation herausragt.

Bei zahllosen Veranstaltungen, Kundgebungen und Konzertlesungen (mit der Mannheimer Band *ewo*<sup>2</sup>) beindruckte er als kompetenter und fesselnder Redner.

Von 1994 bis 2002 vertrat Winnie die PDS Baden-Württemberg im Bundestag. Diesem Vorläufer der LINKEN trat er 1997 bei, verließ ihn aber 2006 wieder wegen dessen Anpassung an die herrschenden Verhältnisse. Danach bezeichnete er sich als „unabhängiger [gewerkschaftlich organisierter] radikaler Sozialist und Utopist, orientiert an den Vorstellungen von Rosa Luxemburg“.

### „Traum von der roten Republik“

Es ist sicherlich nicht falsch, Winnie als eine aktivistische, streitbare und dennoch zugewandte „Ein-Mann-Organisation“ anzusehen. Er war das Zentrum eines großen und flexiblen, hunderte von Menschen zählenden internationalen Netzwerks, dessen Verbindungen in mehrere unterschiedliche Bereiche und Bewegungen hineinreichten. Mit seinen zahlreichen Aktivitäten erreichte er viele zehntausend Menschen.

Eines seiner herausragenden und bleibenden Verdienste ist der konsequente Kampf für eine Verkehrswende zum öffentlichen (Schiene-)Verkehr, den er vor allem in der Bewegung gegen „Stuttgart 21“ seit deren Anfängen Mitte der 1990er Jahre bis zuletzt entscheidend mitgeprägt hat. Im Unterschied zu den meisten „68ern“ hat Winnie trotz aller persönlichen und gesellschaftlichen Umbrüche, Niederlagen und Rückschläge nie aufgegeben. Es war für ihn keine Alternative, sich in die herrschende (Un-)Ordnung einzufügen oder den „Traum von der roten Republik“ zu verdrängen.

Winnie soll zum Schluss selbst zu Wort kommen. Bereits Ende 1975 schrieb er in einem Text zu der damaligen Entwicklung, dass es nur zwei „wirkliche [...] Auswege aus der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftskrise“ geben könne: „Die eine [...] wird ein massiver Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse [...] sein. Die andere [...] wird [...] die Überwindung [...] der auf privater Gewinna-neignung beruhenden Gesellschaftsordnung sein.“

Seit dem 22. Mai 2023 meldet sich redmole (roter Maulwurf) alias Winnie mit einem Betreff wie „Fragen, Bitten, Antworten“ auch beim Verfasser dieser Zeilen nicht mehr – selbst nicht sehr spät in der dunklen Nacht.

Gibt es eine bessere Art der Erinnerung an Winnie, als sie durch die grenzenlose Vernetzung und die solidarische Organisation möglichst vieler roter Maulwürfe wachzuhalten?

Weitere Informationen von und über Winfried Wolf finden sich hier: <https://winfriedwolf.de/>

# DIE „LINKE OPPOSITION“ IN DEUTSCHLAND

„Denn es ist ein unwiederbringliches Bild der Vergangenheit[,] das mit jeder Gegenwart zu verschwinden droht, die sich nicht als in ihm gemeint erkannte.“ (W. Benjamin<sup>1</sup>.)

## ■ Helmut Dahmer

Sozialisten und Kommunisten des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts waren überzeugt, dass die kapitalistische Produktionsweise ihr Potential erschöpft habe und dass die wachsende Lohnarbeiterschaft eine Gesellschaft nicht länger tolerieren werde, in der Kriege und Krisen einander ablösen, ein Fünftel der Menschheit verelendet und die Destruktion von Menschen, Gütern und Natur sich als profitabler als deren Erhalt erweist. Doch es ist anders gekommen. Antikapitalistische Revolutionen wurden niedergeschlagen oder scheiterten, und Reformen hatten nur im Rahmen der bestehenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse eine Chance.

Die Versuchung ist groß, sich von dieser schon allzu langen Geschichte der Niederlagen und des Scheiterns abzuwenden, sie zu vergessen und „es unbefangen noch einmal zu versuchen“. Doch solche Unbefangenheit wird sich rächen: Je weniger das Scheitern unserer Vorgänger verstanden wird, desto sicherer wird es sich wiederholen.

Darum ist dies die Stunde der Historiker, die den Bedingungen der seltenen Triumphe und vielen Niederlagen der Arbeiterbewegung nachspüren. Zu ihnen gehört Wolfgang Alles, der 1978 in seiner „Pionierarbeit“ (so Hermann Weber in seinem 2010 geschriebenen Vorwort) anhand von Archivaldokumenten und Interviews mit damals noch lebenden Zeitzeugen die komplizierte Geschichte der *deutschen Anhänger* der – von Trotzki 1923 ins Leben gerufenen – sowjetischen „Linken Opposition“ gegen die Stalinisierung von Partei, Staat und Wirtschaft rekonstruierte. In den Jahren 1928 bis 1933 gewann der von Stalin zuerst (nach Alma Ata) verbannete, dann in die Türkei (auf die Insel Prinkipo) abgeschobene Trotzki durch seine in viele Sprachen übersetzten Analysen des sowjetischen „Thermidor“, des Versagens der Komintern in China (1926/27) und in Deutschland (1929 bis 1933) Zehntausende von revolutionären Marxisten in aller Welt für eine neue „Weltpartei der proletarischen Revolution“, die IV. Internationale. Im Unterschied zu anderen, damals

existierenden linkssozialistischen Gruppierungen besteht die „trotzkistische“ Internationale bis heute (ja, es gibt gegenwärtig sogar mehrere, miteinander konkurrierende internationale Organisationen, die sich auf Trotzki Konzept der internationalen Revolution und der revolutionären Organisation berufen).<sup>2</sup>

Alles schildert die Herausbildung linker (und rechter) kommunistischer Oppositionsgruppen in und neben der moskautreuen KPD („Leninbund“, KPO, SAP, „Rote Kämpfer“ ...) und Trotzki Versuche, mit Hilfe von ein paar Tausend entschlossenen Revolutionären den verhängnisvollen Kurs der Thälmann-KPD (gegen den „Sozialfaschismus“ der SPD) *rechtzeitig* zu korrigieren und eine kampffähige *Einheitsfront* der Arbeiterorganisationen gegen die paramilitärischen Kampfformationen der NSDAP zu bilden.<sup>3</sup> Alles verfolgt die Schicksale der „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ (IKD) – und ihrer bedeutenden Zeitschrift *Unser Wort* (1933 bis 1941) – im Untergrund des faschistischen Deutschlands und in den Zufluchtsländern der Emigranten und skizziert abschließend die Versuche, auch im geteilten Nachkriegsdeutschland die rätedemokratisch-internationalistische Tradition wiederzubeleben.

Die jetzt vorliegende Neuauflage seines Buches hat Alles nicht nur durch ein instruktives Nachwort (S. 289–299) erweitert, in dem er auch die seit 1978 zum Thema erschienenen Bücher und Artikel aufführt, sondern auch durch 37 biographische Porträts von LO- und IKD-Mitgliedern. Zudem gibt es ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis (S. 255–262), 6 Abbildungen und ein Personenregister.

16.4.2023

Wolfgang Alles (1978; 1987): *Für Einheitsfront gegen Faschismus*. Zur Politik und Geschichte der Linken Opposition ab 1930. [3., erw. Aufl. von *Zur Geschichte und Politik der deutschen Trotzkisten ab 1930*.] Köln (Neuer ISP Verlag) 2022.

<sup>1</sup> Benjamin, Walter ([1940] 1942): *Über den Begriff der Geschichte*. (Hg. von Gérard Raulet.) *Werke und Nachlaß; Kritische Gesamtausgabe* Band 19. Berlin (Suhrkamp) 2010, S. 32.

<sup>2</sup> Bensaïd, Daniel (2002): *Was ist Trotzkismus?* [*Les trotskysmes*.] Köln (Neuer ISP Verlag) 2004.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Trotzki (1929–40): *Schriften über Deutschland*, Bd. I und II. Frankfurt (Europäische Verlagsanstalt) 1971.

# GEDENKEN AN MARIJKE

Rede bei der Beerdigung von Marijke Colle (1947–2023)  
am 27. April 2023

■ Daniel Tanuro

Will man Marijkes Andenken ehren, muss man ihre zahlreichen persönlichen Qualitäten anführen. Marijke war eine äußerst intelligente Person. Sie war eine Wissenschaftlerin, die sich bei der Erfassung der Realität der Vernunft, der Beharrlichkeit und der Integrität verpflichtet fühlte: Fakten, Fakten, Fakten, denn „eine Tatsache ist mehr wert als ein Bürgermeister“ [ein belgisches Sprichwort].

Marijke war Biologin in einem existenziellen Sinn des Verbs „sein“. Die Biologie war für sie weit mehr als ein Beruf: Sie stellte vielmehr den Rahmen für ihr gesamtes Denken dar. Wie [ihr Lebensgefährte] Pips erläuterte, war Darwin ihr Vorbild. So wie Darwin war Marijke neugierig und voll Sympathie und Einfühlungsvermögen für alles, was lebt.

Die Auffassung, dass die Menschheit, auch wenn sie sich von anderen Lebewesen unterscheidet, Teil der Natur ist und dass die menschliche Geschichte mit der Naturgeschichte untrennbar verbunden ist, aber drüber hinaus auch sozialen Gesetzen folgt, die nicht „natürlich“ sind, war für Marijke eine Selbstverständlichkeit. Ihr Vordenker Darwin hat ihres Erachtens die wesentlichen Fragen in seinem zweiten großen Werk „Die Abstammung des Menschen“ [1871; dt. 1871], das leider weniger bekannt ist als „Die Entstehung der Arten“ [1859; dt. 1860] beantwortet. Wie Patrick Tort betrachtete Marijke die Zivilisation als einen „reversiven Effekt“ der natürlichen Selektion.<sup>1</sup>

Ein Biologe oder eine Biologin von Marijkes Kaliber ist niemals ein „kalter Fisch“. Man denke nur an Stephen Jay Gould, Rachel Carson und viele andere. Marijke war ein Mensch von großer Zurückhaltung und Besonnenheit. Sie äußerte sich nie unüberlegt und schlug immer einen gemäßigten Ton an. Aber in ihr brodelte die Empörung

über Ausbeutung, Unterdrückung, Gewalt und Feigheit, die auch in ihren Reden zum Ausdruck kam.

„Stille water, diepe gronden“: Dieses flämische Sprichwort, das dem deutschen „Stille Wasser sind tief“ entspricht, bringt meiner Meinung nach die Persönlichkeit unserer Genossin ziemlich gut auf den Punkt. Marijke war ein leidenschaftlicher Mensch. Ihre Leidenschaft war bedächtig, aber stark. Wenn sie sprach, spürte man ihre Entschlossenheit und ihre moralische Stärke, die von einem soliden Fundament herrührte. Persönliche Erwägungen standen bei ihr nie im Vordergrund.

Marijke war radikal im Sinne von Marx: Um ein Problem zu lösen, muss man an die Wurzel gehen, das Problem mit dem Verstand erfassen und dementsprechend revolutionär handeln. Sie war mit der Terminologie des historischen Materialismus – Produktionsweise, Produktionsverhältnisse, Klassen und soziale Schichten, Kapital, gesellschaftliches Mehrprodukt, Wert, Mehrwert usw. – bestens vertraut, aber sie war alles andere als dogmatisch. Marijke war ein freier Geist, der auch nicht davor zurückscheute, ausgetretene Pfade zu verlassen, wenn die Realität es erforderte.

Als Lehrerin war Marijke an gewerkschaftlichen Kämpfen beteiligt; daneben hat sie in zwei Bereichen Beiträge von besonderer Bedeutung geleistet: für Feminismus und Ökosozialismus. In beiden Fällen ging es darum, die Grenzen einer bestimmten marxistischen patriarchalen und produktivistischen Tradition zu überwinden oder – deutlicher formuliert – die Scheuklappen abzulegen.

Zusammen mit anderen Aktivistinnen der Frauenkommission der belgischen Sektion [der Vierten Internationale] hat Marijke in der Bewegung für die Entkriminalisierung der Abtreibung eine Schlüsselrolle gespielt. Dass die

Frauen der Christlichen Arbeiterbewegung (Mouvement Ouvrier Chrétien, MOC, bzw. Christelijke Arbeidersbeweging) überzeugt werden konnten, den Gesetzentwurf Lallemand/Herman-Michielsens<sup>2</sup> zu unterstützen, ist diesen Genossinnen zu verdanken. Das war ein enormer Erfolg für die Frauenemanzipation in Belgien. Einige Jahre später trat Marijke erneut auf den Plan, indem sie eine führende Rolle in der breit angelegten parteiübergreifenden Kampagne „Femmes contre la crise“ bzw. „Vrouwen tegen de crisis“ spielte.

Darüber hinaus war Marijke eine der ersten in der Vierten Internationale und die erste in der belgischen Sektion, die das volle Ausmaß der unermesslichen Bedrohung durch den schwindelerregenden Rückgang der Artenvielfalt, die unumkehrbare Klimaveränderung und die chemische sowie radioaktive Vergiftung des Planeten erkannte. Sie widmete diesen Themen eine regelmäßige Kolumne in unseren Zeitungen *La Gauche* und *Rood*. Bereits Anfang der 1980er Jahre wandte sie sich im Rahmen einer eintägigen Schulung an die Mitglieder der belgischen Sektion, wo sie die Notwendigkeit betonte, sich nicht nur für die unerlässlichen strukturellen Veränderungen einzusetzen, [sondern auch das persönliche Verhalten zu ändern], nicht zuletzt dadurch, dass man ganz beträchtlich weniger Fleisch isst.

Seit fünfzehn Jahren hat sich Marijke mit dem Ökofeminismus beschäftigt, der ihr als geeignetes Konzept erschien, um die beiden großen Anliegen ihres Lebens als Aktivistin zu verknüpfen. Sie distanzierte sich zwar von den essentialistischen Auffassungen mancher Autorinnen, denen zufolge Frauen „von Natur aus“ umweltbewusster sind als Männer, machte aber kein Hehl aus ihrer Bewunderung für das Engagement von Persönlichkeiten wie Vandana Shiva. Sie wurde nicht müde zu betonen, dass die Beherrschung der Frauen und die Beherrschung der Natur mehr als nur oberflächliche Ähnlichkeiten aufweisen: Sie sind vielmehr zwei Seiten derselben Medaille.

Marijke war eine ausgezeichnete Pädagogin und legte großen Wert darauf, komplizierte Dinge in einfachen Worten auszudrücken. Ihre Qualitäten als Lehrerin, ihre Aufrichtigkeit, Menschlichkeit und Begeisterung haben ihr die Achtung und Anerkennung vieler Menschen eingebracht. Dies gilt insbesondere für die Aktivistinnen für Frauenrechte in den Ländern des Südens, die das Glück hatten, an ihren Schulungen am Amsterdamer Institut [IIRE] teilzunehmen, dessen Co-Direktorin Marijke vier Jahre lang war.

Marijke war bescheiden. Sie verabscheute Wichtiguer,

Karrieregeile und Nabelbeschauer:innen aller Art. Und sie konnte die – meist männlichen und sehr weitschweifigen – Schönredner nicht ausstehen, die überzeugt sind, dass die exzessive Verwendung oder Neuerfindung von vielen komplizierten Wörtern sie als „Philosophen“ auszeichnet.

Das politisch aktive Leben besteht aus vielen Niederlagen, einigen Erfolgen und nicht wenigen persönlichen Enttäuschungen, die mit Kleingeistigkeit und Eifersucht einhergehen. Marijke hat manchmal darunter gelitten, aber das hat ihre Treue zum revolutionären, feministischen, internationalistischen und ökosozialistischen Marxismus nicht in Frage gestellt. In einer Zeit des ungezügelter Narzissmus verdient das enorme Respekt, den schulden wir ihrem aufrechten, integren Wesen und ihrem ungebrochenen Engagement.

In den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat mich das Vorbild von Marijke ermutigt, meine naturwissenschaftliche Ausbildung dafür einzusetzen, unsere politische Strömung dabei zu unterstützen, die zentrale Bedeutung der globalen Umweltkrise zu berücksichtigen. Es ist eine Untertreibung zu sagen, dass ich ihr dafür dankbar bin.

Im Namen der belgischen Sektion der Vierten Internationale gedenke ich unserer Genossin Marijke, die früher auch unter dem Pseudonym Lida bekannt war.

In meinem eigenen Namen grüße ich eine sehr liebe Freundin, der ich viel zu verdanken habe.

<https://www.gaucheanticapitaliste.org/les-notres-marijke-colle-presente/>

<https://www.sap-rood.org/de-onzen-marijke-colle-1947-2023/>

*Aus dem Französischen übersetzt von Elfie, Wien; Passagen in eckigen Klammern sowie die Anmerkungen stammen von der Übersetzerin oder dem Bearbeiter.*

<sup>1</sup> Patrick Tort schrieb über das Konzept des „reversiven Effekts der Evolution“: In *The Descent of Man and Selection in Relation to Sex* (1871) stellte Darwin fest, dass „sich bei dem Menschen in dem Maße, wie der Zivilisierungsprozess fortgeschritten ist, eine Umkehrung vollzogen hat. (...) Die natürliche Auswahl hat die gesellschaftlichen Instinkte ausgewählt, die ihrerseits Verhaltensweisen entwickelt und ethische Dispositionen sowie institutionelle und gesetzliche Dispositive begünstigt haben, die *anti-selektiv* und *anti-eliminatorisch* waren.“ (Patrick Tort, *Darwin et le darwinisme*, 4., korr. Aufl., Paris: Presses Universitaires de France, 2011, [Que sais-je? Nr. 3738], S. 56; 1. Aufl. 1997.

„Die natürliche Auswahl, das Leitprinzip der Evolution, die die Eliminierung der weniger Fähigen in dem Kampf um die Existenz, wählt in der Menschheit eine Form des gesell-

schaftlichen Lebens, deren Marsch hin zur ‚Zivilisation‘ über das mit der Moral und den Institutionen verbundene Wirken zum Ausschluss führende Verhaltensweisen der Tendenz nach immer mehr ausschließt. Vereinfacht ausgedrückt, wählt die natürliche Auswahl die – im Gegensatz zu der natürlichen Auswahl stehende – Zivilisation aus.“ (P. Tort, *Darwin et le darwinisme*, 2011, S. 72.)

Ausführlicher ist Patrick Tort auf das Konzept des „effet réversif de l'évolution“ in seinem Buch *La pensée hiérarchique et l'évolution* (Paris: Aubier, 1983) eingegangen.

Siehe auch die Zusammenfassung in dem reich bebilderten Taschenbuch Patrick Tort, *Darwin et la science de l'évolution*, Paris: Gallimard, 2000, (Découvertes Gallimard, Bd. 397), S. 107/108; englische Ausgabe: *Charles Darwin. The Scholar Who Changed Human History*, London: Thames & Hudson, 2001, S. 107/108.

Patrick Tort (Jg. 1952) ist ein französischer Philosoph, Wissenschaftshistoriker, Spezialist für Darwin sowie Darwinismus, Herausgeber einer auf Vollständigkeit angelegten französischen Ausgabe der Werke von Charles Darwin (35 Bände) und eines dreibändigen *Dictionnaire du darwinisme et de l'évolution* (1996). 1998 gründete er das Institut Charles Darwin International. Er war zunächst mit dem Milieu der Universitätsangehörigen und Künstler verbunden, die Mitglieder oder im Umfeld der kommunistischen Partei waren; später war er mit dem marxistischen Intellektuellen Henri Lefebvre (1901-1991) befreundet, der 1928 in die PCF eingetreten war und 1958 mit ihr gebrochen hatte.

2 Der wallonische sozialdemokratische Rechtsanwalt und Politiker Roger Lallemand (1932-2016) und die flämische liberale Politikerin und Juristin Lucienne Herman-Michielsens (1926-1995), beide Mitglieder des Senats des Königreichs Belgien, legten einen Antrag vor, durch den Abtreibungen in Belgien weitgehend straffrei werden sollten und der im März 1990 im Parlament ein Mehrheit erhielt; die Gesetzesänderung trat im April 1990 trotz der Weigerung von König Baudouin, sie zu unterzeichnen, in Kraft.



## Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss\*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist\*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBIQ und anderen Themen, in denen Aktivist\*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

# Keine Träne für den „Cavaliere“

■ **Eliana Como**

---

Ich war noch keine 20 Jahre alt, als Berlusconi 1994 sein Amt antrat. In meinem politischen Leben, wie auch in dem so vieler Menschen meiner Generation, war Berlusconi immer einer der Hauptfeinde, der in den letzten 30 Jahren das politische Leben vergiftet hat. Ihm ist zuzuschreiben, dass wir heute eine Regierung haben, die nicht mehr der liberalen Rechten angehört, sondern der reaktionären und nationalistischen Rechten, die nicht einmal mehr davor zurückschreckt, ihre gestrige Gesinnung offenzulegen. Deshalb vergieße ich auch heute keine Träne!

Berlusconi war der Mann der ad-personam-Gesetze [die gegen die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz verstoßen und die Vetternwirtschaft begünstigen], des Stimmenkaufs im Senat, der Korruption und der Normalisierung der Steuerhinterziehung, der Verbandelung mit der P2 [der anti-kommunistischen Freimaurerloge Propaganda Due unter Licio Gelli, einem Bewunderer von Franco und Mussolini] und der Mafia, Steuerbetrugs, Angriffe auf die Justiz und Olgettine [die von Berlusconi „empfangenen“ jungen Mädchen wohnten in der Via Oligettina 65 in Mailand, daher dieser Neologismus]. 2001 war Berlusconi Ministerpräsident, als wir in Genua gegen den G8-Gipfel demonstrierten, in einer militarisierten Stadt, in der die Demokratie drei ganze Tage lang buchstäblich aufgehoben war.

In seine Regierungszeit fallen Gesetze, die den Grundstein für den Abbau der sozialen und wirtschaftlichen Rechte in diesem Land gelegt haben. Das Biagi-Gesetz zur Prekarisierung der Arbeit [mehr Flexibilisierung, Outsourcing, Arbeit auf Abruf], die Rentenreform unter Maroni, ein erster Angriff auf den Artikel 18 [Arbeiterstatut], die Zurichtung der Universitäten unter Moratti und dann der Schulen unter Gelmini, die Schikanierung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst unter Brunetta, die Jagd auf die Migrant\*innen unter Bossi-Fini und das Sicherheitsdekret, mit dem der Straftatbestand der illegalen Einwanderung eingeführt wurde. Aber auch das Gesetz 40 gegen die künstliche Befruchtung und etliche andere Gesetze, die ich vergessen habe.

Ich bedauere seinen Tod und möchte nicht zynisch sein. Aber ich will auch nicht heucheln. Er war kein Staatsmann, sondern ließ ein ganzes Parlament darüber befinden, dass Ruby Rubacuori [mit bürgerlichem Namen Karima el-Mahroug, geboren in Marokko] Mubaraks Nichte ist! Er regierte das Land so, wie er seine Unternehmen führte, die politische Opposition abbügelte und von der kommunisti-

schen Gefahr schwadronierte. Die politische Kultur geriet unter ihm als Garant der Privilegien und des Eigennutzes, dem alles, auch die Institutionen, untergeordnet werden kann. Er hat diese Kultur des Besitzes und der Kommerzialisierung formalisiert und die Frauen auf die Rolle von Untergebenen der Mächtigen reduziert, bei denen nur die äußere Erscheinung zählt, egal ob gegenüber der deutschen Bundeskanzlerin [Verweis auf beleidigende Formulierungen gegenüber Angela Merkel], der First Lady der USA [Michelle Obama] oder einer Dentalhygienikerin. In dieser Kultur hat alles einen Preis und kann alles gekauft werden. „Ich bin ich und ihr zählt nicht“.

Berlusconi hat das Land sicherlich verändert, er war schillernd und riss Witze wie kein anderer Politiker. Aber das ist zu wenig, um die dreitägige Parlamentspause und eine unangemessene und spaltende [von Giorgia Meloni beschlossene] Staatstrauer zu rechtfertigen. Gestern Abend im Teatro Regio in Turin wurde die von Kulturminister Gennaro Sangiuliano [von 1983 bis 1987 MSI-Mitglied, danach angeblich unabhängig] vor Beginn der Premiere von Madama Butterfly verhängte Schweigeminute in ihr Gegenteil verkehrt, als der halbe Saal zu buhen begann und die Orchestermitglieder im Graben die Szenerie verließen.

Dafür trage ich keine Trauer. Der Rektor der Ausländeruniversität in Siena, Tomaso Montana, tat gut daran, sich zu weigern, die Flaggen auf Halbmast zu setzen. Wenn die Dekrete widersinnig sind, ist Gehorsam keine Tugend.

Ganz abgesehen davon, dass in den letzten 24 Stunden, seit dem Tod von Silvio Berlusconi, fünf Arbeiter bei Arbeitsunfällen gestorben sind und die Medien wie üblich dazu geschwiegen haben. Der erste, der am selben Tag wie der ehemalige Premierminister starb, war 65 Jahre alt und stürzte auf einer Baustelle von einem Gerüst. Für sie gibt es keine Staatstrauer, kein feierliches Begräbnis und keine staatlichen Beileidsbekundungen. Sic transit gloria mundi!

---

**Eliana Como** ist Mitglied der italienischen Sektion der IV. Internationale, Sinistra anticapitalista, und der Leitung der CGIL und deren klassenkämpferischen Tendenz Le Radici del Sindacato.

aus *A l'Encontre*  
Übersetzung von MiWe

---